

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis vierteljährlich: 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteilung täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne je Zeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Verlesungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengesuche und Schloßstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 12. April 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Parteigenossen, Arbeiter!

Unser treuer Genosse, der bewährte Führer der Partei, unser unvergeßlicher Freund **Ignaz Auer** ist uns durch den Tod entzogen. Dankbar erinnert sich das Proletariat Berlins der vielen und großen Dienste, welche unser Auer der Sache des Volkes, der Sache der Arbeit und unserer Partei geleistet hat.

Sowie er der Sozialdemokratie Treue gehalten, so werden auch wir dem Dahingegangenen ein dauerndes Gedenken bewahren, in seinem Sinne und Geiste wirken, treu und beharrlich für das Wohl der Partei tätig sein.

Am Sonntagmittag gilt es, unseren dahingegangenen Vorkämpfer zur Gruft zu geleiten.

Wir fordern die Genossen, die Gewerkschaften, die Anhänger und Freunde der Partei auf, sich an der Beerdigung zu beteiligen. — In der würdigen, ruhigen und schlichten Art, die wir gewohnt sind an den Tag zu legen, werden sich die Genossen und Gewerkschaften Groß-Berlins Mann für Mann an den noch zu bezeichnenden Stellen einfinden, unserem Ignaz Auer die letzte Ehre zu erweisen.

Nähere Angaben über die Aufstellung des Zuges erfolgen in der morgigen Nummer des „Vorwärts“.

Der Zentralvorstand der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins. Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Vom Elend der Heimarbeit.

Vom Vorstand der badischen Fabrikinspektion, Dr. Wittmann, ist kürzlich ein über 1200 Seiten starkes Werk über die badische Hausindustrie und Heimarbeit erschienen.

Erschreckend niedrige Löhne, die trotz des Sinkens des Geldwertes keine steigende Tendenz zeigen, vierzehn- bis achtzehnstündige Arbeitszeit, schlimmste Ausbeutung vielfach noch nicht einmal schulpflichtiger Kinder, Arbeitsräume, die in den allermeisten Fällen der Familie gleichzeitig als Küche, Schlaf- und Wohnräume dienen, allgemeine Unterernährung und dabei eine abwechslungslose, geisttötende Arbeit: das ist die Signatur der Heimarbeit, wie sie sich jedem nur halbwegs unbefangenen Leser des Buches aufdrängt.

In der Hausindustrie in Baden waren nach den auf einen Zeitraum von drei Jahren sich erstreckenden Erhebungen 20 533 Personen beschäftigt, wovon 13 845 (67,4 Proz.) weibliche. Ob diese statistischen Ermittlungen aber der Wahrheit auch nur nahe kommen, erscheint dem Verfasser selber zweifelhaft, denn er sagt hierüber auf Seite 683: „Es ist möglich, daß die Zahl der in den hausindustriellen Kleinbetrieben mitarbeitenden Personen höher, vielleicht beträchtlich höher ist; insbesondere ist die Mitbeschäftigung von Kindern beim Entrippen von Tabak schwer zu erfassen.“

Ueber die Kinderbeschäftigung sagt der Bericht bei fast allen Verufen: „Vlaße Kinder mit ernsten und von Entbehrungen sprechenden Gesichtszügen wurden besonders in kinderreichen Familien beobachtet. In vielen Hausindustrien, bei denen Kinderarbeit möglich ist, wurden Kinder im Schulalter bei der Arbeit angetroffen; und oft konnte eine Ueberschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit auch dort festgestellt werden, wo Kinderbeschäftigung gestattet ist. Hierbei handelte es sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, immer um die eigenen Kinder. Die Aufhellung des Lat-befandes war meistens schwer, weil die Kinder von den Eltern instruiert waren und auswendig gelernte Antworten gaben.“

„Solche Zustände hätten,“ sagt der Verfasser, „nicht entstehen können, wenn durch das Kinderschutzgesetz Ausbänge in den hausindustriellen Arbeitsstätten vorgeschrieben worden wären und diese Ausbänge durch die Ortspolizeibehörden regelmäßig kontrolliert werden müßten.“ Daß die Ortspolizei hierzu, namentlich auf dem Lande, ungeeignet ist, gibt der Verfasser an einer anderen Stelle seines Werkes selber zu. Die Kinder zeigten in der Regel ein furchtbares Wesen, mehrere klagten über die Schulaufgaben, die sie nur schwer bewältigen könnten. Eine der Mütter glaubte im Gegensatz zu dieser Klage der Kinder, sogar eine günstige Wirkung der Heimarbeit der Kinder auf den Schulfleiß beobachtet zu haben. Während sie nämlich früher immer zu den Schulaufgaben zwingen habe müssen, könnten die Kinder sich jetzt gar nicht lange genug mit ihren Heften und Büchern beschäftigen.“ Der Gedanke, daß die Anstrengungen bei den Schulaufgaben den Kindern immer noch lieber waren als das Hestemachen, wozu sie Hände und Zähne benutzen müßten, scheint der liebevollen Mutter gar nicht gekommen zu sein. Die Fabrikbesitzer stehen natürlich ganz auf dem Standpunkt jener Frau, die gewerbliche Kinderarbeit als im Interesse des Verneiners liegend erachtet. Schrieb doch ein Fabrikdirektor, daß „die Kinder durch Beschäftigung nicht nur vor einer ungeeigneten Vergeudung ihrer freien Zeit bewahrt bleiben, sondern daß sie auch den Wert ihres eigenen Verdienstes frühzeitig schätzen lernten. Als einen drastischen Beweis für den Unverstand und die Gabsucht mancher Eltern führt Wittmann einen fabrikmäßigen Betrieb mit Zwergarbeitern an, in welchem Vater und Mutter die Betriebs-

leiter und Unternehmer darstellen, die zur Eile anspornen. Der 14-jährige älteste Bruder spielt den Vorarbeiter und Kolonnenführer, er verteilt je nach der Leistungsfähigkeit die einzelnen Arbeiten an seine jüngeren Geschwister, an den 12-jährigen Joachim, die 10-jährige Lina, den 9-jährigen Joseph, den 8-jährigen Hermann, die 7 Jahre alte Maria und an den noch keine 6 Jahre alten Pius. Kein Wunder, wenn einfache Bauersleute einen der industriellen Kinderarbeit freundlichen Standpunkt einnehmen, wenn sie materiell dabei interessiert sind.

Hier kann nur ein Gesetz helfen, das den Kinderschutz unbedingt garantiert. Welch fadenförmige Gründe für die Kinderbeschäftigung, und nicht nur von den Unternehmern, herangezogen werden, dafür nur ein Beispiel: „Der Bezirksarzt von Lahr sprach in einem von der Regierung eingeforderten Gutachten vom Jahre 1893 sich allerdings dahin aus, daß die Kartonnagenarbeit auf die körperliche und geistige Frische der Kinder ungünstig einwirke, aber die Industrie könne, so fügt er gleich hinzu, die billige Kinderarbeit nicht entbehren; dergleichen müsse in Rechnung gezogen werden, daß manche Familien auf den Verdienst ihrer Kinder angewiesen seien. Über diese Gründe genügt den Herrn Bezirksarzt noch nicht. Er brachte drum noch zwei weitere bei: einen ökonomischen und einen pädagogischen. Erstens: der frühzeitige Beginn der Arbeit sei wegen der Gelenkigkeit der Finger und der Schärfung des Farbensinnes für die spätere Ausbildung vorteilhaft, und zweitens sei zu erwägen, was die Kinder außerhalb der Schulzeit treiben sollten; auf der Strafe könnten sie nicht immer umherlaufen, denn sie bedürften der Aufsicht, die ihnen die mit Fabrik- und Feldarbeit beschäftigten Eltern nicht gewähren könnten.“

Ein „ärztliches“ Gutachten eigener Art, dessen Er-statter völlig von dem Unternehmerstandpunkt beherrscht ist: die Kinder werden von dem Unternehmer nicht deshalb beschäftigt, weil er daran verdienen will, sondern weil ihm ihre spätere Ausbildung am Herzen liegt und weil sie beim Spiel auf der Straße zu Schaden kommen könnten.

Ueber die lange Arbeitszeit klagt der Bericht bei der Besprechung aller Arbeitszeige. Arbeitszeiten von 13 und 14 Stunden sind keine Seltenheiten. Um 5 oder 6 Uhr wird im Sommer wie im Winter die Arbeit aufgenommen und ohne Unterhalten einer eigentlichen Mittagspause gleich nach Tisch weiter gearbeitet bis zum späten Abend. Der Fleiß, so heißt es, artet hier zu einem Mißbrauch der Arbeitskraft aus. So sind insbesondere die Schwarzwälder Uhren Erzeugnisse langer und überlanger Arbeitszeit. „Wenn zwei Mark nicht mehr in 10 Stunden verdient werden können, so wird eben 12 Stunden lang gearbeitet, und reicht dies nicht aus, 14, 16 und noch mehr.“

Zu dieser langen Arbeitszeit der eigentlichen Heimarbeiter tritt noch die heimindustrielle Ueberzeitarbeit der in Fabriken beschäftigten Arbeiter hinzu. So wird von den Arbeiterinnen einer Bürstenfabrik in Donau-eschingen berichtet, daß sie die Gewohnheit hätten, Material mit nach Hause zu nehmen und dort des Abends noch Bürsten einzuziehen, die mit den Fabriklöshnen verrechnet würden. In vielen Fällen heißt es, daß der bei Tage in der Fabrik beschäftigte Vater des Abends der Frau bei der Arbeit helfe. In der Bürstenindustrie scheinen neben der Porzellan-knopfindustrie die Verhältnisse am schlimmsten zu liegen. In den 36 aus der Bürstenindustrie angeführten Beispielen heißt es fast überall: Die Frau zieht Bürsten ein und arbeitet des Abends bis 11 Uhr. In einem Falle wird gesagt: „Im Sommer arbeitet die Frau von früh 8 oder 4 Uhr bis abends 9 oder 10 Uhr, im Winter von früh 5 bis 11 Uhr nachts.“ Diese zum Himmel schreiende Arbeitsflaverei stellt die Heimarbeiter schlechter als die Hausstiere; es bleibt ihnen jeder Lebensgenuß ver sagt,

Arbeit und Schlaf, Schlaf und Arbeit, das sind die zwei Dinge, die allein den Inhalt ihres Lebens ausmachen. Und dazu die eintönige Arbeit; immer dasselbe Teilstück anfertigen, dieselben Handgriffe anwenden, im ewigen Einerlei.

Die Löhne der Heimarbeiter stehen zu dieser langen Arbeitszeit im umgekehrten Verhältnis. Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter waren nicht anzutreffen. Der durch lange Arbeitszeit niedergedrückte Heimarbeiter hat im allgemeinen nicht den Mut zum Widerstand. Dazu kommt dann noch der größere Mangel an persönlichen Verührungspunkten mit seinen Arbeitskollegen, als beim Fabrikarbeiter und bei diesen Hausindustriellen der Schein einer gewissen Selbstständigkeit.

Der Raum gestattet nicht, aus der Fülle des gesammelten Materials vieles mitzuteilen. Unter Tränen haben Frauen dem Gewerbeaufsichtsbeamten erklärt, daß trotz aller Arbeit bei den wachsenden Ausgaben nicht durchzukommen sei. Von einem selbständigen Meister, der Jocke-Uhren zusammensetzt, sagt Dr. Wittmann, daß sein Stundenverdienst 14 Pf. beträgt. Da er aber 18 Stunden im Tage arbeitet, so verdient er allerdings immer noch 2,50 Mk. täglich. Bei 14- bis 15stündiger täglicher Arbeitszeit beläuft sich in der Uhrenindustrie der Stundenlohn auf 15 bis 18 Pf. In der Orchester-Hausindustrie stellt sich der Lohn noch niedriger, desgleichen bei den Mundharmonikamachern, den Seidenbinderinnen, in den Vorhangstickereien, Knöpfeaufnäherinnen und Stuhlfllechterinnen, wo Stundenlöhne von 3 bis 20 Pf. von den Beamten herausgerechnet wurden. Bemerkenswert ist, daß die Stickerinnen in der Schweiz und in Borarbberg besser bezahlt werden als in Baden, obgleich die Lebenshaltung dort billiger ist als bei uns. Die niedrigen Löhne der Heimarbeiter drücken naturgemäß auch auf die Löhne der Fabrikarbeiter. Konstatiert doch der Verfasser, daß die Fabrikloshne der gelernten Kartonnagearbeiterinnen in Lahr seit 1901 von 10,80 auf 10,28 Mk. wöchentlich gefallen sind. In der Tabakindustrie blieben nach den Berichten der Tabak-Verufsgenossenschaft die Löhne in Baden unter dem Reichsdurchschnitt zurück. Der Unterschied beträgt 42 Mark im Jahre. Dieser Tiefstand hat norddeutsche Zigarettenfabrikanten zur Ansiedelung in Baden veranlaßt.

Auch die Erfahrung bestätigt den Bericht, daß die Einschränkung der Heimarbeit, insbesondere soweit es sich um die hausindustrielle Bearbeitung von Nahrungs- und Genussmitteln handelt, sehr im Interesse des konsumierenden Publikums geboten ist. Das Abziehen von Bohnen für Konservenfabriken und deren Beförderung von und zur Fabrik in Kinderwagen, in welchem vielleicht kurz vorher ein an Diphtherie, Scharlach, Diarrhöe usw. erkranktes Kind gelegen hat, ist für die Konsumenten höchst gefährlich, weil die Bohnen von der Heimarbeit sofort in den Konsum gelangen, ohne vorher einem Reinigungsprozess unterworfen worden zu sein. Ueberhaupt klagt der Verrikt allgemein über Mangel an Reinlichkeit in den von der Hand des Gesehes noch unberührt gebliebenen heimindustriellen Familienbetrieben. „Besondere Arbeitsstoffe, so heißt es u. a., sind selten; zumeist wird auf dem familientische gearbeitet, auf dem sich häufig Schwaren, Trinkgefäße, schmutzige Kleider und Wäschestücke befinden.“ Wiederholt wurde beobachtet, wie die Kinder am Arbeitstisch essen und die Mutter während der Arbeit Brot und Milch austeilte.“

Angesichts solcher Zustände kann nur die Gesehgebung helfen, denn der organisationslose Heimarbeiter vermag aus eigener Kraft sein Geschick nicht mehr zu wenden. Ob Reichsregierung und Reichstag aber gewillt

find, auch nur die schlimmsten Auswüchse der Heimindustrie und der Heimarbeit ernstlich zu beseitigen? Wäre dem so, so müßten sie den von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgearbeiteten Entwurf über die Regelung der Heimarbeit, der von Dr. Wittmann auch gesetzestechisch als vorzüglich bezeichnet wird, akzeptieren und ihn zum Gesetz erheben. Das Scharfmachertum hat nach dem Siege der Modparteien heute einen größeren Einfluß auf Regierung und Parlament denn je. Und daß diese modernen Herrenmenschen auch selbst dort kein Gefühl für die Leiden der arbeitenden Schichten besitzen, wo nicht ihr Profit im Wege steht, lehrt die Erfahrung. Erst die aufgereizte öffentliche Meinung kann sie zwingen, zur Abstellung der aller schlimmsten Mißstände zögernd die Hand zu bieten. Dazu, daß das öffentliche Gewissen geweckt wird, dazu wird das wertvolle Werk des Nachfolgers Wrisshoffers in der badischen Fabrikinspektion erheblich beitragen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. April 1907.

Sozialpolitik.

Die Mängel der bürgerlichen Sozialpolitik wurden heute in großen Zügen vom Abg. Dr. Raumann im Reichstag kritisiert, der freilich verneinte, die Schuld an der Unfruchtbarkeit der deutschen Sozialgesetzgebung dem Bundesrat in die Schuhe zu schieben, um die bürgerlichen Parteien zu entlasten. Dabei konstatierte Raumann, daß eine Majorität für eine Reihe sozialpolitischer Forderungen im alten wie im neuen Reichstage vorhanden war, daß sie aber Jahr für Jahr referierend und bittend vor dem Bundesrat gestanden habe, der leider ihren Wünschen nicht nachgab. Mit dieser Darstellung konstatierte er unbeabsichtigt selbst die Schuld der Parteien an der Verschleppung sozialpolitischer Fragen und Forderungen, und unser Genosse Hoch zeigte in seiner Rede nachher scharf, wie die Mehrheit der bürgerlichen Parteien sich vor dem Bundesrat duckt und sich diese Verschleppung gefallen läßt, weil sie unter dem Einfluß der Großindustrie und des Kapitalismus steht.

Hatte Raumann die Struktur der modernen Produktion mit bürgerlichen Strichen scharf gezeichnet und der Entwicklung entsprechend eine Organisation der Produktionsfaktoren gefordert, die er mit dem Ausdruck „Industrieparlamentarismus“ bezeichnete, hatte er ferner zur Sicherung einer guten „Arbeitsverfassung“ Arbeiterkammern, Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechts sowie ein Reichsvereinsgesetz verlangt, so führte Genosse Hoch dagegen den Nachweis, daß durch die Handhabung und Auslegung der einschlägigen Gesetze den Arbeitern zum Teil wieder genommen wird, was ihnen diese Gesetze garantieren sollten! Drahtisch führte er diesen Beweis bei der Besprechung der Rentenquetscherei und des Bestrebens, den Krankenkassen die Selbstverwaltung zu beschneiden oder gar zu nehmen.

Das Streben Raumanns, die Zustände im bürgerlichen Staat zu idealisieren und damit Zufriedenheit in die Arbeiter zu pflanzen, scheitert an der nackten Tatsache, daß, wie Hoch sagte, das den Arbeitern gewährte Recht ein Klassenrecht ist, das selbst durch eine Begeisterung für die Rechte der Arbeiter, wie sie Raumann verzapfte, nicht idealisiert werden kann.

Graf Vosadowsky bezeichnete die Rede Raumanns als ein „philosophisches Programm“ und bestritt, daß Deutschlands Sozialgesetzgebung hinter den anderen Staaten zurückstehe. Der Staatssekretär erkannte an, daß ein Reichsvereinsgesetz das Gesetz über die Berufsvereine sehr vereinfachen würde und meinte, das zu erwartende Reichsvereinsgesetz müsse ein modernes Gesetz sein. Die über diese Ansicht erschrockenen Junker beruhigte er jedoch sogleich durch die Bemerkung, daß dieses Gesetz zugleich die „Sicherheit der öffentlichen Ordnung“ verbürgen müsse! Anders kann sich eben ein konservativer Staatsmann ein modernes Gesetz nicht vorstellen, als daß der Polizeistempel neben das Gesetz gelegt wird. Recht unglücklich exemplifizierte der Staatssekretär auf das Gesetz, das unter Hohenlohe das Verbot des Inverbindlichreitens der Vereine aufhob; denn seine Ausführungen bestätigten nur, daß der Staat mit Gesetzen hinterhergeht, wenn die Entwicklung längst auf eine andere gesetzliche Regelung der Zustände hingedrängt hat. So ist es auch mit der Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung, zu deren gesetzlicher Regelung es der Regierung angeblich an Arbeitskräften mangelt. Raumann sowohl wie Hoch kritisierten das Armutzeugnis, das sich die Regierung selbst ausstellte, und es steht außer Zweifel, daß die Schwierigkeiten nur in den bürokratischen Verwicklungen liegen, ohne die nun einmal die Regierung sozialpolitische Reglementierungen nicht unternimmt. Es fehlt dieser Gesetzgebung der größere Zug humaner und einfacher Gestaltung, für die leider die Interessenwirtschaft des Unternehmertums, wie sie auch im Reichstag von den bürgerlichen Parteien vertreten wird, ein Hindernis ist.

Außer dem Hinweis Vosadowskys darauf, daß Vorbereitungen zu einem Reichsvereinsgesetz getroffen werden, ergab auch heute die Debatte nichts Positives, wenn auch der Staatssekretär auf die Anzuspargen des Hochs noch die Erklärung abgab, daß er für einheitliche Renten an die versicherten Arbeiter schon früher eingetreten sei und daran festhalte.

Gegenüber der Kleinlichkeit der gesetzgeberischen Sozialpolitik amtlicher Kreise sowie der bürgerlichen Parteien betonte Genosse Hoch die Notwendigkeit der Selbsthilfe der Arbeiter durch strikte wirtschaftliche und politische Organisation, die den Widerstand gegen reaktionäre Pläne stärke und Erfolg im Kampfe für die Interessen der Arbeiter verspreche.

Die Fortsetzung der Beratung wurde auf morgen verlagert.

Von den höheren Schulen.

Das Abgeordnetenhaus erledigte heute zunächst den Etat der Universitätsverwaltung in einer Art von Debatte, die der Präsident von Kröner dadurch kennzeichnete, daß er die Abgeordneten hat, ihre Privatgespräche doch wenigstens nicht lauter zu führen, als der Redner spräche, weil er den doch wenigstens hören müßte! In der Tat hatte niemand an den Spezialwünschen für Bonn, Münster, Braunsberg usw. ein besonderes Interesse, als der betreffende Redner, der sich gerade seinem Wahlkreis zur Wiederwahl zu empfehlen suchte.

Etwas großzügiger — wenn man diesen Ausdruck vom Dreiklassenparlament gebrauchen darf — waren die folgenden Debatten beim Kapitel der höheren Unterrichtsverwaltung: Ein national-liberaler Antrag forderte die Regierung auf, die Initiative zu ergreifen, um eine Verschmelzung der verschiedenen Stenographie-

systeme herbeizuführen und dann dieses Einheitsystem als obligatorischen Lehrgegenstand in den höheren Schulen einzuführen. Der Antrag wurde von allen Parteien mit guten Gründen unterstützt; er ist gerade jetzt besonders zeitgemäß, weil die Vertreter der verschiedenen Stenographiesysteme selbst auf einer Tagung in Eisenach die Vereinheitlichung als wünschenswertes Ziel hingestellt haben; er kommt auch den Arbeitern zugute, weil gerade sie am ehesten sich verleiten lassen, eines der kleinen, unbekannteren und unpraktischen Systeme zu erlernen. Natürlich kostete es viel Mühe, dem Kultusminister Dr. v. Studt klarzumachen, warum es sich handelte und was er tun sollte. Er versicherte einmal über das andere, er könne nicht ein Stenographiesystem unter Benachteiligung aller übrigen in die preussischen Schulen einführen! Erst allmählich gelang es den vereinten Bemühungen von vier Abgeordneten, ihm klar zu machen, daß erst ein einheitliches System mit Hilfe der Unterrichtsverwaltung geschaffen werden sollte, und dann folgte er wohlwollendes Interesse zu.

Den Rest der Sitzung füllte die Debatte über einen Antrag Ernst (fr. Vg.): die Lehrpläne der Volksschulen und der höheren Schulen organisch zu verbinden (so daß der Uebergang von der einen in die andere erleichtert sei) und die Volksschulen allmählich abzugestatten. Der Abg. Ernst konnte sich in der Begründung seines Antrages auf das Beispiel nicht nur vieler ausländischer Staaten, sondern auch Bayerns und Westfalens berufen, wo die Söhne der reichen Leute — wenigstens in den ersten drei Schuljahren — nicht von der misera plebs getrennt sind. Gleichwohl aber fand der Antrag außerhalb der freisinnigen Parteien nur bei einigen national-liberalen Schulmeistern Gnade. Die Mehrheit der national-liberalen Partei ließ durch den bekannten Unternehmervertreter Hilbert erklären, daß ihrer Auffassung nach das Schülernmaterial der Volksschule zu schlecht sei, um mit den Söhnen der Reichen und Vornehmen zusammen im Kleinen Einmaleins unterrichtet zu werden! Der konservative Redner Krüger, Marienwerder befürchtete gar eine Verschärfung des Klassenkampfes, wenn die sechsjährigen Proletariatskinder ihre bevorzugten Altersgenossen ein schön belegtes Butterbrot würden frühstücken sehen, und der Zentrumsabgeordnete Dr. Dietrich will die fromme Erziehung der Volksschüler nicht durch die freiere Erziehung der höheren Vorkursler gefährden lassen! Gleich von vornherein sollen sich, so will es auch das sozialpolitische Zentrum, die Kinder der Armen an den Gedanken gewöhnen, daß in dieser „gottgewollten“ Ordnung ein strenger Unterschied zwischen ihnen und den ausgewählten Reichen gemacht werden muß. — Was den Freisinnigen ein Argument zur Begründung ihres Antrages war: daß diese Reform einst vielleicht den Unterbau abgeben könnte für die Schaffung der Einheitschule, das erregte bei den anderen Parteien nur um so größere Abneigung gegen den Gedanken und veranlaßte sie, den Antrag in der Unterrichtscommission zu begraben.

Morgen läßt das Abgeordnetenhaus seinen Kommissionen für ihre Beratungen einen Tag frei; übermorgen kommt das Beamtenpensionsgesetz zur ersten Lesung, danach wird die Debatte über den Kultusetat fortgesetzt.

Baden und die Schifffahrtsabgaben.

Aus Mannheim wird uns geschrieben: Das Großherzogtum Baden würde wie kein zweiter deutscher Bundesstaat unter der Einführung von Rheinschifffahrtsabgaben zu leiden haben. Seine Versorgung mit ausländischem Getreide, mit Petroleum und anderen überseeischen Produkten ist seit Jahrzehnten auf der freien Stromschifffahrt aufgebaut und auch die großen Massengüter, die es für Industrie und Landwirtschaft aus Deutschland selbst bezieht — Steinkohle, Eisen, künstlicher Dünger usw. — gehen zu Wasser bis nach Mannheim oder Karlsruhe hinauf und gelassen dort die Ansiedelung manches Industriezweiges, der auf der Basis der viel teureren Bahnfrachten völlig unmöglich wäre. Insbesondere die Stadt Mannheim, die heute bereits 170 000 Einwohner zählt, ist mit ihrer ausgebreiteten Eisenindustrie, aber auch mit der gewaltigen Fabrikation chemischer Produkte, die zu Tausenden von Tonnen englischen Schwefelsäure bezieht, auf die billigere Wasserfracht angewiesen und kann nur unter Aufrechterhaltung derselben Konkurrenzfähigkeit bleiben. Aber auch die badischen Staatsbahnen haben ein eminentes Interesse an der Förderung des Rheinschifffahrtsverkehrs, weil in Mannheim die Hunderttausende von Gütertonnen — in erster Linie Steinkohle — auf sie umgeschlagen werden, die nach der Schweiz, dem westlichen Oesterreich, ja (durch den Gotthard) nach Oberitalien gehen. Diese Frachten bilden den Grundstock der Rentabilität der badischen Staatseisenbahnen, da sie auf ihrem Wege von Mannheim, der eigentlichen Kopfstation der rheinischen Großschifffahrtstrasse, nach Elben die ganze Länge des badischen Eisenbahnnetzes zu durchlaufen, also auf Entfernungen von 250 bis 300 Kilometer (über Wasel oder Konstanz) die badischen Bahnen zu benützen haben.

Verständlich ist man alle diese speziell für das Land Baden wichtigen Umstände, so sollte man — ganz abgesehen von den allgemeinen wirtschafts- und verkehrsrechtlichen Momenten, die gegen die Konsumierung der Schifffahrtsfreiheit auf den natürliehen Wasserstraßen sprechen — annehmen zu können glauben, die badische Regierung, die sich ihrer liberalen Anschauungen sonst ja so laut zu rühmen pflegt, müsse eine geschworene Gegnerin der Stromzölle sein und alles aufbieten, um den preussischen Anschlag auf die Freiheit der Stromschifffahrt abzuwehren zu helfen. Dem ist jedoch nicht so; wie unser Mannheimer Parteiorgan vielmehr seit Monaten mit Bestimmtheit zu wissen vorgab, und wie sich jetzt in der Tat auch als richtig herausstellt, hat die Karlsruher Regierung ihren Unfall in der Stromfrage bereits vollzogen und ist im Begriff, mit fliegenden Fahnen ins Lager der Abgabefreunde abzurücken. Die Gründe hierfür sind teilweise allgemein verkehrsrechtlicher Natur, andererseits sind sie auf gewisse persönliche Beziehungen unseres Hofes zu Berlin zurückzuführen, endlich dürfte aber auch das Sonderinteresse der Stadt Karlsruhe dabei eine gewisse Rolle spielen, da man gewohnt ist, sie im Widerstreit mit den Interessen besonders Mannheims allemal obliegen zu sehen.

Die Stadt Karlsruhe ist seit einigen Jahren im Besitze eines Rheinhafens, der durch einen etwa 5 Kilometer langen Stichkanal mit dem Strome verbunden ist und den es mit dem Aufgebote aller Kräfte rentabel zu machen sucht. Als schwerstes Hindernis tritt ihm dabei der Rheinstrom selbst entgegen, der oberhalb Mannheim nur wenige Monate im Jahre, und auch da nur mit erheblichen Schwierigkeiten, für die größere Schifffahrt benutzbar ist und deshalb von Baden im Verein mit den beiden anderen Uferstaaten (Bayern und Elsaß-Lothringen) unter Aufwand ganz erheblicher Mittel reguliert werden soll. Die für dieses große Kulturwerk vorläufig vorgesehenen Mittel werden nach dem Urteil aller unbefangenen Urteilenden zu seiner völligen Durchführung aber bei weitem nicht ausreichen, und die badische Regierung läuft deshalb Gefahr, bei der Anforderung weiterer großer Summen für die Strombauten mit der Volksvertretung in Konflikt zu kommen, da diese eine starke agrarische Strömung aufweist, die für eine allzu intensive Anspannung der staatlichen Finanzen zugunsten der Verbesserung der Rheinwasserfrage nicht zu haben sein wird. Diese Umstände müßte Preußen

aus, um Baden für seine Abgabepäne zu gewinnen, genau so, wie es Bayern durch das Versprechen der Mainkanalisation, und Württemberg durch die Aussicht auf Vereinfachung von Beiträgen aus der Stromzollkasse zur Reduktion der Stromzölle gemacht hat. Es ist deshalb kein Zufall, daß Großherzog Friedrich vor 2 Jahren den Oberdirektor des staatlichen Wasserbaus um — Finanzminister gemacht hat, und daß dieser selbst Herr, Minister Honfelli, heute zu den eifrigsten Befürwortern der Rheinschifffahrtsabgaben gehört.

Herr Honfelli hatte in seiner früheren Stellung die Pläne zur Regulierung des badischen Teils der Oberrheinregulierung ausgearbeitet und sich mit seinem Namen für ihre Durchführbarkeit und ihren günstigen Einfluß auf die Schifffahrt verbürgt. Man begreift deshalb, daß er ein hohes Interesse daran hat, auch für die Mittel geforgt zu sehen, die jenes Regulierungswerk noch verschlingen wird, und daß er seine verkehrspolitischen und wirtschaftlichen Bedenken gegen die Stromzölle in den Hintergrund treten ließ, als Preußen dem Lande die Aussicht eröffnete, daß es aus den Erträgen der Schifffahrtsabgaben späterhin die Summe erhalten solle, die eine schwierige Agrariermehrheit zum Zwecke der Vollendung der Rheinkorrektur unter Umständen verweigern könnte. Verstärkt wird die Regierung bei dieser ihrer Haltung noch durch das badische Zentrum, das, wenn es auch in seinen rädlichen-industriellen Repräsentanten das Forum der verkehrsrechtlichen Fortschrittlichkeit noch einigermaßen zu wahren sucht, in seinen einflussreichsten Vertretern, die aus Landbezirken in das Karlsruher Rondell geschickt sind, aus agrarischen Rücksichten doch Stromzollfreundlichkeit ist und mit den preussischen Junkern in dieser Frage durchaus einig geht. Einzelne badische Repräsentanten der Schwarzen haben in rückständigster Bauerndemagogie auf dem vorwärtigen Gebiete im Laufe der letzten Wochen geradezu Tolles geleistet und dabei alles übertroffen, was von junkerlich-reaktionärer Seite diesbezüglich jemals geleistet worden ist. Daß die Regierung sich solche Strömungen zunutze macht, um das morsche Rad der Stromzölle wieder flott machen zu helfen, ist wohl zu begreifen.

Man wird uns deshalb — trotz aller Dementis, mittels deren die Karlsruher Regierung ihre Frontveränderung in der Stromzollfrage vorläufig noch zu maskieren sucht — wohl recht geben müssen, wenn wir die traurige Tatsache konstatieren zu müssen glauben, daß im Bundesrat auf die Stimmen Badens im Kampf gegen die Stromzölle nicht nur kein Verlaß mehr ist, sondern daß sie direkt den Freunden der preussischen Pläne zugerechnet werden müssen. Die Zukunft wird, so traurig das ist, uns sicher recht geben. —

Deutsches Reich.

Rentable Sozialreform.

Das Organ politisierender protestantischer Pfarrer, der „Reichsbote“, leistet sich in seiner Freitagnummer die Behauptung, die Hauptschuld an dem langsamen Tempo der deutschen Sozialreform trüge die Sozialdemokratie; denn sie verlege dem Staat die Mittel zur Durchführung der sozialpolitischen Aufgaben.

„Sie (die Sozialdemokratie)“ schreibt das fromme Blatt, „täuscht die Wähler darüber, wie viel sie selbst dazu beiträgt, auf der betretenen Bahn mit Besonnenheit fortzuschreiten, indem sie unausgesetzt gerade solche Initiativen der verbündeten Regierungen in Richtung zu bringen sucht, welche sozialpolitisch oder sozialreformatorisch ebenso wichtig ist, wie die, welche sich in der Ausgestaltung von Gesetzen offenbart, die sich auf Spezialgebiete des Arbeiterschutzes und der Arbeiterfürsorge beziehen. Leider ist die Sozialdemokratie in der Entwicklung solcher hemmenden Tätigkeit besonders von einem Teil des linken Liberalismus eher befruchtet als behindert worden. Wäre nicht aus den Reihen des linken Liberalismus der Agrar- und der Finanzpolitiker der verbündeten Regierungen durch manches Jahr die größten Hindernisse bereitet, so wären wir längst über manchen Berg, und es könnte beispielsweise die Frage der Witwen- und Waisenversicherung für die Arbeiter, der Vereinfachung der Arbeiterversicherung und der Versicherung der Privatangestellten mit viel mehr Schneid angefaßt und durchgeführt werden. Weil es vor allem auch an der Voraussehung wieder mangelt, auf die sehr viel ankommt: nämlich, daß der Staatssekretär des Reichsschatzamts die Äpfeln nicht bedenklich zu bewegen brauchte, wenn der Staatssekretär des Innern mit der Frage an ihn herantritt: Wie viel kann der Herr Kollege für diesen und jenen wichtigen Zweck an Mitteln hergeben? Auf ihr Vorhandensein kommt es nicht nur an, wenn es gilt, unsere Rüstung zu Lande und zu Wasser in möglichst untergeordnetem und zeitgemäßem Zustande zu erhalten, sondern auch dann, wenn es sich darum handelt, die sozialpolitische Ausrichtung zu vervollständigen.“

Damit die Witwen- und Waisenversicherung und andere sozialpolitische Pläne schneller zur Durchführung gelangen, soll also die Sozialdemokratie nicht mit der Agrarpolitik der Regierung keine Hindernisse in den Weg legen, sondern auch die Finanz- und Steuerpolitik des Reichsschatzamtsekretärs unterstützen; mit anderen Worten, sie soll, um als Gegenwert eine Beschleunigung bestimmter sozialpolitischer Maßnahmen einzutauschen, dabei mithelfen, den Lebensunterhalt der Arbeiter zum Vorteil der Agrarier und Schnapsbrenner mit hohen Zöllen und Verbrauchsabgaben zu belasten. Für die Herren Agrarier und ihren Regierungsausschuß, das gegenwärtige Ministerium, ein höchst rentables Geschäft. Sie erhalten auf Volkskosten Profite und Steuern bewilligt, die sich auf Hunderte, vielleicht Tausende von Millionen belaufen und überweisen davon einige Prozent dem Witwen- und Waisenfonds usw., wobei sie sich dann noch nebenbei selbst als Philantropen und opferwillige Sozialpolitiker feiern. Eine recht rentable Sozialreform. —

Die Zeugnisfalter in Baden.

Am gestrigen Tage hat Genosse Ged von der „Volksstimme“ in Mannheim die Zeugniszwangsgesetz antreten müssen. In einer längeren Erklärung, die die „Volksstimme“ bringt, gibt Genosse Ged eine zusammenfassende Darstellung seines Falles und sagt dazu u. a.:

„Wenn ich heute mittag die gaslichen Räume des Amtsgefängnisses betrete, um mich der Ladung des Hr. Untersuchungsrichters Quas Folge leistend, zum Antritt der gegen mich verfügten Zwangshaft zu stellen, so ist es meines Wissens das erste Mal in Baden, daß der Versuch gemacht wird, einen Redakteur mittels der Zeugniszwangsgesetz zu einer Aussage zu zwingen, die er im Interesse seiner allgemeinen menschlichen, wie ganz besonders seiner Berufschre verweigern zu müssen glaubt.“

Ich bin von heute mittag ab also auf unbestimmte Zeit meiner Freiheit beraubt, meinem Beruf und meiner Familie entzogen, weil ich mich weigere, zum Schänder meiner Berufschre zu werden und meine sittlichen Grundsätze zu verletzen. Ich werde mit dem Verlust des höchsten moralischen Gutes, dem der persönlichen Freiheit, bestraft, weil ich es für meine Pflicht halte, in einer Anklagesache die nach meiner Auffassung keineswegs ein Ver-

Brechen, sondern im schlimmsten Fall einen derben, vielleicht auch geschmacklosigen Scherz zum Gegenstand hat, einen Mann zu bedenken, der, wenn ich ihn betrachte, in seiner beruflichen Existenz selbst dann total ruiniert wäre, wenn er, was ich für unaussprechlich halte, vom Gericht freigesprochen würde. Ich werde hinter Gefängnismauern gesetzt, weil ich mich weigere, mir selbst die weitere Tätigkeit an der Presse unmöglich zu machen, was schließlich der Fall wäre, sobald ich das Mediationsgeheimnis, die Grundlage des ganzen modernen Zeitungswesens, insbesondere bei der oppositionellen Presse, durchbräche. Man legt mir mit einem Wort die qualvollsten Dammstrahlen an, um den Untersuchungsprozess zu erreichen unter Bedingungen, die aller Moral und aller Menschlichkeit, vor allem aber auch jeder Vernunft Hohn sprechen. Denn daß der Zweck der Zeugniserzwingung nicht erreicht wird, daß der öffentliche Ankläger und seine Helfer, wenn sie mich aus meiner Folterhaft wieder entlassen müssen, auf ihrer Suche nach dem Täter keinen Schritt weiter gekommen sind, weil ich natürlich auch durch monatelange Inhaftierung mich zur Preisgabe meines Berufsgeheimnisses nicht bestimmen lasse — das mühten sich die Herren von der hohen Justiz doch wohl selber sagen. Es bleibt als Erfolg der ganzen unerhörten Aktion schließlich also weiter nichts als die Tatsache der empörendsten Duälerei eines Menschen, dessen Auffassung von Berufssehre den Gang der Strafuntersuchung hemmt und für die erfolgreiche Tätigkeit der mit dieser besetzten Beamten ein unbequemes Hindernis bildet.

Das Urteil darüber, auf welcher Seite in dieser Angelegenheit Moral und natürliches Recht zu stehen sind, glaube ich getroffen der Öffentlichkeit überlassen zu können. Vielleicht trägt der Eindruck, den das gegen mich eingeleitete Zwangsverfahren in den weitesten Kreisen gemacht hat und noch weiter machen wird, dazu bei, dem Ungeheuer des Zeugnispflichtparagrafen gegen die Presse endlich vollends den Garaus zu machen. Ist dies der Fall, so wäre mein Verhalten in vorliegender Sache ja auch in dieser Hinsicht nicht ohne gute Wirkung geblieben.

Diese Sätze sind eine so treffende und scharfe Kennzeichnung der ungeheuerlichen Institution der Zeugnispflicht, daß sich für uns jeder weitere Zusatz erübrigt. —

Zur Vergewaltigung.

Die Schäden des Grundbesitzkapitalismus, die sich auch in Elsaß-Lothringen immer mehr bemerkbar machen, sollen dort nach bekanntem preussischen Muster bekämpft werden. Die Regierung der Reichsländer hat dem Landesauschuss sofort nach den Osterferien einen Gesetzentwurf betr. Änderung des Vergewaltigungsgesetzes für Elsaß-Lothringen vom 18. Dezember 1873 vorgelegt. Das bestehende Vergewaltigungsgesetz beruht auf dem Grundsatz der Vergewaltigung, nämlich daß jeder unbehindert und unbeschränkt auf fremdem Grund und Boden schürfen und wenn er abbaufähige Mineralien, Erze und Salze findet, ein Vergewaltigungsgewinn erwerben kann. Mit der Zeit bemächtigt sich große kapitalistische Bohr- und Bergwerksgesellschaften dieser Freiheit, und auf diese Weise kamen die wichtigsten Mineralien in die Hände einiger weniger Kapitalisten. In Preußen, wo, wie in allen kapitalistischen Ländern, die gleiche Entwicklung vor sich gegangen ist, hat man dagegen die Nutzungshemmnisse eingeführt und ist mit der Abänderung des Vergewaltigungsgesetzes beschäftigt. Die elsass-lothringische Regierung will nun ebenfalls auf zwei Jahre keine Nutzungen mehr zulassen und erst nach Ablauf dieser Frist wird man sich darüber schlüssig werden, was man an die Stelle des geltenden Vergewaltigungsgesetzes in bezug auf die Vergewaltigung setzen will, entweder eine Erhöhung der Steuer, die Ueberlassung des Bergwerkseigentums an den Grundeigentümer wie in England, eine Anschließung oder sonstige Beteiligung des Staates, Erklärung der Mineralien als Regal mit Regiebetrieb oder mit Ueberlassung zeitiger Konzessionen, Nutzungsmonopol mit Zulässigkeit der Verwaltung und Ausnützung durch Ueberlassung an dritte gegen Entschädigungen oder Verleihungen auf Zeit.

Dies ist die Auffassung der reichsländischen Regierung über die Ausbeutung der Bodenschätze. Sie zeugt von der Hilflosigkeit der Landesverwaltung gegenüber dem Kapitalismus. Sie hat wohl die Schäden des kapitalistischen Monopols erkannt, aber sie möchte den Kapitalisten nichts zu Leide tun. Die Zusammenfassung des Landesauschusses bürgt dafür, daß eine Regelung dieser hochwichtigen Angelegenheit im Interesse des gesamten Volkes erfolgt. Das zeigte auch schon die Debatte, in der wohl zugestanden wurde, daß dem Staate ein Anteil aus den Mineralerträgen zuzuführen, in der man sich aber ängstlich hütete, einen radikalen Vorstoß zur Verstaatlichung des Grund und Bodens zu machen. In der Kommission, die sich mit dem Gesetze zu beschäftigen hat, wird man schon über eine mögliche Schonung des privaten Kapitals einig werden. —

Nachkänge zur Reichstagswahl.

Am Tage der Reichstagswahl, den 25. Januar, waren in dem Dorfe Pfaffenborn mehrere Mitglieder des Reichstagswahlvereins erschienen, um in dem Wahllokal der Wahlhandlung beizuwohnen. Dem Ersuchen des Wahlvorstandes, sich zu legitimieren, wurde durch Vorzeigung der üblichen Partei- und Mitgliedsbüchlein des Wahlvereins und Militärpässen entsprochen. Dies genügte dem Wahlvorstand nicht; er verlangte auch noch eine Bescheinigung darüber, daß die betreffenden Genossen Reichstagswähler sind. Durch einen schamlosigen nach Pfaffenborn entsandten Radfahrer wurden hierauf die gewünschten, von dem Gemeindevorsteher amtlich beglaubigten Bescheinigungen herbeigeschafft. Doch auch nach Vorlegung dieser Schriftstücke duldet der Wahlvorstand die Genossen nicht in dem Wahllokal.

Von diesen Vorgängen erhielt der in seinem Wohnorte Langewahl im Wahllokal tätige Genosse Habermann Kenntnis. Er bog ab sich von hier aus nach Pfaffenborn. Um das Wahlergebnis zu erfahren, betrat er gegen 1/2 Uhr das Wahllokal. Es erging ihm wie den Reichstagswählern Genossen. Trotz vorzeigter Legitimationspapiere wurde er hinausgewiesen. Genosse Habermann betrat das Wahllokal aber wieder und machte den Wahlvorsteher auf die Offensivität der Wahlhandlung und seine sich hieraus ergebende Verletzung zum Betreten des Wahllokals aufmerksam. Habermann wurde darauf gewaltsam hinausgedrängt. In berechtigter Erregung gebrauchte letzterer dabei einige Worte, welche für die Mitglieder des Wahlvorstandes nicht gerade schmeichelhaft waren. Der Wahlvorstand ließ nun den Genossen Habermann von dem Genossen, der als Stimmzettelvertheiler fungiert hatte, verhaften, ein Protokoll über den Vorfall aufnehmen, und mit zwei Mann Bedienung ins Dorfgefängnis abführen. Tags darauf wurde unser Genosse dann dem zuständigen Amtsvorsteher in Neu-Solm geführt und darauf entlassen.

Diese Vorgänge führten zu einer Anklage wegen Hausfriedensbruchs und Verleumdung, über welche in einer am Dienstag in Besatzung stattgefundenen Schöffengerichtssitzung verhandelt wurde. Zur Verteidigung des Genossen Habermann war Rechtsanwalt Dr. Detzfeld-Weil erschienen. Aus Pfaffenborn waren als Zeugen geladen: der Gemeindevorsteher Hartmann, welcher am 25. Januar Wahlvorsteher war, und der Lehrer Rusch, der das Amt des Schriftführers bekleidet hatte.

Die Vernehmung brachte mehrere interessante Momente. Von dem Angeklagten, wie auch von den Zeugen, wurden die Vorgänge übereinstimmend geschildert. Auf die Frage des Verteidigers, warum der Wahlvorstand Legitimationspapiere verlangt habe, und weshalb trotz derselben Ausweisung aus dem Wahllokal erfolgt sei, konnten die Zeugen nur erwidern, daß man es in Pfaffenborn schon immer so gemacht habe. Zu ihrer Betrübnis mußten sich die hiesigen Pfaffenborfer darüber bekehren lassen, daß sie in ihrer Eigenschaft als Wahlvorsteher kein Recht dazu haben, anwesende Wähler nach Legitimationspapieren zu fragen und noch viel weniger aus dem Wahllokal zu weisen. Der Amtsvorsteher

bei Verkündigung des Urteils vergleichsweise auf die Öffentlichkeit der Verhandlungen des Schöffengerichts hin. Bezüglich des Strafmaßes auf Hausfriedensbruch erkannte der Gerichtshof denn auch auf Freisprechung. Wegen Verleumdung erfolgte Verurteilung zu 10 M. Geldstrafe. Den Ausführungen des Verteidigers, daß die dem Genossen Habermann durch das ungerechtfertigte Hinauswerfen aus dem Wahllokal zugefügte tätliche Verleumdung schwerwiegender sei, als die wörtliche im umgekehrten Falle, und demnach auf Freisprechung erkannt werden müßte, schloß sich das Gericht nicht an.

Der Kampf um die Jugend.

Die „Trierische Landeszeitung“ nimmt Bezug auf eine jüngst vom „Vorwärts“ ausgesprochene Mahnung an die Arbeiter, ihre schulentlassenen Kinder den freien Jugendorganisationen zuzuführen und darauf zu achten, daß sie nicht von christlichen und ähnlichen Vereinen gelodert werden. Das Dasbachblatt meint, gegenüber den sozialdemokratischen Bemühungen müsse das katholische Volk überall auf der Hut sein, um die Jugend für die katholischen Jugendvereine zu gewinnen. Weiter heißt es:

„Es ist darum dringend anzuraten, schon am Sonntag nach der Schulentlassung (am weißen Sonntage) im Beisein von Vätern und Müttern und angesehenen und einflussreichen Personen der Gemeinde die jungen Leute feierlich in den für sie geeigneten Verein aufzunehmen, oder deren Aufnahme zu sichern. Hier muß religiöse, sittliche Erziehung, apologetische und soziale Schulung und Aufklärung Hand in Hand gehen. Ganz besonders müssen sich diese Vereine auf dem Lande zur Aufgabe machen, die nach den Städten und Industrieorten abwandernden jungen Leute den dafelbst bestehenden Vereinen zuzuwenden, sie aufzuklären über die Maulwurfsarbeit der Sozialdemokratie, über die religiösen Angriffe und Einwürfe auf der Arbeitsstätte, am Bierische, in Tagesblättern und Zeitschriften, da die Jugend und der Ungebildete nur zu leicht geneigt sind, das Gedruckte als Evangelium anzusehen, besonders dann, wenn man unter dem Deckmantel der Wissenschaft und Forschung auftritt.“

Niemand wird es einem Geislichen oder Zentrumsmann verwehren, wenn er es gern sieht, daß die schulentlassene Jugend den katholischen Vereinen beitrifft, aber die Art, die von dem Dasbachblatt vorgeschlagen wird, kommt auf eine Vergewaltigung hinaus. „Im Beisein von Vätern und Müttern und einflussreichen Personen“, unter denen natürlich der Herr Pfarrer die Hauptrolle spielt, sollen die jungen Leute in die katholischen Vereine aufgenommen werden und zwar gleich nach der Schulentlassung, wo die Jugend sich noch unter der Fucht des geistlichen Herrn Schulinspektors fühlt. Was geht die Wahl des geeigneten Vereins, die doch nur Sache der Eltern und der jungen Leute ist, die „einflussreichen Personen“ an? —

Der Wirtschaftliche Ausschuss ist der „N. Pol. R.“ zufolge auf den 22. d. M. in das Reichsamt des Innern einberufen worden, um über die Gestaltung der Handelsbeziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika vom 1. Juli d. J. zu beraten. Die darüber mit der Regierung der Vereinigten Staaten getroffenen Vereinbarungen werden den Mitgliedern des Ausschusses unterweilt bekannt gegeben werden. —

Der Telegraphier-Vizentiat.

Die evangelischen Arbeitervereine veranlassen gegenwärtig einen sozialen Ausbildungskursus, der am Sonntag in Hannover seinen Anfang genommen. Pfarrer Vizentiat Weber, der Pfarrer vom Ganzen, hat nach seiner Begrüßungsansprache die Anwesenden, ihn zu ermächtigen, dem Kaiser Wilhelm, dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Saldowitsch die Eröffnung des Kursum telegraphisch mitzuteilen. Natürlich taten die Anwesenden dem telegraphierelustigen Vizentiaten den Gefallen, und so erhielt denn die hohen, höchsten und allerhöchsten Stellen am Sonntag Kunde von dem weltberühmten Ereignis: der Eröffnung des sozialen Ausbildungskursus der evangelischen Arbeitervereine. Herr Weber setzt auch sonst gern den Draht in Bewegung. Am 25. Januar drückte er dem Reichskanzler und einem halben Dutzend Bundespräsidenten die Freude seines nationalgesinnten Herzens über den Wahlausfall telegraphisch aus. —

Majestätsbeleidigungsprozess.

Zwickau, den 10. April.
Am Montag wurde der Majestätsbeleidigungsprozess gegen die Genossen Nidel, Bennetwig, Fider, Fischer und Sturm, über den wir in der Dienstagnummer berichteten, vor dem Zwickauer Landgericht zu Ende geführt. Nachdem die von dem Staatsanwalt neu geladenen Zeugen, die durchweg nichts Belastendes gegen die Angeklagten anzufügen vermochten, verstört waren, kamen noch eine Anzahl Entlastungszeugen zum Wort. Sie bestätigten, daß sich die Angeklagten nicht an den Psuirufen beteiligt haben. Der Staatsanwalt zog seine Anklage gegen die Genossen Bennetwig und Sturm zurück und beantragte die Verstrafung der übrigen Angeklagten gemäß Gerichtsbeschlusses.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Eigner I zerpfückte die Anklage in allen ihren Teilen und führte noch einmal den Nachweis, daß die von den Belastungszeugen, Brigadier Kluge, Gendarm Feuer und Schuttmann Lach behaupteten Wahrnehmungen unzuverlässig seien.

Nach längerer Beratung fällte das Landgericht folgendes Urteil: Der Angeklagte, Strumpfwirker Fider wird der Majestätsbeleidigung für überführt erachtet und zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt; die übrigen Angeklagten werden freigesprochen.

Das Mundspitzen und Kopfschütteln ist also bei Volksversammlungen in Sachen gefährlich, denn solche Gefährdungen und Kopfschütteln und eine als nach befundene Stimme genügt dem Gericht, um unseren Genossen Fider aus Oberlungwitz für hinreichend verdächtig zu halten und seine Teilnahme an einem hundertstimmigen „Psui!“ über das Bitat einer Kaiserrede als erwiesen zu erachten.

Außer den oben genannten Zeugen waren von der Staatsanwaltschaft noch eine große Anzahl Angehörige der nationalen Parteien als Belastungszeugen geladen, die teils in der Nähe des Angeklagten, teils in der der Kronzeugen im Saale gesessen hatten, aber nicht anzugeben vermochten, wer sich von den Angeklagten an dem gefährlichen „Psui!“ beteiligt hat. Trotz des gewichtigen Gegenbeweises der Verteidigung mußte das „Psui!“ sein Opfer haben. —

Husland.

Franreich.

Mehrere Eisen im Feuer.

Der Kardinalstaatssekretär Merry del Val veröffentlicht eine Note, worin es heißt, daß Montagnini während seines Aufenthalts in Paris nicht der Einzige gewesen sei, der den Vatikan auf dem Laufenden hielt, ebensowenig wie er der Hauptinformator gewesen sei! —

Belgien.

Zum Vergewaltigungsgesetz.

Brüssel, 11. April. Das Haus beschäftigt sich heute mit der Festsetzung der täglichen Arbeitszeit in den Gruben und nimmt mit 76 gegen 70 Stimmen einen Antrag Vermaert an, der durch die Regierung verworfen worden war und in dem festgesetzt wird, daß infolge Fehlens eines besonderen Gesetzes ein königlicher Erlass

die Arbeitszeit nach dem Gutachten des Bergwerksrates und des obersten Industrie- und Arbeitervates regeln wird.

Die Sitzung wird unter lebhafter Bewegung aufgehoben. Eine Ministerkrise ist von neuem wahrscheinlich geworden.

Spanien.

Das Einvernehmen mit England.

Dem Pariser „Clair“ wird aus Madrid berichtet: Einer der wichtigsten Punkte des in Cartagena erörterten englisch-spanischen Einvernehmens sei der, daß sich England verpflichte, Spanien seinen Beistand zur Wiederherstellung der Flotte und zur Vervollständigung seiner Küstenverteidigung zu leisten! England würde sich auf diese Weise die Sicherheit verschaffen, daß wichtige maritime Stellungen nicht in die Hände anderer Mächte fallen, und dabei doch die Empfindlichkeit der Spanier schonen, welche sonst durch den Ansehens eines englischen Schutzes wahrgenommen werden könnte. —

Dänemark.

Hornberger Schießen.

Kopenhagen, 10. April. Der gemeinsame Ausschuss beider Häuser des Reichstages zur Beratung des Regierungsentwurfs betreffend die Einführung des allgemeinen kommunalen Wahlrechts für Männer und Frauen unter Anwendung des Proportionalwahlverfahrens schloß heute nachmittag die Verhandlungen ergebnislos! — Die Linke, die Reformpartei und die Freikonservativen zogen ihre während der Beratung gestellten Änderungsanträge zurück. Bei der Vorführungswahl stimmten die Freikonservativen für den Kandidaten der Rechten, während sie bisher bei dergleichen Wahlen mit der Regierungspartei zusammengearbeitet hatten.

Rumänien.

Die Bauern sind „beruhigt“, wie's in der Amtssprache heißt. Auf gut deutsch würde man sagen: sie sind niedergedrückt. Das wird immer klarer und deutlicher, je mehr private Mitteilungen allmählich durchsickern, die der offiziellen Schwunddarstellung der rumänischen Regierung die Larve herunterreißen.

Es kann und soll gar nicht bestritten werden, daß die durch Schuld der Regierung in tieferer Anbildung befangene Bauernschaft ihren lang ausgeparten, nur zu berechtigten Groll in einer Reihe häßlicher, brutaler Taten entließ. Wie aber hat sich die „gebildete“ Regierung benommen? Schändlich, höchst schändlich! Ein paar Beispiele:

Die Bauern des Bezirkes Blasca wurden — wie Tiere bei einer Treibjagd — eingekesselt. Dann erging die Aufforderung an die Gefangenen, die „Mädelsführer“ zu nennen, widrigenfalls der ganze Haufen auf der Stelle niedergeknallt werden sollte. Ein paar Namen wurden schließlich genannt und die Verbleibenden auf der Stelle, ohne Verhör, ohne Untersuchung, erschossen und verhängt! Darauf ward obendrein Artillerie beordert, um die Dörfer in Grund und Boden zu bombardieren. Ein paar Hütten, die dabei nicht gänzlich zerstört waren, wurden nachher in Brand gesetzt. Dieses Schicksal hatten allein in der Wallachet mindestens zehn Dörfer zu erleiden.

Und nun die „Untersuchungen“. Jede größere Gemeinde ward mit entsprechender Garnison bedacht, und die Herren Offiziere begannen, zu „untersuchen“. Da geht's denn zuerst den „Intelligenten“, Lehrern und Lehrerinnen, vor allem aber den Fremden an den Kragen. Ueber die Behandlung der „Potemkin“-Matrosen samt Frauen und Kindern haben wir ja bereits berichtet. Herr Sturdza hat sich eben den alten konterrevolutionären Trick zu eigen gemacht, daß die „Fremdlinge“ den Geist der Rebellion unter die Bauern gefät haben sollen. Werden nun nicht genügend „Gefändnisse“ erzielt, so hilft man ein wenig nach — à la Riga. In Alexandria z. B. fesselte man Leute mit Draht; man ließ sie auf spitzen Steinen knien, hand ihnen die Köpfe zurück, so daß sie in die Höhe sehen mußten. So ließ man die Armen 24 Stunden lang ohne Speise und Trank unter freiem Himmel knien!

In anderen Orten grub man Löcher in die Erde, füllte sie mit Wasser und ließ die geknebelten Opfer — darunter auch Frauen — bis zum Halse in Wasser stehen! Und das in der jetzigen rauhen Frühjahrszeit. Anderen sorgte man mit glühendem Eisen die Bäute ab usw. Daß es Schläge regnete — in Masse und mit allen möglichen Instrumenten —, das versteht sich am Rande. Aus allem Geschilderten ergibt sich, daß Herr Sturdza verdammt viel Veranlassung hat, sich seiner schnellen Bauern-„Beruhigung“ zu rühmen. —

Marokko.

Das unbegleitete Frankreich.

Tanger, 11. April. (Wiedergabe der „Agence Havas“.) Infolge einer Anweisung des Königs verließen Mohammed el Torres und el Mokri die Verhandlungen mit der französischen Gesandtschaft zu lassen, bevor der Sultan ohne jede Einschränkung die französischen Forderungen im Prinzip angenommen habe! —

Gestern (Donnerstag) fand in Chalon-sur-Saone die Verurteilung des in Marokko ermordeten Dr. Mauchamp statt. Der Minister des Innern, Bidon, hielt am Grabe eine Rede, in der er sagte, daß Mauchamp als Apostel gelebt habe und gestorben sei. Er habe in Europa, Amerika und Asien Missionen gewirkt. Sein Streben sei gewesen, Frankreich bei Ausbreitung der Zivilisation in Marokko behilflich zu sein, wo die Nachbarschaft Algiers für Frankreich so starke Motive des Einflusses und des Eindringens schaffe. Mauchamp habe dort sein natürliches Arbeitsfeld gefunden; es habe gegolten, durch Unterricht sowie Förderung des Wohlstandes und der Gerechtigkeit die Bevölkerung zu gewinnen und durch Vertrauensmachung mit den europäischen Fortschritten die Eingeborenen zu heben. Von dem an Mauchamp begangenen Verbrechen sei ganz Frankreich betroffen worden. Der Minister erinnerte an die getroffenen Maßnahmen und die Befehle Abdas, welche, was auch kommen möge, so lange dauern werde, bis Frankreich alle Genugtuungen erlange, die es in unbefriedigter Ausübung seiner Rechte gefordert habe.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

14. Sitzung vom Donnerstag, den 11. April 1907, nachmittags 6 Uhr.

Die Sitzung, vom Vorsteher Dr. Langerhans um 1/2 Uhr eröffnet, beginnt mit der feierlichen Einführung und Verpflichtung der neugewählten Stadtverordneten Imberg, Schmidt, Dr. Tropfle, Landsberg und Gördelt. In seiner Einführungsansprache fordert der Vorsteher die neuen Kollegen auf, Schulter an Schulter mit den alten in der Abwehr unredlicher Angriffe auf die Selbstverwaltung gegen die Bürokratie zusammenzustehen.

Für den verstorbenen Stadtv. Friedländer ist Ersatz zu wählen in den Petitions- und Rechnungsausschuss sowie in die Gewerbe- und Bauabteilung. Gewählt werden die Stadtv. Zacharias, Landsberg und Brunsow.

Die den Landwehrrat im Zuge der Linkstraße überschneidende Augustabradestraße muß, um den Bedürfnissen des Schiffverkehrs völlig zu genügen, um 70 Zentimeter gehoben werden; auch soll an die Stelle der beweglichen (Brückenklappen-) Fährbahn ein fester Unterbau treten. Die Rücksicht auf die angrenzenden Eisenbahnanlagen erfordert eine Verschiebung

Der Brücke stromabwärts um 23/4 Meter, und diese Ver-
schiebung macht wieder die Heranziehung einer Fläche von
263 Quadratmeter vom Grundstück Kinst. S. Königin Augusta-
straße 5 zur Straßenanlage notwendig.

Der Magistrat ersucht um die Zustimmung der Versammlung
zur Festsetzung einer dementsprechenden neuen Fluchlinie; ohne
Debatte wird die Zustimmung erteilt.

Mit der Dorfgemeinde Rosenhal hat der Magistrat den
Abschluss zweier Verträge vereinbart, welche die Unterhaltung
der Dorfstraße in Rosenhal und den Anschluss von Rosenhal an
die Berliner Kanalisation betreffen. Die Verträge sollen die
jährlichen Streitigkeiten zwischen beiden Gemeinden über die
Verpflichtung zur Unterhaltung der Dorfstraße aus der Welt
schaffen.

Beide Verträge werden ohne Diskussion angenommen.
Zu Ende des Jahres 1903 hat die Versammlung zur Vor-
beratung des Antrages Kallmann betreffend die Fertig-
stellung des IX. Radialsystems im Norden Berlins
(mit dessen Ausführung schon 1887 begonnen worden ist) einen
Aussschuss eingesetzt. Die Erörterung der Schwierigkeiten, welche
sich der Fortführung der Arbeiten seitdem entgegenstellten, ist in
dem Ausschuss durch die Jahre 1904, 1905, 1906 fortgesetzt worden.
Am 11. März 1907 hat der Ausschuss beschlossen, seine Aufgabe für
erledigt zu erachten. Die Versammlung ist damit einverstanden.
Es folgt die Vorlage betreffend die Neuordnung der An-
stellungen- und Besoldungsverhältnisse der
Assistenzärzte an den städtischen Kranken-
häusern.

Stadt. Dr. Wehl (Soz.): Wir haben uns über die hier in
Betracht kommenden Fragen schon in der letzten Sitzung unter-
halten und ich habe Anlass, auf jene Debatte zurückzukommen, ob-
wohl heute die Vertreter der Krankenhäuserverwaltung am
Magistratsrat nicht erschienen sind. Der Stadtrat Weigert hatte
damals die Behauptung aufgestellt, daß auf 50-55 Kranke ein
Assistenzarzt entfällt, was keine übermäßige Belastung sei. Fest-
gestellt ist aber, daß die Durchschnittszahl der Kranken, welche
einem einzelnen Arzt überantwortet sind, erheblich größer ist, im
Urban, in Roabit und im Friedrichshain 64, in der Gütchiner-
straße 68; im Virchow-Krankenhaus entfielen während der letzten
drei Monate auf einen Assistenzarzt auf einer bestimmten Station
90-100 Kranke! Unabhängig von ihrer Tätigkeit auf den
Stationen haben die Herren auch das neugegründete Personal zu
untersuchen, das kranke Personal zu behandeln und die Polikliniken
mit ihren vielen Tausenden von Fällen wahrzunehmen, dazu kommt
die Tätigkeit im Rettungswesen. Die Herren sind also außer-
ordentlich überlastet, und das muß festgestellt werden, um ihre An-
sprüche hinsichtlich besserer Besoldung zu rechtfertigen. Auch daß
jedem Assistenzarzt zwei Zimmer zur Verfügung stehen sollen, ist
nicht richtig; in zahlreichen Fällen haben die Ärzte nur ein
Zimmer. Der besondere Trumpf, den Stadtrat Weigert mit der
Eingabe der Ärzte des Virchow-Krankenhauses auspielte, ist
auch nicht stichhaltig. Die Form der Eingabe haben wir in der
Krankenhäuser-Deputation nicht billigen können, aber der heraus-
geschaltete Stern hat seine Berechtigung. Die heutige Vorlage soll ja
nur eine Art Abschlagszahlung sein für die Wünsche der Ärzte
und die Vorschläge der Deputation. Ich beantrage Ausschuss-
beratung, damit Verbesserungen vorgenommen werden können.
Wir nehmen zunächst Anstoß an dem einheitlichen Gehaltsfuß von
1200 M.; von einer Steigerung, einer Dienstalterszulage ist keine
Rede. In den Vororten, Charlottenburg u. a., werden den älteren
Ärzten 1500 M. gezahlt. Ferner erscheint uns als große Un-
gerechtigkeit gegenüber den Assistenzärzten beim Kinder-Kranken-
haus die Bestimmung, daß diese Herren zufrieden sein sollen mit
750 M. jährlich. Sind denn die Herren dort nicht so überlastet
wie die Assistenzärzte an anderen Krankenhäusern? Diese sechs
Herren sind vollumfänglich beschäftigt, jedem unterstehen 30-60 Betten,
und ihr Dienst ist schwieriger als anderswo; außerdem hat hier
die Poliklinik in einem Jahre 10 450 Fälle ausgewiesen. Allerdings
hat der leitende Arzt dieses Krankenhauses sich bis vor kurzem
auch seinerseits gegen die Gleichstellung erklärt; jetzt aber hält
er diesen Widerspruch nicht mehr aufrecht. Für wesentlich halten
wir endlich die Frage der Volontärärzte, von denen die Vorlage
überhaupt nicht spricht. Vom 1. April ab sollen sie volle freie Ver-
pfllegung erhalten, weiter nichts. Die Volontärärzte sind für
unser Krankenhäuser von höchster Wichtigkeit; die Zahl
von 50-55 Kranken für einen Assistenzarzt ist nur aufrecht zu
erhalten, wenn jedem Assistenzarzt ein bis zwei Volontärärzte zur
Seite stehen. Die Krankenhäuser-Direktoren legen großen Wert
darauf, daß die Zahl der Volontärärzte möglichst groß ist. Der
Volontärarzt hat den vollen Tagesdienst eines Assistenzarztes.
Wir hatten in der Deputation vorgeschlagen, den Herren 50 M.
bare Entschädigung zu gewähren. Dieser Vorschlag ist wirklich sehr
bescheiden; in Charlottenburg ist man splendider gewesen, indem
dort diese Stellen mit freiem Unterhalt und 600 M. Remuneration
dotiert sind. Der bare Zuschuß ist dort die Frucht der Erkenntnis,
daß man sonst Volontärärzte überhaupt nicht mehr be-
kommen würde. Der Berliner Magistrat wird nicht umhin können, dem
Beispiel zu folgen, wenn er sich nach dieser Seite sichern will.
Verbessern wir die Vorlage nach meinen Vorschlägen, so erfüllen wir
nicht nur die Wünsche der Ärzte, sondern auch die der Deputation.
(Beifall.)

Stadt. Dr. Selberg: Die Wünsche der Assistenzärzte hat der
Magistrat in liberalster Weise erfüllt. Die Heraushebung des Ge-
halts durchweg auf 1200 M. dürfte genügen, da es sich doch nur
um vorübergehende, um Durchgangstellungen handelt, daneben
ihnen auch völlig freie Station gewährt wird. Die Assistenzärzte
an der Charité haben sehr viel ungünstiger da. Der Erholungs-
urlaub ist ebenfalls gewährt. Überall, wo Platz ist, haben sie zwei
Zimmer zur Verfügung. Die Ärzte am Kinder-Krankenhaus
haben wesentlich weniger Betten zu versehen. Zu weiteren Kon-
zessionen dürfte der Magistrat kaum bereit sein.

Stadt. Dr. Nathan (Soz.-fortsch.) erkennt den durch die Vor-
lage gemachten Fortschritt an, bemängelt aber, daß hinsichtlich der
Volontärärzte nichts Wesentliches geschehen soll. Man müsse hier
etwas tun, um nicht lediglich auf Persönlichkeiten aus wohlhabenden
Streifen angewiesen zu sein. Die Assistenzärzte am Kinder-
Krankenhaus sollten nicht differenziert werden, denn es handele
sich doch nicht darum, die Kranken gewissermaßen in Ställen zu
geben. Ausschussberatung sei notwendig.

Auch Stadt. Körte (Fr. Fr.) spricht sich dafür aus.

Stadt. Singer (Soz.): Die Räte, in denen sich unsere Kranken-
häuser wegen des Mangels an Assistenten befinden, müssen aufs
schärfste akzentuiert werden. Jeder, der die Schilderungen der
Direktoren darüber hört, muß davon ergriffen sein. Trotzdem
müßte man jeden Assistenten mit dem Magistrat in einen
wahren Kampf geführt werden. Der Oberbürgermeister
sollte doch einmal in die Deputation kommen und den Verhand-
lungen darüber beiwohnen, vielleicht tritt dann Remedur dieses
schreienden Uebelstandes ein. Wie mit den Assistenten-
ärzten steht es mit den Volontärärzten. Es hat langer Kämpfe
bedurft, bis sich der Magistrat endlich entschloß, ihnen unentgeltlich
ein Mittagbrot zu gewähren. Jetzt sollen sie die Tageskost frei
erhalten; auch diese Konzession macht der Magistrat nur, weil
sonst Volontärärzte überhaupt nicht mehr zu er-
langen wären. Allen diesen Mängeln muß endlich einmal
abgeholfen werden. Wir haben an unseren Anstalten Ärzte von
Weltrauf an der Spitze, aber das ärztliche Hülfpersonal ist un-
zureichend. Kommunalsozialismus ist hier nicht am Platze, unser
Krankenhäuserwesen darf nicht minderwertig werden.

Oberbürgermeister Rirschner: Wir werden uns gern im Aus-
schuss über diese Fragen unterhalten, wenn es von allen Seiten
rein sachlich und ohne jede Uebertreibung geschieht. Bei früheren
Verhandlungen hat man einen Arzt auf 50 Betten als Norm hin-
gestellt. Dem sind wir nachgegeben. Sie stellen aber nicht alle
Ärzte, sondern nur die behandelnden Assistenzärzte in Rechnung.
Die Vorschläge der Deputation können für uns nicht ohne weiteres
moglich sein. Aufgabe des Magistrats als Zentralinstanz ist

gerade die Nachprüfung der Anträge der Sachverständigen. Daß
die Assistenzärztefrage jetzt bloß noch vom Standpunkt des do ut
des angesehen wird, ist zu bedauern und gereicht dem Stande nicht
zum Vorteil. Die Höchstätze zu gewähren, die in Groß-Berlin
irgendwo gewährt werden, dazu können wir nicht über-
gehen, sonst brauchen wir unsere Stellen nicht, sondern regeln
besser alles nach den Stellen von Charlottenburg oder Bantow. Die
Assistenzärzte stehen an unseren Anstalten sehr günstig da; es ist für
sie ein Glück, in eine solche Stellung zu kommen. Was angemessen
ist, hat Berlin jederzeit gewährt. Am Kaiser Friedrich-Krankenhaus
kommen auf den Arzt 35 Betten; es kommt doch auch auf die
Vergeltung des Arztes für die Leistungen der Stadt an. Im
Ausschuss wird sicher eine Abklärung der Differenzen in der Auf-
fassung stattfinden. (Beifall.)

Stadt. Rosenow (R. L.): Immerhin wird es Aufgabe des
Ausschusses sein, die Meinung zu zerstreuen, als ob der Magistrat
sich gegen eine ordnungsmäßige Versorgung der Kranken sträubt.
Daran, daß im Kinder-Krankenhaus nur 35 Betten auf einen Arzt
kommen, sind doch die Ärzte nicht schuld. (Zustimmung.)

Stadt. Prof. Landau (R. L.): Wir haben im Magistrat keinen
Sachverständigen, keinen Medizinalrat zum besonderen Vertreter;
der Magistrat kann seine Meinung doch nicht über die der Sach-
verständigen stellen. Die Ärzte gehören gewiß einer ars liberalis
an; das streitet aber sicher nicht gegen das Verlangen einer er-
höhten Gegenleistung. Auch besoldete Magistratsmitglieder haben
ja Befoldungserhöhungen erhalten. Die Ärzte am Kinder-
Krankenhaus haben genau denselben Dienst wie die übrigen, sie
sind den ganzen Tag in Anspruch genommen; die Infektionskrank-
heiten der Kinder bedeuten für sie eine weitere Erschöpfung. Die
Rechnung des Magistrats betreffend die Zahl der Kranken pro
Assistenzarzt ist eben unrichtig oder durch die Entwicklung un-
richtig geworden.

Oberbürgermeister Rirschner: Der Vordere hat durch seine
Bemerkung, daß die Ärzteschaft keinen Vertreter nach Art der
Schulräte, Bauräte usw. im Magistrat besitze, einen Unterschied
zwischen besoldeten und unbesoldeten Stadträten gemacht. Wir
haben das große Glück, im Magistrat einen Medizinalrat zu haben,
und ich muß ausdrücklich erklären, daß wir in bezug auf die Ver-
antwortlichkeit und zum großen Teil auch in bezug auf die
Leistungen einen solchen Unterschied nicht machen, auch die Bürger-
schaft tut das nicht. — Der Vordere zog auch einen Vergleich
zwischen den Gehaltssteigerungen für die besoldeten Magistrats-
mitglieder und denen für die Assistenzärzte. Ob das taktvoll war,
lasse ich dahingestellt. Ich weise aber darauf hin, daß die be-
soldeten Magistratsmitglieder den Last gehabt haben, bei den Ver-
handlungen über ihre Befoldung hinauszugehen, und sich auch nicht
an die Öffentlichkeit mit ihren Wünschen gewandt haben, wie es
der andere Teil getan hat. (Beifall.)

Stadt. Dr. Wehl: Es ist mir nicht eingefallen, zu verlangen,
daß jeder Assistenzarzt zwei Zimmer haben soll; Herr Stadtrat
Weigert hatte diese Behauptung aufgestellt und ich habe ihre Tat-
sächlichkeit bestritten. Wenn der Oberbürgermeister meint, die
Norm auf 50 Kranke einen Arzt anzustellen, sei erfüllt worden,
so hat man i. B. darunter selbstverständlich einen Assistenz-
arzt verstanden, dem noch Volontär- und Hülfärzte zur Seite
stehen müssen. Die Tatsachen beweisen, daß wir ohne Vergütung
keine Volontärärzte erhalten, die Assistenzärzte haben sich bereits
vor 8 Monaten in höflichem Tone mit einer Petition an den
Magistrat gewandt; da sie keine Antwort erhielten, sind sie etwas
höflicher geworden und an die Öffentlichkeit gegangen; der Ver-
gleich mit den besoldeten Magistratsmitgliedern ist also nicht zu
ziehen. — Im Ausschuss werden sich die Anstellungsverhältnisse der
Assistenzärzte als nicht haltbar erweisen.

Stadt. Landau: Es ist zwar außerordentlich geschickt seitens
des Herrn Oberbürgermeisters, die Sache mehr auf das Gebiet
der Rhetorik hinüberzuspielen, aber ich habe nicht zwischen be-
soldeten und unbesoldeten Stadträten differenziert, sondern nur
gesagt, daß für das Medizinalwesen nicht wie für das Schulwesen
oder das Bauwesen ein Stadtrat existiert, der mit seiner Person
verantwortlich ist. — Vorschriften über das, was Takt ist, werde
ich mir selbst diktieren und Behauptungen darüber vom Herrn Ober-
bürgermeister nicht annehmen.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss.
Die Vorlagen: 1.) betreffend Abschluß eines Vertrages
mit der Gemeinde Treptow zwecks Regulierung der Dorf-
straße und der Neuen Krugallee in Treptow und 2.) betr. die Zu-
stimmung zu der von der Gesellschaft für Untergundbahnen beab-
sichtigigten Herstellung eines Verbindungsgleises von dem Endpunkte
ihrer Bahn in Treptow nach den in die Dorfstraße daselbst neu
einzulegenden Gleisen werden gemeinsam beraten.

Stadt. Wesner (R. L.) beantragt, beide Vorlagen einem
Ausschuss zu überweisen. Die Daimlergesellschaft habe ein großes
Interesse an der Verbindung beider Gleise, da dadurch für sie die
Ausschließung von acht industriereichen Ortschaften an der Ober-
see eingeleitet werde. Da die Gesellschaft aber von der Ge-
nehmigung der Stadt abhängig sei, so solle man es sich doch sehr
überlegen, die Erlaubnis ohne weitere Kautelen zu geben, sonst
könnte die Gesellschaft 1920 das Recht der Uebernahme ihrer Bahnen
durch die Stadt leicht illusorisch machen.

Der Antrag auf Ausschussberatung wird angenommen.
Der Vertrag zwischen Berlin und der Gemeinde
Blantenburg über die Gasversorgung Blantenburgs
durch die städtischen Gaswerke und die Einziehung der Blanten-
burger Bemerkung in das städtische Gasrohrnetz wird mit einigen
redaktionellen Änderungen nach dem Referat des Stadterordneten
Sonnensfeld (R. L.) genehmigt.

Ueber die Beratungen des sog. Pflasterausschusses
referiert Stadt. Körte (Fr. Fr.). Der Ausschuss hat in dem
vom Magistrat vorgelegten Vergleichnis der zur Neu- bzw. Um-
pflasterung bestimmten Straßen sechs Straßen gestrichen, u. a.
die zur Abhaltung vorgeschlagene Straße der Kochstraße von
der Friedrichs- zur Charlottenstraße.

Stadt. Hülstein (Soz.-fortsch.) und Stadtbaurat Krause
verwenden sich für die Wiedereinsetzung der Straße.

Der Antrag Hülstein wird abgelehnt; die Versammlung be-
schließt nach den Ausschussanträgen.

Die Vorlage wegen Erwerbes von Straßenland zur Ver-
breiterung der Neuen Wilhelmstraße vor den Grund-
stücken 10 und 11 zum Preise von 600 M. pro Quadratmeter
gelangt ohne Debatte nach dem Ausschussantrage zur Annahme.

Beim Etat für den Verwaltungsfonds der Sparkasse er-
klärt auf Anfrage des Stadt. Körte (R. L.) der Rämmerer Dr.
Steiniger, daß das abgeänderte Statut für die Sparkasse in
kürzester Frist zur Vorlage kommen wird.

Stadt. Rosenow bringt abermals die Mängel in den Spar-
kassenbüchern zur Sprache, unter denen das Publikum leiden müsse
und die ihm das Sparen geradezu verleideten. Er verlangt ferner
die Erhöhung des Maximums der Einlagen von 1000 auf 3000
oder 5000 M. und regt eine Erhöhung des Zinsfußes an. Be-
sonders unlieblich sei, daß die Abfertigung des Sparers sich manch-
mal Hundentlang hinziehe.

Der Rämmerer sagt lunkelnd Abhilfe zu. Ob man auf
3000 oder 5000 M. zu gehen habe, werde sich bei der Beratung
des neuen Statuts herausstellen. Die Erhöhung des Zinsfußes
über 3 Proz. würde doch nur sehr vorübergehend sein können.

Stadt. Solms (Fr. Fr.) ist der letzteren Meinung nicht.
In die weitere Erörterung greift u. a. auch Stadt. Cassel
(R. L.) ein, der die Frage der Ausdehnung des Betriebes der Spar-
kasse durch Bombardierung von Effekten als eine noch völlig offene
zu betrachten bitter.

Die Vorlagen wegen Umgestaltung des Vorplatzes
zum Bahnhof Friedrichstraße und Abtretung einer Land-
fläche daselbst, ferner wegen Errichtung einer Paradenstraße
auf dem Platz G an der Danzigerstraße, wegen Gewährung eines
außerordentlichen Zuschusses von 1000 M. an das Komitee
der Rathshausstellung, und betreffend die im Staats-
jahre 1907 notwendig werdenden Bauten auf den städtischen
Wasanhalten und am Röhrensystem der Stadt werden
ohne Debatte angenommen.

Gewerkchaftliches.

(Siehe auch 3. Beilage.)

Zur Tarifrage im Baugewerbe.

Den Bericht der Schlichter-Kommission über
die letzten Verhandlungen nahm am Donnerstag auch die im
Berein der Zimmerer Berlin und Umgebung organisierten
Zimmerer (sogenannten Lokalfisten) in einer außerordent-
lichen Generalversammlung an. Der große
Saal des Wilmischen Bauhauses war überfüllt. Mehr als
1500 Personen waren anwesend. Theodor Fischer gab den
Bericht über den Gang der Verhandlungen und über die Situation,
über die unsere Leser bereits unterrichtet sind. Bekanntlich haben
die Unternehmer weitere Verhandlungen von einer Zurückziehung
der Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit abhängig gemacht.
Naturgemäß stand dies im Vordergrund der Erörterungen.
Fischer schloß mit der Erklärung, daß der Versammlung die Ent-
scheidung darüber, ob die Forderung des Achtstundentages juridis-
ch zuzugehen sei oder nicht, überlassen bleibe. Um ihr ganz objektiv
gegenüber zu stehen, habe man davon Abstand genommen, die
Entscheidung der Versammlung durch Vorlegung einer Resolution
zu beeinflussen.

Gleich der erste Diskussionsredner fand mit seinem Verlangen,
bei der Forderung der Verlängerung der Arbeitszeit zu verbleiben,
lebhaften Beifall. Für die Aufrechterhaltung der
Forderung sprachen auch alle folgenden Redner. Einstimmig
erklärte sich dafür die Versammlung durch Beschluß,
was mit großem Beifall aufgenommen wird.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erörte die Versammlung das
Anketen Ignaz Auer, nachdem ihm Zuppenlag einen warmen
Nachruf gewidmet hatte.

Die Straßenreiniger Berlins hielten im „Königstädtischen
Kasino“ eine zahlreich besuchte Versammlung ab. Zuerst wurde
Bericht über die Verhandlung der gestellten Lohnanträge durch das
Stadterordneten-Parlament erstattet. Allseitig wurde das ab-
lehrende Verhalten der freisinnigen Stadterordneten gegen eine
notwendig weitgehende Lohnaufbesserung kritisiert. Bemerkens-
wert war, daß sogar anwesende Vertreter des Oidberrains die
Hoffnung auf Direktionswohlwollen wie auch auf die freisinnigen
Stadterordneten vollständig aufgegeben haben. Im 2. Punkt der
Tagesordnung wurde die Forderung der Einführung dienstfreier
Tage verhandelt. Hier ganz besonders hat sich seit Jahr und Tag
mangelndes soziales Empfinden der Verwaltung geltend gemacht.
Bei 865 Arbeitstagen im Jahre müssen die Straßenreiniger in
der Regel jeden dritten Sonntag voll arbeiten. Wiederholte An-
träge auf Einführung freier Tage wurden abgelehnt. Auf eine
generelle Regelung durch eine neue Arbeitsordnung, die im
Januar d. J. eingereicht wurde, belicbte es der Direktion, den
Arbeitersauschuss bis jetzt ohne Antwort zu lassen. Diese Nicht-
beachtung der gewählten Vertreter der Kollegenschaft wurde all-
seitig verurteilt. Folgende Resolution wurde einstimmig an-
genommen:

Die im „Königstädtischen Kasino“ zahlreich versammelten
Straßenreiniger erachten die Durchführung des in der eingereichten
Arbeitsordnung gewünschten achtstündigen Arbeitstages und des
damit verbundenen Dreischichtwechsels im Interesse des Betriebes
wie auch der beschäftigten Arbeiter für dringend notwendig. Dies
um so mehr, als hierdurch die Wiedereinführung dienstfreier Tage
(jede 4.-5. Woche einer) ermöglicht wird.

Die Versammelten nehmen mit Bedauern Kenntnis, daß die
von der Kollegenschaft diesbezüglich geäußerten, der Direktion
durch den Arbeitersauschuss überreichten Anträge seit einem viertel
Jahr ohne Beantwortung geblieben sind.

Aus diesem Grunde soll bei der Deputation der städtischen
Straßenreinigung über die Art der Erledigung gestellter Anträge
des Arbeitersauschusses Beschwerde geführt werden. Gleichzeitig
soll um eine möglichst umgehende Verhandlung mit dem Arbeiters-
auschuss ersucht werden.

Nach Erledigung einiger Betriebsangelegenheiten fand die
Versammlung ihren Schluß.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der ruhige Bürger muß geschützt werden.

Hamburg, 11. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Arbeit-
geberverband von Hamburg-Altona nahm in einer Sitzung den Vorschlag
des Sekretärs von Reischwig an, den 1. Mai fernende Arbeiter
allgemein 10 Tage auszusperrn. Der Fabrikant Sch-
mann, ein bekannter Scharfmacher der Möbelindustrie, ver-
langte „Niederreiten“ der Gewerkschaften. In der Sitzung wurde
ferner beschlossen, eine Eingabe an den Senat zu machen,
die um ein Verbot des Raufesgeses ersucht unter Hinweis
auf die Aussperrung der Schauerleute und die Wahlrechts-
demonstration am 17. Januar v. J. Die ruhigen Bürger müßten
geschützt werden.

Zur Aussperrung der Schauerleute.

Hamburg, 11. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der
Hafenbetriebsverein hat die Vorschläge der Schauerleute abgelehnt,
weil dieselben Forderungen enthalten. Es verlautet, daß die Schauer-
leute bis nach dem 1. Mai ausgesperrt bleiben sollen.

Brennender Dampfer.

Hamburg, 11. April. (B. L. B.) Auf dem im Kaiser
Wilhelmhafen liegenden Dampfer „Ambria“ der Hamburg-
Amerikalinie, dessen Ladung hauptsächlich aus Kopra besteht, brach
heute Abend Feuer aus. Zur Bekämpfung des Feuers trafen als-
bald mehrere Feuerwehrrüge ein, später setzten zwei Spritzen-
dampfer das Borderschiff, wo sich der Brandherd befindet, unter
Wasser.

Streitbeendigung.

Bremen, 11. April. (B. L. B.) Die Schmiede der Aktien-
gesellschaft Weser haben heute vormittag beschlossen, den Streit zu
beenden. Der Betrieb wird voraussichtlich am nächsten Montag
wieder aufgenommen.

Nichts Heiliges ist mehr...

Bremen, 11. April. (B. L. B.) Lehrer Gansberg wurde
heute wegen Aufreizung des Publikums gegen die bremische Schul-
behörde und gegen den Schulinspektor Koepp, sowie wegen öffent-
licher Mißachtung der Behörden, begangen durch einen im „Eltern-
bunde“ gehaltenen Vortrag, von der Disziplinarkammer zu einem
Verweise, 200 M. Geldstrafe und in die Kosten des Verfahrens
verurteilt.

Zur Ministerreise in Belgien.

Brüssel, 11. April. Nach der heutigen Sitzung der Deputierten-
kammer halten die Minister und der Präsident der Kammer eine
längere Besprechung, in deren Verlauf die Bemerkungen nach be-
schlossen wurde, dem König das Entlassungsdekret des Kabinetts
zu überreichen. Später hatte der Sekretär des Königs Carton de
Wiaart eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten.

Straßenkämpfe in Lody.

Lody, 11. April. (B. L. B.) Von einem Privatkorresponden-
ten.) Heute wurde hier auf eine Militärpatrouille geschossen. Diese
erwiderte das Feuer, wobei eine Person getötet und mehrere ver-
wundet wurden. Ferner wurden hier auf offener Straße eine
Person getötet und mehrere verwundet.

Schweres Eisenbahnunglück in Amerika.

Ottawa, 11. April. (B. L. B.) Heute entgleiste in der Nähe
von Chapleau (Provinz Ontario) ein Durchgangszug der Canadian
Pacificbahn. Fünf Wagen fürsten den Schwamm hinunter und
gerieten in Brand, wobei 15 Personen ums Leben kamen.

Zum Lebensbild Ignaz Auers.

Eine erschöpfende Würdigung der Lebensarbeit Ignaz Auers ist im beschränkten Raume des Tagesblattes nicht möglich. Wir wollen hier nur der flüchtigen Zeichnung, die wir gestern entwerfen konnten, noch einige ergänzende Striche hinzufügen. Eine solche Ergänzung ist eine Stelle aus einem Leitartikel der „Neuen Zeit“ vom 9. Januar 1895, in dem Genosse F. Mehring den „Anfang des Kampfes“ um die Umsturzvorlage behandelt. Darin befinden sich folgende Worte:

Unter diesen Umständen war es ein glücklicher Griff der sozialdemokratischen Fraktion, gerade Auer als ihren ersten Redner in das Treffen zu schicken. Seiner kühlen, wenn auch keineswegs nüchternen Art liegt alles Pathos fern, das solchen Angriffen gegenüber sehr wenig angebracht gewesen wäre. Dafür besitzt er um so reichlicher das stolze Proletarierbewußtsein und den überlegenen Humor, die für diesen Fall besonders am Platze waren.

Auers Rede war in jeder Hinsicht eine ausgezeichnete Leistung. Es will etwas bedeuten, drei Stunden zu sprechen und eine zum überwiegenden Teile übelwollende Hörerschaft dennoch bis zum letzten Augenblick zu fesseln. Und es will um so mehr bedeuten, als von vornherein feststand, daß Auer nach der ausgiebigen Erörterung des Themas in der Presse nicht viel Neues vorbringen konnte. Es galt, durch die lichtvolle Anordnung und Verteilung des massenhaften Stoffes den schlagenden Beweis zu führen, daß die Umsturzvorlage ein dreifach und täuschend Angriff der Beschädigten auf die arbeitenden Massen sei. Und diese Aufgabe hat Auer vollkommen gelöst. Er hat sie um so glänzender gelöst, als er nicht nur den Angriff der Feinde abzuwehren, sondern auch den Krieg in Feindesland zu spielen wußte. Mit schneidender Schärfe deckte er den Abgrund der Korruption auf, in der sich dieselben herrschenden Klassen wälzen, die sich jetzt mit schöner Heuchelei als die Sittenswächter des Proletariats aufspielen möchten. Er zerriß die Vorlage in tausend Fäden und warf sie ihren Urheber vor die Füße, wie gesagt, ohne jedes Pathos, das diesen Leuten gegenüber gänglich verhängelicht gewesen sein würde, mit der kaltsblütigen Erklärung: Treibt Euer tolles Spiel, so toll Ihr wollt, spielt in der wilden Angst, Euren Hals zu retten, erst recht um Euren Hals. Ihr werdet einen Widerstand finden, der Euch mehr als gewachsen ist.

In unserem gestrigen Gedenkartikel haben wir die Schlusssätze der Schrift „Von Gotha bis Wyden“ erwähnt. Hier sind sie:

Dieser Wydener Parteitag, der alsbald von so vieler Romantik umflogen wurde, hat dafür gesorgt, daß unsere aufgelösten Linien sich wieder zusammenschließen haben und wir namentlich auch wieder ein Parteiorgan erhielten. 56 Genossen waren auf diesem Parteitage erschienen; 53 von ihnen trugen die gemeinsamen Beschlüsse, darunter auch jenen, der sich gegen den allmählich zum Anarchismus ausartenden Revisionismus wandte.

Es war eine gewaltige Leistung, die die 56 Männer vollbrachten.

Auer in Dresden.

Ueber die Dresdener Episode im Leben Auers sendet uns ein Dresdener Genosse folgende Details:

Kurze Zeit ist Genosse Auer auch in Sachsen, besonders aber in Dresden agitatorisch und organisatorisch tätig gewesen. Als geschickter und drangsalierter Sattlergeselle, der mit dem Verbahren verhaftet war, Vorsitzender des Berliner Sattlervereins gewesen zu sein, kam er 1873 in Dresden an. Wie anderwärts, so bemühte sich der von den Innungsgewaltigen Kaltgestellte auch hier vergeblich um Arbeit in seinem Berufe. Von der Not getrieben, nahm er schließlich bei einem Dachbeder, der Parteigenosse war, Arbeit als Handlanger an. Dadurch konnte er sich wenigstens die erste Zeit über Wasser halten. Bald aber finden wir unseren Auer mitten in der Agitations- und Organisationsarbeit. Aus dem alten „Volksboten“, dem damaligen von Walster redigierten Dresdener Parteiblatt, ist zu ersehen, daß er bald hier bald dort in der Umgebung Dresdens in Versammlungen sprach. Auch über eine längere Agitationstour im Erzgebirge berichtet damals der „Volksbote“, und anschließend war auch hier Auer der tätige Teil.

Als die Vorbereitungen zur 1874er Reichstagswahl in Angriff genommen werden mußten, wurde Auer Vorsitzender des Landeswahlausschusses, der in Wirklichkeit nur aus seiner Person bestand, denn er allein hatte alle Arbeiten zu bewältigen. Gleichzeitig mußte er damals mehrmals als Redakteur einspringen, namentlich in den Monaten, da Walster wegen Verleumdung des Leipziger Landgerichtsdirektors Winkler im Gefängnis Quartier beziehen mußte. Dieser vielseitigen Tätigkeit wurde der damals 27jährige plötzlich entrisen. In seiner Verklammerung in einem Dorfe bei Wittweida sollte er Staatsanwaltschaften verächtlich gemacht und die Bevölkerung gegeneinander aufgereizt haben. Schließlich wurde er gegen 500 Taler Kaution wieder freigelassen, aber er durfte das Lebensbild Dresdens nicht verlassen. Die ganze Untersuchung wurde später zwar niedergeschlagen, Auer hatte aber noch eine alte Schuld von 90 Talern abzuräumen, die von einer außerordentlichen Versammlungsrede herührte, die dem Staatsanwalt nicht gefallen hatte. Geld hatte Auer nicht und deshalb mußte er 10 Tage brummen. Als er das Loch verlassen hatte, wurde er auf Grund des sächsischen Vagabundengesetzes aus Dresden und den umliegenden Amtshauptmannschaften ausgewiesen. Damit wurde seiner rührigen Tätigkeit in Dresden ein Ende bereitet.

Die Parteipresse.

Hamburger Echo:

„Er ist nur eben über das sechste Jahrzehnt hinausgekommen; am 19. d. M. würde er das 61. Lebensjahr vollendet haben. Sein Alter, in dem der Mensch schon unbedingt dem Zeitlichen seinen Tribut zahlen muß. Was mancher steht in diesem Alter noch tapfer seinen Mann. Aber wer so wie unser Auer von frühesten Jugend an vierzig Jahre lang in den vorbesten Reihen der proletarischen Kämpfer gestanden hat, für den geht es nicht ohne schwere Wunden ab, die ihre Nachwirkungen auf lange hinaus ausüben und schließlich auch die kräftigste Konstitution erschöpfen. Der ruhmreiche Einfluß zahlreicher Verfassungen und Ausstellungen wird um so schlimmer sein, wenn sich schwere Sorgen um die materielle Notdurft des Lebens dazu gesellen, wie sie besonders in den Zeiten des Sozialkämpfes fast seinem der in vorderster Reihe kämpfenden Genossen erspart geblieben ist.“

Was er in unermüdlicher Tätigkeit für diese (die Arbeiterbewegung) geleistet hat, was er speziell der deutschen Sozialdemokratie geworden, das wissen alle Parteigenossen, auch jene, die in den Meinungsdivergenzen des letzten Jahrzehntes manchmal nicht mit ihm übereinstimmten, vollauf zu würdigen. In unserem teuren Verstorbenen verkörpert sich in der Tat ein Stück Parteigeschichte. Unter welchen Schwierigkeiten er das geworden ist, was er der Partei war: ein ebenso energischer wie kluger Führer und Berater, das kann nur erweisen, wer einigermaßen die künftigen Schicksale der fünfziger Jahre kennt. Schreiber dieses hatte 1874 in Dresden Gelegenheit, einmal in öffentlicher Versammlung aus Auers eigener Munde eine prägende Schilderung

des Kindheitslebens zu hören, in welcher der Verstorbene sich selbst als Beispiel benutzte, um die dem kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse entgegenstehenden Schwierigkeiten darzulegen. Die Kindheitserinnerungen übermaltete ihn damals so sehr, daß er seinen Vortrag abbrechen und Genosse Otto Walster für ihn eintreten mußte.

Welch ein unendliches Maß von Arbeitsenergie und unermüdlicher Ausdauer gehörte dazu, um sich, führend lediglich auf dem, was eine Dorfschule der Jugend an Kenntnissen auf den Lebensweg mitgibt, zu der Höhe geistiger Beherrschung der Ideenwelt des Sozialismus und zu dem in allen Saiteln gerechten Parteipolitiker und hervorragenden Parteiführer zu machen, der unser verstorbener Freund war!

Jetzt hat der Tod seinem Leiden, wie seinem einst so heißen Streben für die Zukunft seiner Klasse ein Ende gesetzt. Mit ihm scheidet eine markige Persönlichkeit aus den Reihen des kämpfenden Proletariats, ein Mann, der nicht nur stets das Beste gewollt hat, der auch so Nüchternes geleistet hat, wie es wenigen derer beschieden ist, die sich aus kleinen, ärmlichen Verhältnissen herausarbeiten zu achtunggebietender politischer Stellung.

Sein Andenken wird in den Herzen kampfesfroher Proletarier für immer wach bleiben; alle wissen: mit ihm scheidet der Besten einer, die im Getöse des proletarischen Befreiungskampfes sich emporgerungen haben.

Sächsische Arbeiterzeitung:

„Ignaz Auer zählt zu den heroischen Gestalten der deutschen Sozialdemokratie, die fast von Anbeginn an am großen Werk tätig waren, die alle Schicksale der Partei miterlebten, die in ihrer Person das große Vollen der aufstrebenden Arbeiterklasse verkörperten und wiederum die Eigenart ihrer Persönlichkeit in diese Bewegung trugen. Ignaz Auer war ein Sohn des Volkes und ward ein Führer der Arbeiterbewegung von höchster Befähigung. In Ignaz Auer verband sich wunderbar die schlichteste Volkesart des Proletariats mit der erlebtesten Klugheit des Parteiführers, die herbstliche Einfachheit des niederbairischen Volkstums und die erfahrene Menschenkenntnis. In ihm gestaltete sich ein Menschenleben von ebenso seltener Ursprünglichkeit wie von seltener Feinheit des Geistes. Sein Geist hat jahrelang tiefste Spuren in alles Beginnen der deutschen Sozialdemokratie gedrückt. Wo wir ein Blatt unserer Parteigeschichte aufblättern, da ist von seinem reichen Wirken zu lesen, von der großen Treue, mit der er gearbeitet. Sein Name ist mit aller Geschichte unserer Partei untrennbar verbunden. Sein Wirken wird in weite Zukunft dauern und Kraft behalten. Sein Wesen wird unerschütterlich sein allen denen, die ihn gekannt und mit ihm gekämpft haben!“

Als Parteivorstandsmittglied und als Parlamentarier entfaltete er nun die durch reiche Lebenserfahrung gereiften Kräfte zu mannigfaltiger Tätigkeit. Und immer und überall war Auer ein Beförderer. Nichts war an ihm äußerlich erlebter, alles innerlich durchdacht und von der Eigenart einer seltenen Persönlichkeit durchleuchtet. Bis weit in die Reihen politischer Gegner ertang sich dieser Mann hohes Interesse und Achtung. Aber die Arbeiterklasse Deutschlands hing an ihm als einem ihrer Besten, ihrer Getreuesten. Die wenigen aber, die Gelegenheit hatten, sein Denken und Fühlen näher zu schauen, sie erst konnten ganz erkennen, wozu ein einziger, wozu herrlicher Mensch unserer Bewegung in Ignaz Auer gegeben war.

Die letzten Jahre Auers waren nicht frohe Jahre mehr. Die Krankheit umdüsterte seine Tage und die Sorge um die Geschicke im Parteileben lasteten auf ihm. Der Tod ist für ihn nun wie ein Erlöser gekommen. Wir aber, die wir an der Wahrheit des toten Kämpfers schmerzhaft trauern, wir werden von seinem Geisteserbe immerfort zehren dürfen.

Frankfurter Tagespost.

„Er war mehr als drei Jahrzehnte der Organisator der Partei, und er war es, der mehr in der stillen Arbeit der Verwaltung als durch das Wort auf dem öffentlichen Markte die Richtung entscheidend beeinflusste, in klarer Erkenntnis der politischen und sozialen Entwicklungsbedingungen Deutschlands, begabt mit staatsmännischer Weisheit und bereit auch, wenn es sein mußte, zu jedem rücksichtslosen Durchsehen, zu dem eine leidenschaftliche Sorge für die Sache das Recht verleiht; die Sache, die durch keinerlei persönliche Empfindungen und Interessen betürrt und getrübt wird.“

Seitdem es in wirklichem Sinne eine sozialdemokratische Partei in Deutschland gibt, war Ignaz Auer ihre verantwortliche Regierung und in kritischen Wendepunkten nicht selten ihr Schicksal. Nicht als ob Auer in übermenschlicher Wäckerkraft durch die Macht seiner hervorragenden Persönlichkeit den Dingen selbstherrlich ihren Lauf angewiesen hätte; er selbst war nur der Vollstrecker der politischen und sozialen Notwendigkeiten, in denen er lebte und wirkte. Aber wie er die Notwendigkeiten erkannte und bewältigte, das war für das Gedächtnis der Partei von einer Bedeutung, die nicht leicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

In allen inneren Auseinandersetzungen der deutschen Sozialdemokratie und gerade in den letzten Jahren, während sie eine oft unerfreuliche Zuspitzung erfuhr, war es Auer, der über allen Meinungsstreit die Einheit der Partei stellte; denn er hatte frühzeitig erkannt, daß nur in der Einheit die Macht der Arbeiterbewegung und damit die Möglichkeit ihres politischen Einflusses und des endlichen vollen Sieges gegeben ist.

Er trug die ganze Last der vielen Mühen, tiefen Erregungen und auch der weniger häufigen Freudentage der Hoffnung und des Erfolges auf seiner Seele. Er kannte die Dinge und die Menschen. Er sah scharf, schärfer als es seinem Glübedürfnis wohl zuträglich sein konnte, in alle Schwächen und wohl auch Niedrigkeiten von Handlungen und Personen, die den Fernstehenden als reine und strahlende Taten und Gestalten erscheinen mochten. So wirkte Auer wohl beim ersten Kennenlernen als ein rauher und kochlicher Gesell, der den rechten, ungebrochenen Glauben an die Mission, der er diente, wenn nicht verlor, so doch geschwächt hatte. Aber es schien nur so. Hinter dem schonungslosen Spott, der durch einen urchigigen volkstümlichen Humor oft unendlich liebenswürdig gemildert war, verbarg sich ein tiefes und feineres Empfinden, eine größere Reizbarkeit edlen reinen Menschentums, als den meisten in dem unerbittlichen Kampf der Öffentlichkeit obgehärteten Politikern, Führern und Agitatoren erhalten bleibt. Was ihm in der Parteibewegung schädlich schien, empfand er als persönlichen Schmerz, und wo er Unwahrscheinlichkeit, eitle Anmaßung und unsaubere Gesinnung traf, so zahlte er mit seinem Herzblut seine niemals rostende Vermahnung, um die Reinhaltung und Bereidung der Partei.

Er verband es niemals, wenn er in solchen Bemühungen erkannt wurde oder gar unterlag. Er war in allem das Gegenteil eines Demagogen. Er liebte es schonungslos zu lästern, mit idealen Dingen wohl auch seinen Spott zu treiben, aber er tat es nur, aus einem gewissen Schamgefühl seiner eigenen ehrlichen Begeisterung, die sich nicht in großen Redensarten vor aller Welt spreizen mochte; das überließ er denen, die äußerlich niemals die Grandität vermissen, während ihre innere Scham keine tiefere Prüfung vermag. So war Auer namentlich in seinen letzten Zeiten nicht sehr beliebt. Er erregte häufig durch das was er sagte, Anstoß. Zumal bei den ferneren Stehenden, welche die Beweggründe seines Handelns nicht durchschauen konnten. Es schmerzte ihn oft, wenn die Verkenning seines Wesens ihm ungerechte Vorteile aus den Reihen der Partei zuzog, die er doch mit der ganzen Hingabe eines tiefen Temperaments liebte.

Auer hatte nicht so viel Freunde wie andere Parteiführer; aber die, welche ihm nahe standen, blieben ihm in unerbittlicher, treuer Kameradschaft vereint, sie liebten den Mann, und die stillen

Tränen, die an seinem Grabe fließen, strömen aus innerster Bewegung.

Ein Leben der Arbeit ist zu Ende gegangen. Aber seine Arbeit lebt und wird, wenn sie in seinem Geiste weitergeführt wird, zum Siege emporwachsen.“

Reichstag.

26. Sitzung vom Donnerstag, den 11. April, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Graf v. Posadowsky.
Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Stats des Innern, Titel „Schalt des Staatssekretärs“.

Abg. Raab (wirtsch. Bg.): Wenn es dem Grafen Posadowsky auch nicht angenehm sein kann, unseren Wünschen zuzuhören, weil Wiederholungen nicht zu vermeiden sind, so ist es doch nützlich für ihn, zu wissen, welche Parteien seine Politik unterstützen. Würde ihm das Werk der Vereinfachung der Verfassungsgebung gelingen, so könnten wir ihn den „Bismarck der Sozialpolitik“ nennen. An der sozialpolitischen Unfruchtbarkeit der letzten Jahre ist nicht nur der Bundesrat schuld, wie der Abg. Trimborn gestern meinte, sondern auch der Reichstag selbst, aber nicht, weil er zu wenig verlangte, sondern zu viel. Wir sollten uns beschränken und das Wesentliche vom Unwesentlichen unterscheiden.

Zu den vorliegenden Resolutionen kann ich im allgemeinen die Zustimmung meiner politischen Freunde erklären; Bedenken haben wir nur gegen die sozialdemokratische Resolution betr. die Glasarbeiter; hier scheint uns noch die Sammlung von Material notwendig. Des weiteren möchte ich die Aufmerksamkeit auf die Seeleute und Hafenarbeiter lenken, die ungleich anderen Arbeitern keine Sonntagsruhe und niemals Erholungsurlaub haben; hier muß die Gesetzgebung eingreifen. Die Aussperrung im Hamburger Hafen, welche das ganze Verkehrsleben in Mitleidenschaft zieht, zeigt deutlich, daß dem mächtigen Reederstande, einem einzelnen Stande, nicht die Entscheidung über das Wohl und Wehe des gesamten Handels überlassen werden kann. Es ist dieser Kampf ein solcher um die Macht, um die Organisation der Arbeiter zu verhindern und die Arbeitszeit der Hafenarbeiter dann bis ins Unerschöpfliche auszudehnen. Eine sehr unerfreuliche Erscheinung bei diesem Kampfe ist auch die Verhinderung englischer Streikbrecher, die ich nicht für ein staatsbehaltendes Element halten kann. Diese Vorgänge zeigen deutlich, wie notwendig Arbeitskammern im Seemannsberuf sind. Auch den Offizieren der Schiffe, diesem wichtigen Teile des neuen Mittelstandes, haben die Reeder das Koalitionsrecht genommen; in jeder Weise wird dieser Stand von den Reedern niederdrukten gesucht, was um so mehr zu verurteilen ist, als gerade unsere Schiffsoffiziere ein durchaus ruhiger, gesunder Stand sind, dessen Mitglieder vielfach großen Mut und Unerbittlichkeit bewiesen haben. Der Staatssekretär Graf Posadowsky wird gut tun, dem Gedanken näher zu treten, zur aufsteigenden Ordnung der Dinge im Seemannsberuf ein besonderes Reichamt einzurichten.

Zum Schluß will ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Konsumvereine

lenken; sie befriedigen heute nicht ein Bedürfnis, sondern sind eine wertlose Konkurrenz für das freie Gewerbe, obwohl sie in keiner Weise mehr leisten als dieses. Das zeigt u. a. die Preisliste des Hamburger Konsumvereins „Produktion“, auch kauft der Hamburger Konsumverein nicht bei der von Sozialdemokraten geleiteten Großhandlungsgesellschaft, um Speise zu sparen. Aber wichtiger noch ist die politische Seite der Frage. Vor einigen Jahren schon sah sich der Freisinnige Dr. Krüger gezwungen, zwischen seinen und den sozialdemokratischen Konsumvereinen reinen Tisch zu machen. Der frühere Abgeordnete Reus hat ja auch direkt geschrieben, die Konsumvereine seien eine Ergänzung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Auch Flugblätter bei der letzten Wahl zeigen den Zusammenhang zwischen der Sozialdemokratie und den Konsumvereinen ganz deutlich; sie werden ganz offen von der Sozialdemokratie unterstützt und verfolgen politische Ziele. Unser früherer Kollege v. Elm empfahl als „Waffe im Klassenkampf“ den Anschluß an den Konsumverein „Produktion“. Das können Sie (zu den Sozialdemokraten) nicht bestritten, höchstens vielleicht Herr Kollege Stadthagen. Wir fordern, daß bei Konsumvereinen die Bedürfnisfrage geprüft werde, daß sie in steuerlicher Beziehung anderen Gewerbetreibenden gleichgestellt werden, daß ihre politischen Absichten unterdrückt werden, daß ihnen verboten werde, Dividenden zu bezahlen. Es gehört dies zu den wichtigsten sozialen Aufgaben.

Abg. Dr. Rugban (fr. Bg.): Für uns Freisinnige ist Voraussetzung für eine gedeihliche Sozialreform ein freies Koalitions- und Versammlungsrecht. Dem Mißbrauch des Koalitionsrechts seitens der Arbeitgeber muß gesteuert werden; jetzt ist durch die Organisation der Arbeitgeber bewirkt worden, daß der Streik seine Bedeutung verloren hat, daß an seine Stelle die wirtschaftlich viel bedenklichere Aussperrung getreten. Als Mittel zur Abhilfe empfehle ich die Verallgemeinerung der Tarifverträge. Zur Fürsorge für die Gistrarbeiter sollte man endlich daran gehen, eine Anzeigepflicht für die Unternehmer einzuführen, die mit Siften arbeiten wollen. Die soziale Reform kann sich am besten aufbauen auf dem Boden eines freien Vereins- und Versammlungsrechts, für das der Liberalismus seit 40 Jahren eingetreten ist. Dadurch, daß nun der Liberalismus größeren Einfluß im Reichstage haben wird, darf das Zentrum, das im vorigen tatlosen Reichstag die Führung hatte, doch am allerwenigsten schleichen, es werde keine sozialpolitische Tat zustande kommen. Warum hat das Zentrum es nicht bei einer sozialpolitischen Angelegenheit zur Auflösung kommen lassen? Das Zentrum hat kein Recht, sich auf hohe Pferd zu setzen, ist es doch mit schuld daran, daß wir noch kein Reichsberggesetz haben; ich weise dabei auf das Verhalten der Zentrumspartei in Breußen hin. (Sehr richtig! links. Widerspruch im Zentrum.) Die Witwen- und Weisenversicherung, mit der sich Abg. Trimborn so brüstierte, ist nicht ein Werk der Zentrumspartei, denn Freiherr v. Stamm-Halber hat als erster auf die Notwendigkeit dieser Versicherungsart hingewiesen, und außerdem sollen, was doch auch nicht als gänzlich einwandfrei anzusehen ist, die Mittel dafür durch die hohen Zölle aufgebracht werden. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Dr. Raumann (fr. Bg.):

Sowohl Herr Trimborn als Herr Baffermann haben die sozialpolitische Unfruchtbarkeit der letzten Jahre beklagt. In der Tat ist in dieser Zeit, in welcher das sozialpolitische Interesse auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ganz außerordentlich ist, der positive gesetzgeberische Ertrag überaus klein. Als Ursache dieses Mißverhältnisses erscheint mir die unharmonische Art und Weise, in welcher sozialpolitische Anträge und Wünsche an den Reichstag gebracht werden und wohl auch gebracht werden müssen. Dadurch wird der Bevölkerung eine Laifache verbodet, deren Erfassung sehr wichtig wäre, daß es nämlich im vergangenen Reichstag eine sozialpolitische Mehrheit gegeben hat und auch in diesem Reichstag eine sozialpolitische Mehrheit gibt, die ebenso geschlossen ist wie die nationale Mehrheit auf politischem und anderen Gebieten. Hinter den verschiedenen Anträgen liegt doch ein fester sozialpolitischer Wille. Professor Franke hat bereits versucht, in der „Sozialen Praxis“ eine Zusammenstellung der sozialpolitischen Wünsche zu geben, über welche alle Parteien einig sind. Durchmüht man die jetzt vorliegenden Anträge und Wünsche, so würde man etwa die folgenden als solche, für welche eine Mehrheit vorhanden ist, bezeichnen: Ein freiwirtschaftliches Reichsberggesetz, ein

Verfassungsgesetz ohne Polizeicharakter, gesetzliche Sicherung des Koalitionsrechts der Arbeiter, den Reichtumstag für weibliche Arbeiter und ein Pensionsgesetz für die Privatbeamten. Für diese Forderungen wäre die Majorität unter allen Umständen vorhanden. (Lebhaftes Sehr richtig! links und im Zentrum.) Wahrscheinlich würde auch auf dem Gebiete der Heimarbeiter und der Wohnungsfrage sich dieselbe Mehrheit zusammenfinden. Wenn man dem Reichstag vorwirft, daß er keinen festen sozialpolitischen Kurs hat, so scheint mir festzustellen, daß nicht der Reichstag Schuld ist, sondern der andere Faktor der Gesetzgebung, der Bundesrat. (Lebhaftes Sehr richtig! links und im Zentrum.) Wenn Herr Trimborn sagt, der Vertreter des Reichstags des Innern sei daran unschuldig, andere Faktoren trügen die Schuld, so sage ich: Das ist eine interne Angelegenheit des anderen Faktors der Gesetzgebung! Die Tatsache, mit der die auf sozialpolitisch wartende Bevölkerung zu tun hat, ist einfach die, daß der Reichstag eine sozialpolitische Mehrheit hat und daß der Bundesrat nicht die Meinung hat, auf die sozialpolitischen Forderungen dieser Mehrheit einzugehen. Alle Anerkennung der hohen persönlichen Vorzüge des Staatssekretärs im Reichamt des Innern kann keine Entschädigung sein für den unbeachteten Majoritätswillen des Parlaments. Will man an irgend einer Stelle die Schwäche des deutschen Parlamentarismus handgreiflich vor sich haben, so zeigt sie hier die Tatsache, daß es eine Majorität auf sozialpolitischem Gebiete gibt und daß diese Majorität Jahr für Jahr bittend vor demselben Fürsten des Bundesrats erscheint. Die Macht ist zwischen den beiden Faktoren der Gesetzgebung ungleich verteilt. Wenn die Mehrheit des Bundesrats eine Frage für lebensnotwendig hält, so appelliert sie von einem gewissen Reichstag an einen neuen Reichstag. Es ist aber der Mehrheit des Reichstages verweigert, wenn sie eine bestimmte Gesetzgebung für lebensnotwendig hält, von diesem an einen anderen Bundesrat zu appellieren. (Weiterkeit.) Wir können in dieser Hinsicht nur der Bevölkerung diesen Sachverhalt so eindringlich klar zu machen suchen als irgend möglich.

Auf die Frage, warum der Bundesrat sich sozialpolitischen Forderungen gegenüber ablehnend verhält, wird gesagt: Die Arbeitskräfte reichen nicht! Das mag richtig sein vom Standpunkt der einzelnen Beamten. Aber zur Erlebigung der Frage im ganzen ist es nicht genügend. Wer wird bei neuen Schiffsbauten diesen Gesichtspunkt gelten lassen? Da heißt es einfach: Die notwendigen Werften müssen eben gebaut werden! (Sehr richtig!) Unter der Quantität von Forderungen, die als einheitlicher Besitz der sozialpolitischen Mehrheit des Hauses zu gelten hat, befinden sich Sachen, die längst keine neuen großen Vorarbeiten brauchen, z. B. das

Reichsvereinsgesetz.

(Sehr gut! links.) Da braucht man nur den Vertreter von Barmenberg zu bitten, das dortige Vereinsgesetz hier vorzulegen. Das Gesetz wäre fertig vorhanden, und die Majorität dafür ebenso. Für das

Koalitionsrecht

der Arbeiter liegen ausgearbeitete und ziemlich gleichlautende Entwürfe der Parteien vor. Umständlich sind immer nur unliberale Gesetze; denn bei ihnen werden Ausnahmestimmungen und Beschränkungen ineinander geschachtelt und übereinander gebaut; liberale Bestimmungen gelten für jeden Staatsbürger und sind daher ihrer Natur nach durchsichtig. Aber nicht formale, sondern sachliche Gründe bestimmen den Charakter der ganzen Periode. In einer Zeit, wo die Großindustrie sich ausdehnt, wo die Syndikatszusammenfassung gewaltige Fortschritte macht, wo die Fusionierung der großen Unternehmungen die Führung des Arbeitsprozesses in immer weniger Hände hineinbringt, wo Deutschland eigentlich erst ein großindustrielles Land wird, in dieser Zeit haben wir eine Sozialpolitik, die an sich gut ist, aber immer nur sich aufzulösen auf den Ruhestand bewegt; denn die eigentliche Kardinalfrage, die Frage der Arbeitsverfassung der großen Industrie, wird von der Sozialpolitik nicht in Angriff genommen. In den Entwürfen von 1890 wurde das Problem, um das es sich in der Großindustrie handelt, klar herausgeholt. Aber wenn ich betrachte, was in den 10 Jahren, in denen Graf Posadowsky das Reichamt des Innern vertritt, auf sozialpolitischem Gebiete geschehen ist, so scheint mir das Wesentliche zu sein, daß die Arbeitsverfassung und Arbeiterschutzgesetzgebung, deren Grundlage vorher geregelt war, in erfreulicher Weise auf einen weiteren Kreis von Personen ausgedehnt ist und daß es sich um die Einbeziehung neuer Gebiete in die Sozialreform handelt. Aber das eigentliche Zentrum der Sozialpolitik, eben jene Frage der Arbeitsverfassung in der zentralisierten Großindustrie, ist in dieser Zeit liegen geblieben. Dreimal hat das sozialpolitische Rad dieses Problem berührt. Zuerst bei der Justizhausvorlage, dann bei der Frage, ob die Frage der Arbeiterauschüsse in den Bergwerksindustrien vom Reichstag oder vom preussischen Landtag zu behandeln sei, zuletzt bei der Vorlage betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Von diesen Vorlagen, die sich mit dem Kernproblem der Sozialpolitik beschäftigen, sind zwei verflochten, und eine ist vom Landtag erliebigt.

In fast allen kleineren Betrieben hat sich die Organisation der Arbeiter durchgedrückt, und die Arbeitgeber rechnen auch damit, daß sie organisierte Arbeiter haben. In Wirklichkeit fehlt heute die freie Organisation der Arbeiter nicht dort, wo jene zahlreichen Tarifverträge vorhanden sind, sondern dort, wo die modernste Form der Massenindustrie vorhanden ist. An dieser Stelle ist die Freiheit am geringsten. Wir haben vom Abg. Raab Darstellungen gehört über die bedauerliche Abhängigkeit der Angestellten großer Betriebe; ähnlich ist es in den Bergwerken, im Stahlwerksverband (Surrey links: Auch im Staatsbetrieb!), in Spinnereien und Webereien. Von dem alten liberalen Prinzip, der einzelne Mensch könne seine Arbeit verkaufen, ist in diesen Riesenbetrieben nicht mehr die Rede; heute heißt es: ein Platz ist frei, eine Nummer. (Sehr richtig!) Man muß das Koalitionsrecht gesetzlich fixieren, so daß strafbar ist, wer dem Staatsbürger dieses Recht kürzt. Heute gibt es nicht mehr einen Arbeitsvertrag des einzelnen in den Großbetrieben, sondern einen

Kollektivvertrag oder überhaupt keinen.

(Sehr richtig!) Das Problem der Organisation der Arbeit in den Großindustrien hat an dieser Stelle anzufangen. Jeder Aufbau von weiter oben wird immer wieder an dem Mangel eines Unterbaues auseinandergehen. So muß in der Frage der Errichtung von Arbeitskammern, die schon ein sehr fortgeschrittenes Glied im Aufbau einer gewerblichen Verfassung bilden, meines Erachtens zunächst eine Organisation der Interessengruppen in sich erfolgen: die Unternehmerkammer auf der einen, die Arbeiterkammer auf der anderen Seite. Wenn man nun Arbeitskammern einrichtet, so wird sich zeigen, daß die Arbeiterkammer ohne gewerkschaftliche Vereinigung unfähig für die Befehung der Stellen ist; Arbeitskraft, Verband, Elastizität ist dann nicht vorhanden. Man muß jene Koalitionsfreiheit schaffen, die es den Unternehmern unmöglich macht, die Verbände der Arbeiter überhaupt zu verhindern oder auf einem so niedrigen Niveau zu halten, daß aus ihnen nichts herauskommen kann. Man muß von unten reformieren, um so bis zu einem

Industrieparlamentarismus

zu gelangen, bis zu einem System der Mitwirkung der Angestellten und Arbeiter an der Verfassung der Industrien im ganzen. Das dieses Problem einmal kommt, dafür können wir die Augen nicht verschließen. Wie vor 100 Jahren bei der Bauernbefreiung, so besteht in der Industrie heute die Frage, ob es die Möglichkeit gibt, verfassungsmäßig einen Zustand herbeizuführen, wie er im Staatswesen vielleicht noch nicht vollständig im Laufe der letzten 100 Jahre von Stein-Gardenberg an gekommen ist, wo aus Untertanen Bürger gemacht wurden. So heißt es auch für die Industrie, aus Industrieuntertanen Industriebürger zu schaffen.

In diesem Bestreben bildet

die Koalitionsfreiheit das Grundproblem.

Die Staaten, in denen die liberale Bestimmung am tiefsten in die Volkstifte hineingegangen ist, stehen am gefährlichsten da. (Sehr

richtig! links.) Am schwächsten sind die Staaten, in denen liberale Regierungen mit Gewalt unterdrückt werden. Für den Staat sind am gefährlichsten diejenigen Elemente, die nichts zu hoffen haben; erst die Organisation auf dem Boden der Freiheit wird unserer Staatswesen eine Hilfe werden bei der bevorstehenden Auseinandersetzung zwischen Staat und Syndikaten. Gerade in diesen Tagen, wo unser Kollege Auer aus seiner langen Käfigkeit abgerufen ist, erinnert man sich seiner Rede bei der Auseinandersetzung über die Frage des Zukunftsstaates in den vier Jahren: Ist es möglich, daß die Produktion im ganzen geregelt wird? Das, was bei dieser Gelegenheit als Marxismus, als Illusion, als brutaler Eingriff angesehen wurde, das ist verwirklicht von Händen, die feinere Handjohbe haben als diejenigen, die zuerst glaubten, sie könnten die Sache regeln. In den Syndikaten erstreckt eben jene zentrale Macht, die eine Steuerfähigkeit hat, die über die Steuerfähigkeit des Staatswesens hinausgeht; denn es ist leichter seitens der Syndikate 60 Millionen aufzubringen als seitens des Staates, und ebenso verstehen es die Syndikate besser als der Staat, hochbegabte Beamte an sich zu ziehen. Es scheint im Staatsinteresse zu liegen, die Kräfte, die imhände sind, die zentralisierte Herrschaft jener großindustriellen Minderheit in gemessenen Grenzen zu halten, nicht zurückzuführen, sondern zu stärken. Aber jetzt scheint es das Programm der entscheidenden Stellen zu sein, den Übergang vom Industrieuntertan zum Industriebürger hinauszuführen, da es in der Gegenwart schwierig ist, die notwendigen geschäftlichen Schritte zu tun. In der Majorität des Reichstages für Sozialpolitik werden die elementaren sozialen Forderungen nicht scheitern; was nicht vorhanden ist, ist die Mitwirkung des anderen Faktors der Gesetzgebung, des Bundesrats. (Weil! links, im Zentrum und bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Sie werden den Ausführungen des Herrn Vordredners mit dem größten Interesse gefolgt sein, denn es war eine philosophische Rede, das Programm eines Philosophen. Aber wenn man in der Praxis des Lebens steht, sehen die Dinge nüchterner aus. (Lebhaftes Zustimmung rechts) und wenn wir diese Bestrebungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik, die mit Recht erhoben werden, unterstützen wollen, müssen wir die Dinge nüchterner anfassend. Wenn ein Ausländer die Rede des Vordredners gehört hätte, so würde er zu dem Schluß kommen müssen, daß Deutschland zurücksteht gegenüber anderen Staaten, die nach der Auffassung des Vordredners eine wesentlich liberalere Verfassung haben. Dem gegenüber verweise ich auf zwei Tatsachen aus der neuesten politischen Geschichte: In Frankreich, einer Republik, bemüht man sich seit Jahrzehnten, eine progressive Einkommensteuer einzuführen; dort ist eine Reihe von Ministerien über diesen Punkt gestürzt. (Sehr richtig! rechts.) Und in Preußen und anderen deutschen Staaten betrachten wir eine progressive Einkommensteuer, die erhoben wird nach der Größe des Einkommens, als etwas ganz Selbstverständliches. In England, dem liberalen Mutterland, will man jetzt eine Invalidenpension für die Arbeiter einführen, und man will ungefähr das machen, was Hr. v. Stein-Gardenberg vor 100 Jahren in Preußen gemacht hat, nämlich Staatsmittel zur Ansetzung kleiner Bauern zu verwenden, und ein Führer der englischen Liberalen nennt diese Maßregeln etwas Revolutionäres und Umstürzlerisches. (Hört! hört! rechts.) Also, mein verehrter Herr Abgeordneter, wenn Sie einmal in die Vergleiche der europäischen Staaten hineinsteigen, so werden Sie finden, daß Deutschland noch immer verhältnismäßig günstig absteht.

Reine Sozialpolitik ist besonders in letzter Zeit von den verschiedensten Seiten scharf angegriffen worden. Das ist natürlich; denn der Schutz der Schwachen fordert immer gewisse Eingriffe der Gesetzgebung in die wirtschaftliche Sphäre des Einzelnen, die mehr oder minder den Charakter der Bevormundung tragen. Wenn die Menschen einmal so edel sein würden, wie es die Sozialdemokratie für den Zukunftsstaat voraussetzt, dann bräuchten wir keinen Sozialpolitik der Bevormundung mehr. Dann geschieht alles wie in der ersten christlichen Gemeinschaft; aus der Liebe zum Nächsten, aus Liebe zur allgemeinen Wohlfahrt. Aber lesen Sie einmal die Berichte der Gewerbeinspektoren, lesen Sie die Strafverzeichnisse wegen Uebertretung der Arbeiterschutzgesetze, und Sie werden zu der Ueberzeugung kommen, wie weit wir von diesem Zustande noch entfernt sind. Eine kräftige Staatsmacht muß da sein, um die Gesetze durchzuführen und Ruhe und Ordnung im Lande zu erhalten. Ich bin jetzt 20 Jahre praktischer Verwaltungsbeamter und mußte als solcher sehr oft in die privatrechtliche Sphäre des Einzelnen eingreifen und den Staatsbürger Lasten auferlegen. Ich habe nie gefunden, daß ich damit Gefühle der Erleichterung und Befriedigung ausgelöst habe. Wenn Lasten auferlegt werden, der wird niemals das Gefühl der Befriedigung haben. Auf der letzten Tagung der Steuer- und Wirtschaftsreformer hat ein Redner verlangt, man solle den Arbeiter exproletarisieren. In derselben Rede hat er bedauert, daß das alte Verhältnis zwischen Herr und Knecht aufgelöst sei. Dafür habe ich kein Verständnis. (Weiterkeit.) Sie sehen aber, wie verschieden die sozialpolitischen Auffassungen sind. Gegenüber diesen rein theoretischen Betrachtungen haben die verbündeten Regierungen die Pflicht, Schritt für Schritt mit der Gesetzgebung vorzugehen. Es ist überflüssig, wie oft man gewisse Kräfte flagen hört über das rasche Tempo unserer sozialen Gesetzgebung. Das liegt daran, daß gleichzeitig so viele und so weitgehende sozialpolitische Forderungen gestellt werden, daß kein Staatswesen der Welt sie realisieren könnte — ganz abgesehen von der gesellschaftlichen Arbeit. So etwas muß doch durchdacht und formuliert werden von der Regierung und vom Parlament. Aber durch die Redereien, die ewigen sozialpolitischen Debatten wird die Bevölkerung nervös und glaubt, daß ihr viel schwerere Opfer auferlegt sind, als es tatsächlich der Fall ist. Die Annahme, daß der Bevölkerung Deutschlands seit der letzten Reform der Sozialgesetzgebung 1891 neue sozialpolitische Lasten auferlegt worden seien, ist durchaus falsch. Nur durch die vielen Anträge und Debatten überhäuft das Land, was sozialpolitisch geleistet wird. Und daraus erwächst der Regierung viele Gegnerschaft. Die vielen Anträge zu gleicher Zeit bedeuten ein hohes Maß von Zersplitterung und letzten Endes einen Hemmschuh, der es verschuldet, wenn wir auf diesem Gebiete nicht weiter und nicht schneller vorwärts kommen.

Gegenüber den Ausführungen des Vordredners und den vielen Anträgen von anderer Seite, die ich sonst Punkt für Punkt beantwortet hätte, will ich heute nur ein Bild von dem geben, was meines Erachtens im Laufe der nächsten Jahre oder des nächsten Jahres geschehen soll. Ich darf zunächst daran erinnern, daß noch vier Gesetze aus der vorigen Session allein vom Ressort des Reichsamt des Innern rückständig sind. Darunter die Maß- und Gewichtsordnung und zwei sozialpolitische Gesetze: das Gesetz über den Unterstufungswahlrecht (Laden links), allerdings ein sehr wichtiges sozialpolitisches Gesetz (Sehr wahr! rechts), und das Gesetz über die freien Hilfskassen, das unbedingt wiederkommen muß, um den Hilfskassen im Hilfskassenwesen mit kräftiger Hand entgegenzutreten. Dann wird in der nächsten Session vorgelegt werden das Gesetz über die Herstellung von Zigarren in der Hausindustrie. Die Verhältnisse in der Hausindustrie liegen so verschieden, daß an eine einheitliche Regelung gar nicht zu denken ist; nur schrittweise, durch Spezialgesetze, können wir vorgehen. Jetzt geschieht es weiter das Gesetz über den kleinen Befähigungsnachweis. (Wab! rechts.) Endlich das Gesetz, das, wenn Sie wollen, auch sozialpolitisch wichtig ist, in so weit es die Ernährung der Bevölkerung betrifft, betreffend die Unterdrückung der Viehschäden. Weiter arbeite ich an einem

Gesetz über die Vereins- und Versammlungsfreiheit,

das der Reichsanwalt ja schon angekündigt hat. Man hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich nicht zunächst das Vereinsrecht geregelt und dann den Gesetzentwurf über die Berufsvereine eingebracht hätte. Gerade umgekehrt hatte man es von mir in den letzten Jahren gefordert, und das Berufsvereinsgesetz enthält in vieler Beziehung weitgehende Konzeptionen an Ihre Wünsche. Ich bin überzeugt, daß, wenn der Reichstag nicht aufgelöst wäre, Sie das doch genügend erkannt hätten und das Gesetz noch zustande ge-

kommen wäre. Jetzt allerdings hat sich die Lage verschoben. Der Reichsanwalt hat ein Vereins- und Versammlungsgesetz angekündigt, da halte auch ich es für praktisch, dieses in den Vordergrund zu stellen. Wenn das Gesetz die Gestalt hat, die es meines Erachtens haben muß, wenn es in diesem hohen Hause überhaupt auf Annahme rechnen soll, so wird es dann die Kleinigkeit sein, mit einigen Paragraphen das Berufsvereinsrecht lediglich nach der privatrechtlichen Seite hin zu regeln, denn die öffentlich-rechtliche Seite wäre ja schon geregelt durch das Vereins- und Versammlungsgesetz. (Sehr richtig! links.) In Bezug auf das Vereins- und Versammlungsgesetz sind wir vielleicht etwas zu engberzig. Wir haben noch manche Erbbschaft aus dem Rüstzeug des alten Polizeistaates, der sich nicht mehr beleben läßt. (Sehr wahr! links.) Der verstorbene Reichsanwalt Fürst Hohenzollern hatte bei der Schaffung des Bürgerlichen Gesetzbuches ein Gesetz in Aussicht gestellt, durch das das Verbindungsverbot zwischen politischen Vereinen aufgehoben werden sollte. Ich war als Ressortminister danach verpflichtet, vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches ein solches Gesetz im Bundesrat zur Annahme zu bringen und dem Reichstage vorzulegen, und habe diese Verpflichtung eingelöst. Welche Angriffe sind damals gegen mich erhoben worden in der Presse, in diesem hohen Hause und auch noch an anderer Stelle! (Große Heiterkeit links, Jurufe: Wo?) Wo? Herr Abgeordneter, das ist eine sehr neugierige Frage! (Große Heiterkeit.) Welche Gefahr für Staat und Reich sagte man von diesem Gesetze voraus! Nun frage ich: Was in aller Welt hat sich seitdem geändert? Längst standen die Vereine durch Telephon und Telegraphen mit einander in Verbindung, und nur ein ganz allmähliches Dekorationsstudium ist abgekehrt. (Heiterkeit und Beifall links.) So steht es auch mit unserem Vereins- und Versammlungsgesetz. Es hat noch eine Reihe überlebter Bestimmungen, die tatsächlich gar nicht mehr ausführbar sind, der modernen Entwicklung gar nicht mehr entsprechen, gar keinen politischen Zweck haben und nur das Publikum ärgern. (Vielfaches Sehr wahr! links.) Trotz aller Angriffe, die gegen mich gerichtet werden, halte ich mich noch immer für einen konserватiven Politiker. (Anhaltende große Heiterkeit.) Ja, wirklich, meine Herren, aber man soll doch nicht glauben, gewisse Volkstimmungen und Regungen der öffentlichen Meinung durch die polizeilichen Vorschriften eines Vereins- und Versammlungsgesetzes totmachen oder unterdrücken zu können. (Sehr wahr! links.) Die großen Gedanken und Gefühle, als solche geschaffen und unterdrückt werden können durch äußere Polizeimahregeln. Deshalb bin ich allerdings der Ansicht, daß, wenn überhaupt ein Vereinsgesetz geschaffen werden soll, es den modernen Verhältnissen entsprechen muß. Will man das Vereinsgesetz auf dieser Grundlage nicht aufbauen, so tut man besser, man unterläßt es ganz. (Lebhaftes Zustimmung links.) Der Ansicht bin ich allerdings nicht, daß man etwa das württembergische Vereinsgesetz einfach auf das Reich übertragen könnte. Die Verhältnisse im Deutschen Reich, mit aller ihrer Verschiedenheit von der französischen bis zur russischen Grenze, gebieten denn doch andere Gesichtspunkte als in einem Einzelstaat. (Unruhe links.) Meines Erachtens muß sich das Gesetz auf zwei entscheidenden Gesichtspunkten aufbauen: Das Vereinsgesetz muß so aufgebaut werden, daß unter allen Umständen und zu allen Zeiten die bürgerliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit aufrecht erhalten bleibt, das ist eine Forderung der Staatsordnung. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich denke, Sie (zu den Sozialdemokraten) wollen alle Ihre Ziele auf friedliche Wege erreichen? Wie kann Sie da ein Gesetz fassen, das nur die bürgerliche Ordnung sichert? Die zweite Grenze ist, daß das Vereinsrecht nicht Vereinigungen zulassen darf, in denen verbrecherische Handlungen vorbereitet werden. Das sind die beiden festen Grenzlinien, innerhalb deren eine ganze Reihe unnützer Polizeivorschriften, wie schon der verstorbene Hr. v. Hammerstein zugesichert hat, ohne weiteres fallen können.

Unsere zweite große Aufgabe ist

die Zusammenlegung der sozialpolitischen Versicherungszweige. Das Krankenversicherungsgesetz hat von vornherein nur den Charakter eines Notgesetzes getragen, deshalb muß jede Reform ganz von unten anfangen. Die Stellung der Ärzte und Apotheker zu den Kassen, das ganze Kassenwesen muß ein festes, lares Gerüst bekommen, aber die Krankenversicherung läßt sich in so bedeutender Weise nicht reformieren, ohne daß auch gewisse Bestimmungen der beiden anderen Versicherungszweige geändert werden; dazu sind ihre Beziehungen zu vielfach. Ich habe nun immer nur von einer Zusammenlegung der drei Versicherungsgesetze gesprochen, nicht der Versicherungszweige. Die kann man wohl auf dem Papier zusammenlegen. Aber in Wirklichkeit würde eine so automatische Behandlung der Frage den allergrößten Schwierigkeiten begegnen. Wir haben da große selbstbenutzende Korporationen, große Krankenkassen und Berufsvereine mit eigenem Vermögen, Anwartschaftsklassen usw. Das alles bürokratisch, schematisch in einem Topf werfen, wäre sehr falsch. Wir müssen nicht niedertreiben, sondern das vorhandene nach den Bedürfnissen aufbauen und die ganze Gesetzgebung vereinfachen. Wenn wir deshalb an diese Reform gehen, ist es die erste Notwendigkeit, den Unterbau zu verbreitern. In diesem mangelhaften Unterbau liegt eine ungeheure Gefahr für die Fortführung der sozialpolitischen Gesetzgebung überhaupt, auch eine ungeheure Gefahr auf finanziellen Gebiete.

Ich bin verpflichtet, hier einmal auf die landwirtschaftlichen Berufsvereine einzugehen. Im Abgeordnetenhaus ist der Vorschlag gemacht worden, die kleinen Renten bis zu 20 und 25 Proz. zu streichen; insbesondere der Abg. Schröder ist sehr lebhaft dafür eingetreten. Nächst hat er als Landrat aber ausdrücklich erklärt, er habe sich überzeugt, daß dieser Weg nicht gangbar, ja sogar schädlich sei. Nur Loren und Fanatiker halten an versteinerten Grundbissen fest; kluge Leute ändern ihre Ansicht. Es macht dem Abg. Schröder Ehre, daß er eine Ansicht, die er so lebhaft im Parlament verteidigt hat, nachträglich selbst für einen Irrtum erklärte. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Aber woher kommt denn eine solche Forderung? Sie muß doch objektive wirtschaftliche Gründe haben. Da habe ich nun eine Berechnung aufstellen lassen, die ergibt, daß, wenn die Rentenbelastung der Landwirtschaft so zunimmt wie bisher, im Beharrungszustande, der für die Unfallversicherung zu zahlende Beitrag ausmachen würde in der Provinz Posen 133 Proz. der Grundsteuer (Hört! hört! rechts), in der Provinz Brandenburg 126 Proz., in der Provinz Westpreußen 148 Proz. und in Ostpreußen 170 Proz. der Grundsteuer (Vielfaches Hört! hört!). Im Durchschnitt des Reichs 106 Proz. Solche Verhältnisse sind nicht absolut notwendig, sondern auch darauf zurückzuführen, daß — ich muß das im Interesse der Landwirtschaft sagen — bei der Rentenerhöhung nicht mit der Sorgfalt und Grundsätzlichkeit vorgegangen wird, wie es nötig wäre, wenn man dem Bürger eine öffentliche Last auferlegt. Ich wünsche gewiß, daß jeder Verletzte seine Rente so schnell wie möglich erhält, aber es wirkt demoralisierend, wenn Leute infolge mangelhafter Untersuchung Geld bekommen, das sie nicht zu bekommen haben. (Sehr wahr! rechts.) Also einerseits bessere Vorbereitung der Rentenansprüche, andererseits vermehrte Unfallversicherungs-vorschriften, die leider manche landwirtschaftliche Berufsvereine noch immer nicht haben, könnten verhindern, daß die Last der Landwirtschaft in so erschreckendem Maße anwächst.

Rechen wir zur Reform der sozialpolitischen Gesetze zurück. Wir müssen Maßregeln treffen, daß die unteren Instanzen besser organisiert werden und sorgfältiger prüfen können; wir müssen die Schiedsgerichte anders gestalten und den Instanzenweg wesentlich abkürzen. Wenn wir die Krankenversicherung reformieren, würden wir auch die Heimarbeiter, die landwirtschaftlichen Arbeiter und die Dienstmädchen einbeziehen. (Zustimmung.) Sollte es sich ermöglichen lassen, mit einer Reform der materiellen Bestimmung zugleich eine Kodifikation der sozialpolitischen Gesetzgebung herbeizuführen, so wäre das sehr wünschenswert. Alles wurde klarer, verständlicher werden, und die Inmasse von Zwistigkeiten und Prozessen zwischen den großen sozialpolitischen Organisationen würde vermieden. Bei einer Kodifikation würde in das Gesetz wohl auch die Witwen- und Waisenversicherung hineinkommen, die nach dem Postengesetz bis 1910 in Kraft treten muß. Ich habe erklärt, daß ich

glaube, die Arbeit im Laufe dieses Jahres leisten zu können, und habe bis heute keinen Grund, anzunehmen, daß ich mein Versprechen nicht halten werde. Wie ich mit dem fertiggestellten Entwurf verfahren werde, darüber habe ich heute noch keine Veranlassung, mich zu äußern.

Was das weitere Programm der künftigen Arbeiten des Reichstages angeht, so ist das Gesetz betreffend den

Arbeiterschutz in der Hausarbeit

schon nahezu fertig. Es handelt sich darum, wie weit die Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung auf die Hausarbeit Anwendung finden sollen. Weitere Änderungen der Gewerbeordnung beziehen sich auf die Nachtarbeit der Frauen, den Schuttag der Arbeiterinnen, die Arbeitsverhältnisse der Werkmeister und Techniker, die den Handlungsgehilfen gleichgestellt werden sollen, mit einer Ausnahme in bezug auf die Konkurrenzklausele. Weiter soll Ihnen vorgelegt werden ein Gesetz über die Arbeitsstätten — es wird jetzt mit Preußen beraten —, ein Gesetz über die Unfallversicherung der im Gemeinde- oder Staatsdienst tätigen Personen, das von konservativer Seite wiederholt verlangt worden ist. Es soll Ihnen vorgelegt werden eine Revision der Bestimmungen über die Sonntagruhe: eine Reihe von Ausnahmen, die jetzt noch gestattet sind, erscheinen für die Zukunft nicht mehr nötig. Das Apothekengesetz ist bereits der Öffentlichkeit bekanntgegeben, und hoffentlich legen wir auch noch einen Gesetzentwurf über die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes vor.

Wenn auch nur diese Gesetze aus dem Reichsamt des Innern am nächsten Jahre dem Reichstage vorgelegt werden, so bedeutet das eine ungeheure Menge Gesetzgebungsarbeit. (Sehr wahr!) Es wäre außerordentlich nützlich, es einzuweisen auf diesem Programm beruhen zu lassen, diese Gesetze möglichst schnell zu verabschieden und mit neuen Initiativanträgen erst zu kommen, wenn dieses notwendige dringende Programm erledigt ist. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Koch (Soz.)

(In den ersten Minuten wegen großer Unruhe im Hause schwer verständlich.) Der Staatssekretär stellt ein wirklich freies Vereinen- und Versammlungsrecht in Aussicht. Wenn er aber so lebhaft dafür eingetreten ist, daß es wirklich freiheitlich gestaltet werden muß, warum hat er dann nicht seinen Einfluß auch bei der Anwendung des gegenwärtigen Gesetzes geltend gemacht? Aber freilich, er sagt, unter allen Umständen müsse dafür gesorgt werden, daß die bürgerliche Ordnung und Ruhe aufrecht erhalten werde. Ja, was man unter Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit versteht, darüber gehen die Ansichten eben sehr weit auseinander. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hat Herr Graf Posadowsky nicht gehört, daß man die berechtigtesten Forderungen der Arbeiterchaft unter dem Vorwande bekämpft, daß durch sie die bürgerliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit gefährdet werde? Hat er nicht davon gehört, daß sein preussischer Kollege im Ministerium des Innern diese Befähigung schon darin erblickt, daß sozialdemokratische Arbeiter einen Turnverein bilden? Wenn das Gesetz auf der Grundlage gemacht wird, wie Graf Posadowsky eben angekündigt hat, so wird es sicherlich so gemacht werden, daß die Bescheidenden, die Unternehmer, zu jeder Zeit ungehindert zusammenkommen dürfen, wie ja jetzt auch schon, daß aber den Arbeitern bei der gleichen Absicht erklärt wird: Hier wird die bürgerliche Ordnung und Sicherheit gefährdet! Die Koalitionsfreiheit haben wir seit jeher gefordert. Nun drängt sich doch die Frage auf, warum haben wir sie noch immer nicht bekommen? Herr Dr. Raumann hat sich, wie auch gestern die Herren Wassermann und Trimborn, sehr beeilt, festzustellen, daß der Reichstag nicht der Schuldige ist, sondern daß die Regierung daran Schuld sei, daß die Sozialpolitik nicht weiter kommt. Das ist aber nur eine Halbheit. Die Regierung hat freilich ihr redlich Teil dazu beigetragen. Aber es handelt sich nicht um eine Unterlassungsfünde von gestern auf heute, sondern um eine

Verschleppungstaktik von jeher.

Seit 1801 ist keine Maßnahme des Arbeiterschutzes zustande gebracht, alle Gesetze sind verkleppert worden. Das konnte aber nur dadurch geschehen, daß auch der Reichstag genau dieselbe Taktik befolgt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Dr. v. Hertling hat ja schon in einer früheren Sitzung ausgeführt, daß hier durchaus nicht immer dieselbe Begeisterung für Sozialpolitik geherrscht hat, wie gegenwärtig, er erinnerte daran, wie er im Jahre 1878 bei Einbringung eines sozialpolitischen Antrages mit Hohn und Spott übergriffen wurde. Nun, der Hohn und Spott über sozialpolitische Anregungen ist hier von jeher üblich gewesen. Ich erinnere an die Behandlung des ersten sozialpolitischen Gesetzes im norddeutschen Reichstage; es handelte sich um die Verhinderung der Verschlagnahme des Arbeitslohnes. Durch einigen Schluß der Debatte wurde die Vorlage an eine Kommission verwiesen, und als Herr v. Scheweier verlangte, daß in diese Kommission doch auch ein Arbeitervertreter geschickt würde, da es sich um Angelegenheiten von Arbeitern handelte, wurde er mit Hohn und Spott überschüttet! Jetzt hören wir zwar sehr schöne Worte über Ihre Absichten zugunsten der Arbeiter, aber der Reichstag hat noch niemals etwas getan, um seine schönen Worte auch in Taten umzusetzen.

Herr Dr. Raumann bedeutet die Ohnmacht des Reichstages. Ja, haben denn die bürgerlichen Parteien nicht ihr volles Vermögen auf die Schuld daran? Sie provozieren die Regierung ja geradezu zur Mißachtung und quittieren dankbar über dieselbe. Warum kommen wir denn so wenig zur Verhandlung sozialpolitischer Anträge? Das Zentrum brachte sie zuerst in Form von Resolutionen bei der zweiten Lesung des Etats ein, und der Reichstag beschloß, diese Resolutionen zu verhandeln, wenn die Etatsdebate zu Ende wäre! Als dieses aber der Fall war, wurde der Reichstag verlegt, und der Reichstag wurde so spät einberufen, daß er keine Zeit mehr zur Beratung dieser Resolutionen hatte! Gätte der Reichstag Rücksicht gehabt und gesagt: Wir gehen nicht eher an die Etatsberatung heran, bis die Resolutionen durchberaten sind, so würde sich die Regierung das wohl an notam genommen haben. Aber der Reichstag hat sich stets gefügt, und deshalb beruft ihn die Regierung so spät ein, daß er gar keine Zeit mehr zur Beratung von sozialpolitischen Angelegenheiten findet. So kommt es, daß auch die Schwindeltage immer mehr verschwinden. Würde der Reichstag nur einen Teil der Energie zeigen, die er beim Rollwucher zeigte, die er jedesmal zeigt, wenn es sich um Angelegenheiten der Bescheidenden handelt, so wäre das nicht möglich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben eine ganze Reihe von Fällen gehabt, wo die Mehrheit die Regierung zwingen konnte, Wünschen der Arbeiter nachzukommen. Niemals hat die Mehrheit eine solche Gelegenheit ausgenutzt. Ich erinnere Sie an den Bauarbeiterchutz: Die Parteien waren sich einig, daß gewisse Schutzvorrichtungen und Arbeiterkontrollen notwendig seien. Nun war bei der Aenderung der Gewerbeordnung die Gelegenheit gegeben, diese Bestimmungen in das Laufhandwerker-gesetz einzufügen und mit ihm zugleich den Bauarbeiterchutz gesetzlich festzulegen. Meine Freunde haben einen solchen Antrag auch eingebracht. Die Mehrheit aber hat ihn mit schönen Worten für die Arbeiter, die zu nichts verbinden, abgelehnt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei dem Gesetzentwurf über die Hilfskrankenassen ist es nicht anders gewesen. Es wurde in der Kommission der Nachweis erbracht, daß das Gesetz ganz und gar nicht geeignet sei, die Schwindeltage zu bekämpfen. Es wurde weiter nachgewiesen, daß es geeignet sei, den freien Hilfskassen jede Selbstverwaltung zu nehmen. Bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfs hat auch Giesberts gesagt, er bedauere, daß auf dem Boden des allgemeinen Krankenassengesetzes die Schwindeltage nicht bekämpft würden. In der Kommission hat er aber nicht den Versuch gemacht, diese Bekämpfung einzufügen! Wohl aber haben seine Kollegen und die sämtlichen bürgerlichen Parteien hernach für den Entwurf ohne wesentliche Änderungen gestimmt! (Zuruf im Zentrum: Mit sehr wesentlichen Änderungen!) Nein, der Entwurf ist in der Beschränkung der Krankenassen in keinem wesentlichen Punkte geändert worden, und trotzdem war das Zentrum dafür. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Alles, was Sie an Versprechungen gegen haben, haben Sie danach nicht gehalten. (Zustimmung b. d. Soz.) Freilich, wenn man sich die

Sache so vorstellt, wie Herr Dr. Raumann, ist sie sehr einfach. Man braucht nur mit großer Begeisterung an die Sache heranzutreten, man braucht den Großkapitalisten nur zu predigen: „Hier muß eine Aenderung geschaffen werden.“ und dann wird es schon geschehen. Nein, so liegen die Dinge nicht, so gemächlich geht die Sache nicht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Vielmehr trifft zu, was Graf Posadowsky gesagt hat: Man muß die Tatsachen ins Auge fassen, um die es sich handelt. Deshalb hat denn der Reichstag in der Sozialpolitik gegenüber den Großindustriellen ständig verlagert? Weil die bürgerlichen Parteien unter dem Einfluß der Großindustrie stehen, ganz so wie die Herren von der Regierung. (Leb. Zustimmung b. d. Soz.) Wenn sie ihrem guten Herzen folgen könnten, möchten sie dem Arbeiter ebenso helfen wie Herr Raumann, aber der Einfluß der Großindustrie macht das unmöglich. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Großkapitalist hat es seit jeher als sein selbstverständliches Recht beansprucht, die Arbeiter ohne Rücksicht auf ihre körperliche Gesundheit auszubeuten. Solange es die notwendigen Arbeitermassen nicht von selbst zusammenbringen konnte, wurden die Bauern gewaltsam expropriert, dem Grund und Boden vertrieben und durch Arbeitszwangs-gesetze zur Fron für das Kapital gezwungen. Die aufkommende Bourgeoisie benutzte die Gesetzgebung, um den Arbeitstag zu verlängern und die Arbeitskraft kranklos auszubeuten, sie ersuchte sich die moderne Arbeiterklasse, welche den Ansprüchen der Industrie entspricht. Erst als dies geschehen war, wurden die Arbeitszwangs-gesetze überflüssig, sie wurden nicht mehr angewendet und schließlich aufgehoben, und so entstand die Lehre vom freien Arbeitsvertrag. In der Praxis hat es einen freien Arbeitsvertrag nie gegeben. Die Zustände haben sich vielmehr so traurig herausgebildet, daß die Gesetzgebung einschreiten mußte. Wie traurig die Verhältnisse lagen, haben England und auch Deutschland gezeigt, wo selbst die Kinder in so schrecklichem Maße ausgebeutet wurden, daß dadurch ansteckende Krankheiten entstanden und die Gesetzgebung gegen diese Ausbeutung einschreiten mußte. Der Widerstand der Großindustrie gegen die Ausdehnung der Arbeiterschutz-gesetze ist von ihrem Standpunkte durchaus begründlich. Je mehr Arbeiterschutz-gesetze erlassen werden, je mehr die Arbeit-gebern die Rücksicht für den Betrieb vorgebracht wird, um so mehr wird ja ihr Herrrecht in der Fabrik beschränkt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie Kollege Raumann ganz richtig sagte, das Großkapital hat in unserem ganzen Erwerbs-leben die Herrschaft erlangt, und es denkt gar nicht daran, sich die Allmacht von den Arbeitern wegnehmen zu lassen. Darum sträubt sich das Großkapital am allermeisten dagegen, daß der Staat in seine Verhältnisse eingreift. Früher bildeten die Angriffs-streiks die Regel, jetzt kommen immer häufiger die Abwehr-streiks. Das Großkapital bemüht sich sogar, die Arbeiter-organisationen vollständig zu vernichten; wenn ihm das nicht gelungen ist, so liegt es daran, daß das Großkapital nicht stark genug ist, die Arbeiter niederzuschlagen. Die Arbeitgeber haben jede Ausdehnung der Arbeiterschutz-gesetze bekämpft mit der Begründung, daß sie die Kosten nicht tragen könnten. Und dabei steht doch die Arbeiterschutz-gesetzgebung auf dem Boden der jetzigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit der Devise: den Arbeitern helfen, aber die Unternehmer nicht vernichten! Nun zerbrechen sich die bürgerlichen Parteien den Kopf, wie sie die Rücksicht be- seitigen können, solange, bis die Arbeiterbewegung eingreift. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wie weit wir gekommen sind auf dem Wege der Sozial-politik, das zeigen die vielen Anträge, die uns zugegangen sind. In weiten Kreisen der Bevölkerung ist Reizung vorhanden, das Streben des Reichstages auf diesem Gebiete anzuerkennen, aber es ist ebenso klar, daß der Reichstag auf allen Gebieten der Sozial-politik verlagert hat. In dieser Beziehung ist schon von Wert, daß der Wunsch ausgesprochen ist, es solle die Arbeiterschaft gegen die Ausbeutung mehr geschützt werden. Wir Sozialdemokraten haben Ihnen von jeher vorgehalten, daß im Interesse der Gesamt-heit zum Schutze der Industriearbeiter weitere Gesetze notwendig sind, wir haben Jahr für Jahr Anträge gestellt, die aber nach dem Urteil des Reichstages weit über das Ziel hinausgehen sollten. Sie wollen sich erinnern der Stellung der Sozialdemokraten im Jahre 1891. Damals wollte die sozialdemokratische Reichstags-fraktion erreichen, daß wenigstens die dringlichsten Forderungen der Arbeiter erfüllt würden, aber unsere Anträge wurden einfach niedergebittelt. Doch wir schließlich gegen das Arbeiterschutz-gesetz gestimmt haben, haben wir damit begründet, daß unsere drei Hauptforderungen nicht erfüllt worden waren: Sicherung der Koalitionsfreiheit, Maximalarbeitszeit und Sonntagruhe. Selbst diese letzte beschriebene Forderung, über die heute kein Zweifel mehr herrscht, ist nicht anerkannt worden! Sie sehen also, wir haben uns bemüht, den Arbeiterschutz auszubauen. Wenn das nicht gelungen ist, so liegt die Schuld einzig und allein an den bürgerlichen Parteien, die stets die Interessen der Arbeitgeber über die der Arbeitnehmer gestellt haben.

Aus den Berichten der Gewerbeinspektoren geht hervor, daß auch jetzt noch immer

die „Ausnahmewirtschaft“

in allergrößter Blüte steht. Wir haben seit Jahren darauf gedrängt, daß die Bewilligung von Ausnahmen eingeschränkt werde, daß die Industrie sich daran gewöhne, sich nach den vor-handenen Schutz-gesetzen zu richten. Die Ausnahmen gehen aber nicht zurück, ihre Zahl hat sich nicht verringert, sondern vermehrt, wie aus den Berichten hervorgeht. Es sind in vielen Fällen sogar Ausnahmen bewilligt worden, die, wie sich später herausstellte, gar nicht nötig waren! So gingen in einem Falle die Arbeiter auf die erweiterte Arbeitszeit nicht ein, und da ging es auch so! Die Ausnahmen für Kinder von 15 und 16 Jahren werden in einer Weise bewilligt, die keine Rücksicht auf diese Kinder kennt; es werden Kinder gezwungen, längere Zeit ohne Pausen zu arbeiten. Das ist eine Rücksichtslosigkeit, die allgemein nicht geduldet werden sollte. Auch die Berichte lassen die allergrößte Mißde walten gegen die Unternehmer, die die Arbeiterschutz-gesetze nicht beachten. So wurde in einem Falle ein Unternehmer, der außerdem noch den Gewerbeaufsichtsbeamten beleidigt hatte, nur zu 30 M. Geldstrafe verurteilt! — In einem anderen Falle wurden ein Sägewerksbesitzer und sein Sohn, die verbotenweise drei noch schulpflichtige Kinder beschäftigt hatten, zu nur je 15 M. Geldstrafe verurteilt! Auch jetzt ist es noch nicht möglich, alle Be-triebe jedes Jahr einmal gründlich zu beaufsichtigen. Zu wünschen ist übrigens, daß die Berichte früher erscheinen, und wenn es nicht möglich ist, sie — wie in Amerika — unentgeltlich zu ver- teilen, so sollte man billige Ausgaben veranstalten und die Berichte für die einzelnen Betriebe gesondert ausstellen.

In den einfachsten Bestimmungen sind wir hinter dem zurück- geblieben, was notwendig ist. Wir haben in Deutschland noch immer nicht erreicht, daß in den Betrieben, wo Arbeiter beschäftigt werden, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, die Arbeit- schutzbestimmungen in der Sprache der Arbeiter angehängt werden. Wir haben Gruben, Bergwerke, wo die Arbeiter fast ausschließlich Polen sind und doch die Vorschriften nicht in polnischer Sprache angehängt werden!

Rebner gibt nunmehr eine Uebersicht über die von der sozial- demokratischen Fraktion eingebrachten Resolutionen, wobei er darauf hinweist, daß über die Verhältnisse der Glasarbeiter ein Fraktions- kollege sich noch näher auslassen werde. Wir werden den Reso- lutionen anderer Fraktionen zustimmen, die eine Förderung der Arbeiterschutz-gesetzgebung bezwecken. Wir haben uns bereit erklärt, an dem Ausbau des geschlossenen Arbeiterschutzes mitzuarbeiten, aber wir sind uns darüber klar, daß das, was uns bevorsteht, keine Förderung ist, sondern daß auch hierbei wieder die reaktionärsten Be- strebungen zutage treten werden, wie wir es bei dem Gesetze über die Berufsvereine gesehen haben. Staatssekretär Graf Posad- owsky hat darauf hingewiesen, daß die Vereinheitlichung der Ar- beiter-schutz-gesetze Schwierigkeiten verursache. Diese Schwierigkeiten scheinen mir hauptsächlich darin zu liegen, daß damit der Versuch verknüpft wird, den Arbeitern alle Rechte zu beschneiden. In den Berufsvereins-sachen haben sie schon nichts zu sagen, nun soll auch in den Krankenassen ihnen die Mitwirkung genommen werden. Es soll den Krankenassen das Selbstverwaltungsrecht genommen

werden, man will sie unter die Bureaucratie stellen. Ein klassisches Beispiel dafür, wie man den Krankenassen gegenübertritt, bietet die Geschichte des Zusammenstosses der Krankenassen Berlins, die am 30. Dezember 1906 beantragt worden ist. Dieser Zusammen- schluß hätte die Leistungsfähigkeit der Kassen wesentlich erhöht. Dem darauf gerichteten Beschlusse verweigerte jedoch der Regierungs- präsident die Befähigung mit der Begründung, daß erst jede einzelne Klasse selbst darüber beraten und Beschluß fassen müßte! Als die Klassen sich auf hierzu bereit erklärten, kam am 17. November 1906 vom Regierungspräsidenten die Antwort, daß das Gesetz „mit Rücksicht auf die bevorstehende Vereinheitlichung der Versicherungs- gesetze“ überhaupt endgültig abgelehnt werden müßte! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir stehen der Vereinheitlichung gewiß sympathisch gegenüber, aber wir können ihr nur zustimmen, wenn den Arbeitern das freie Selbstverwaltungsrecht gegeben wird (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nicht bedauerlich sind die Ausführungen des Grafen Posad- owsky über die Reichsicherheit, mit der angeblich in der Land- wirtschaft

die Unfallrenten

bevolligt werden. Ich gebe zu, daß einmal ein Fehler vorkommen kann. Aber viel häufiger kommen die Fälle vor, daß Arbeiter mit ihren Ansprüchen abgewiesen werden, obwohl sie nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes eine Rente bekommen müßten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das liegt daran, daß die Arbeiter gar nicht in der Lage sind, mit dem nötigen Nachdruck ihre Ansprüche geltend zu machen. Die Berufsvereins-sachen haben ihre Ver- trauensärzte, die die Gutachten erstatten, und diese Gutachten be- kommen die Arbeiter nicht ausgeliefert. Die Ausführungen des Grafen Posadowsky bezaubere ich um so mehr, weil er früher schon einmal eine ähnliche Stellung eingenommen hat. Damals handelte es sich um die Invalidenrente, und die Ausführungen des Grafen Posadowsky hatten damals eine geradezu verderbliche Wirkung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Graf Posadowsky hatte den Standpunkt vertreten, es würden häufig zu Unrecht Invaliden- renten beansprucht und auch gewährt. Und Graf Posadowsky gab damals den Rat, die Ärzte sollten genauer untersuchen. Und was haben wir in der Folge sehen müssen? Das Reichsversicherungs- amt hat Kommissionen ins Land geschickt mit den Vertrauens- ärzten der Berufsvereins-sachen, die Rentenempfänger müßten scharfweise zusammenkommen, und nach der schematischen und oberflächlichen Untersuchung der Vertrauensärzte wurden Hunderten und Tausenden die Renten aberkannt. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist einfach ein skandalöser Zustand. Wir haben in den Arbeitersekretariaten — und ich kann den Herren vom Reichsversicherungsamt nur empfehlen, die Berichte der Arbeitersekretariate genau zu lesen — in hunderten von Fällen Gelegenheit gehabt, zu konstatieren, daß in einfach unerbörter Weise Renten aberkannt worden sind, die ihren Empfängern im Sinne des Gesetzes durchaus zustanden. Auch in der Land- wirtschaft werden wir gleich bedauerliche Vorgänge erleben. Die Ärzte werden, wenn hier von der höchsten Stelle aus so etwas erklärt wird, viel leichter geneigt sein, die Rente abzu- z u e r k e n n e n als zu bewilligen. Wir sind gewiß auch entschieden dagegen, daß Leute zu Unrecht die Rente bekommen. Aber das beste Mittel da- gegen ist, wenn Sie den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht geben. Gerade mit diesen Verhältnissen haben die Berufsvereins- sachen den Befähigungs-nachweis geliefert, daß sie nicht fähig sind, die Institution zu leiten. Nur durch die Mitwirkung der Arbeiter selbst können diese Verhältnisse beseitigt werden. Man muß die Arbeiter mit zur Verwaltung heranziehen, sie erziehen, sie zu interessieren suchen und sie überzeugen, daß sie selbst ein Interesse daran haben, unlautere Elemente fernzuhalten.

Gerade die Erfahrungen auf dem Gebiete der Unfallrenten be- weisen, daß unser Arbeiterschutz weit hinter den Anforderungen zurückgeblieben ist, die wir an eine wahre Arbeiterschutz-gesetzgebung stellen. Wenn Sie wüßten, welche eine große Summe an Unfall- versicherung jährlich ausgegeben wird, erst dann können Sie sich vorstellen, welche große wirtschaftliche Bedeutung die Betriebsunfälle haben. Im letzten Jahre waren es rund 150 Millionen Mark. Nicht eingerechnet in diese Summe ist der große Schaden, der durch die Unfälle in den Fabriken selbst verursacht wurde, die Betriebs- störungen, ferner der Schaden, den die Arbeiter in den Fabriken bei der Arbeit an ihrer Gesundheit erleiden. Selbst die Arbeiter, denen volle Entschädigung zu teil wird, bekommen lange nicht den Schaden ersetzt; denn erstens wird die Rente erst drei Wochen nach dem Ablauf des Unfalls bezahlt, und zweitens umfaßt die Entschädigung nur einen Teil des verursachten Schadens.

Wenn wir den durch die Unfälle angerichteten Schaden nach allen Richtungen hin berechnen würden, würden wir einen ganz gewaltigen Betrag, wahrscheinlich mehrere Milliarden heraus- bekommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie (nach rechts) sich bei jeder Gelegenheit mit den großen Summen brüsten, die in Deutschland jährlich an Unfallentschädigung gezahlt werden, so muß andererseits darauf hingewiesen werden, daß eine so große Anzahl von Unfällen überhaupt möglich ist! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unser Verzeihen muß dahin gehen, die Zahl der Unfälle zu vermindern, und das kann nur geschehen durch Steigerung der Leistungs- fähigkeit der Arbeiterschaft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir brauchen eine Arbeiterschaft, die allen, aus den höchsten An- forderungen gewachsen ist. Nur eine leistungsfähige Arbeiterschaft kann in den heutigen Riesenerbetrieben tätig sein. Deshalb sollte man den Arbeitern das Recht geben, mitzuwirken an der Arbeits- methode, an den Betriebsverbesserungen, an der Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine solche Arbeiterschaft können wir aber nicht bekommen, wenn wir die Ausbeutung der Arbeiter immer weiter und weiter treiben, wie es heute der Fall ist. Um eine solche Arbeiterschaft zu erlangen, muß eine Arbeiterschutz-gesetzgebung einsehen, die vor allem die Arbeitszeit ermäßigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das einzige Mittel, um die Arbeiter wirtschaftlich und kulturell zu heben, ist die Gewährung des freien Koalitionsrechtes und die Verkürzung der Arbeitszeit auf 10, 9 und dann 8 Stunden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Raumann hat vorhin mit Recht ausgeführt, daß die Grund- lage, auf der unsere Arbeiterschutz-gesetzgebung basiert, ganz verkehrt ist. Das ist aber nicht die Schuld einzelner Personen, auch nicht allein die Schuld der Regierung, sondern es ist die selbstverständliche Folgerung aus der Tatsache, daß wir es bei unseren Arbeiterschutz- gesetzen mit einem

Klassenrecht

zu tun haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere derzeitige Sozialpolitik soll das Leben der Arbeiter schützen, aber auch die Unternehmer in ihrem Profit nicht zu sehr be- einträchtigen. Es handelt sich hier um ein Stück Klassenkampf. Im Laufe der Etatsdebatte wurde uns vorgehalten, wir trieben die Arbeiter in den Klassenkampf hinein. Aber wir sind es nicht, die das tun, sondern das ist die bürgerliche Gesellschaft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir nennen nur das Ding beim richtigen Namen, wenn wir den Arbeitern gegenüber konstatieren, daß wir eine Klassenregierung haben, daß sie von den bürgerlichen Parteien nichts zu erwarten haben, daß unsere Arbeiterschutz-gesetzgebung ungenügend ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nur in dem Maße, in dem der Druck der Arbeiter auf die bürgerlichen Parteien ausgesetzt wird, werden den Arbeitern minimale Forderungen bewilligt. Den internationalen Kongressen der Arbeiter sind die inter- nationalen Arbeiterschutz-kongresse der Regierungen gefolgt. Die bürgerlichen Parteien sträuben sich gegen das kleinste Konzessions- so lange als es irgend geht, und wenn es dann nicht mehr weiter geht, wenn die Mißstände sehr arg geworden sind, erst dann werden sie den Wünschen der Arbeiter gerecht, und dann werden in das Gesetz so viel Ausnahmen hineingeschrieben, daß zum Schluß fast gar nichts mehr übrig bleibt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist bisher bei uns kein einziges allgemeines, alle Arbeiter um- fassendes Arbeiterschutz-gesetz gemacht worden, immer wurden nur einzelne Bestimmungen erlassen. Daher kommt es, daß wir eine planmäßige systematische Reform der Gewerbeordnung seit 16 Jahren

nicht haben. Aber eine Unmasse von Verordnungen, kleinen Bestimmungen usw. ist erlassen worden, die sich zum Teil widersprechen, zum Teil aufheben. Daher kommen auch die vielen Mißverständnisse und Meinungsverschiedenheiten. Wenn das so weiter geht, kommen wir schließlich dahin, daß wir für jeden Betrieb ein Spezialarbeitsgesetz haben. Gewiß gibt es Mißstände, die nur in einzelnen Betrieben vorhanden sind. Aber die Mehrzahl der Mißstände ist doch in allen Betrieben gleich vorhanden. Und vor allem unter dem einen großen Mißstand der langen Arbeitszeit, haben alle Arbeiter gleichmäßig zu leiden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine Herabsetzung der Maximalarbeitszeit ist die Grundlage jeder vernünftigen Sozialpolitik, und eine ganze Reihe Differenzen würden mit ihr fallen. Der jetzige Streit im Hamburger Hafen ist auch nur dadurch provoziert worden, daß die Unternehmer auf einer unmenschlich langen Arbeitszeit bestanden. Mit den einzelnen Bestimmungen folgten wir nicht weiter. Es müssen großzügige Gesetze gemacht werden. Auch das Reichsamt des Innern hat sich dieser Ansicht nicht verschließen können und in einem Erlass im Jahre 1906 der Ansicht Ausdruck gegeben, ob es nicht zweckmäßiger sei, statt der vielen Einzelverordnungen allgemeine Arbeitszeitbestimmungen zu erlassen. Zur Prüfung dieser Frage hat das Reichsamt eine Kommission eingesetzt, und ich erlaube mir die Frage, zu welchen Ergebnissen diese Kommission gekommen ist. Bis jetzt haben wir nichts von ihren Arbeiten erfahren.

Der Abg. Raumann hat es heute so dargestellt, als ob das Koalitionsrecht der Arbeiter von keinem Menschen mehr ernstlich bestritten würde und er hat die Koalitionsfreiheit der Arbeiter eine alte liberale Forderung genannt. Ja, er ist noch weiter gegangen und hat gesagt, man sollte den Arbeitern die Möglichkeit geben, eine neue wirtschaftliche Organisation aufzubauen. Wenn Sie in der Geschichte der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung nachblättern, so finden Sie allerdings, daß die Aufhebung der früheren Beschränkungen die Durchsetzung einer liberalen Forderung war. Aber man wollte den Arbeitern damit keineswegs die Möglichkeit geben, sich ihr Recht zu erkämpfen. Gerade das Gegenteil war der Fall. Trotz des Verbotes der Koalition hatten die Arbeiter bereits Organisationen gebildet. Sie hatten auch schon Streiks durchgeführt. Und da sagte sich die damalige liberale Mehrheit: Wir müssen dieses Verbot aufheben, um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, aus der Praxis zu lernen, daß es töricht sei, in das Gesetz von Angebot und Nachfrage einzugreifen, töricht, dieses Gesetz überhaupt zu gebrauchen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wo die Unternehmer irgend konnten, sind sie dem Koalitionsrecht der Arbeiter entgegengetreten. Ich erinnere daran, daß beim bürgerlichen Gesetzgebungsorgane geboten war, das Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter und des Gesindes einzuführen. Also mit der Liebe der bürgerlichen Parteien für das Koalitionsrecht ist es nicht weit her. Ich weiß, daß der Einfluß des Großkapitals so mächtig ist, daß er Sie hindert, Ihre Versprechungen zu halten. Dann freilich wird das eintreten, was Sie selbst voraussetzen.

Unter den Arbeitern wird um so mehr die Ueberzeugung Platz greifen, daß es nur in ihrer eigenen Kraft liegt, ihr Recht zu erkämpfen. Sie werden ihre Organisationen ausbauen und auf diesem Wege ihr Recht erkämpfen. Wenn sie sich auf den Reichstag verlassen, sind sie verlassend. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Graf Posaßowsky: Die Renten sind eine Reichslast, und deshalb ist es notwendig, daß von einer Zentralstelle für einheitliche Grundzüge in der Rentenbewilligung gesorgt wird. Bei der vorläufigen Untersuchung der Rentenerfolge zeigte sich geradezu flagrant Fälle von unrechtmäßiger Bewilligung. Ich werde es nie verteidigen, wenn eine Rente nicht bewilligt wird, wo die Voraussetzungen dazu vorliegen; aber die Erschleichung von Renten kann geradezu zu einer Volkskrankheit werden.

Die weitere Beratung vertagt das Haus. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: 1. Schleuniger Antrag Brandys und Genossen (Polen) wegen Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. v. Mieczkowski. 2. Fortsetzung der Etatsberatung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung vom Donnerstag, den 11. April 1907, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. v. Studt.
Nach Erledigung des Kultusetats-Kapitels „Universtitäten“ und der Stenographiefrage wendet sich die Beratung dem Antrag Ernst (fr. Bg.) zu: die Lehrpläne der Volksschulen und der höheren Lehranstalten in organischer Verbindung zu bringen und die Volksschulen bei den höheren Lehranstalten allmählich aufzuheben.

Abg. Ernst (fr. Bg.) begründet seinen Antrag. In Bayern ferne man das System der Volksschulen nicht; es sitzt dort der Sohn des Arbeiters neben dem des Besitzenden. Auch in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika habe sich die Angliederung der Lehrpläne der Volksschule an die der höheren Lehranstalten, wie sie der Antrag verlange, gut bewährt. (Beifall links.)

Ein Regierungskommissar: Eine früher vom Minister einberufene Konferenz von Sachverständigen hat die Volksschulen als durch die bestehenden Verhältnisse geboten bezeichnet. Nach einem Uebereinkommen mit der Finanzverwaltung wird zu Volksschulen niemals ein Staatszuschuß bewilligt. Die Zahl der Volksschulen ist gering. Von 273 finanziellen Anstalten haben nur 73 Volksschulen. Von den Sekundären höheren Lehranstalten stammen nur 30 Proz. aus den Volksschulen. In der Theorie ist der Antrag mir ganz sympathisch, aber in der Praxis würde seine Durchführung zur Folge haben, daß das Schülermaterial, das die Volksschulen haben, nicht der Volksschule zustiegen würde, sondern den Privatschulen. Die Leistungen der Volksschulen sind durchaus anzuerkennen, aber die Volksschüler sind doch in bezug auf die Sprache vielfach von Hause aus ungünstiger gestellt als die Kinder, die in die Volksschule kommen. Der Antrag würde in der Praxis nicht durchführbar sein. (Beifall rechts.)

Abg. Krüger-Marienburg (l.): Die Hoffnung, daß infolge der Vereinfachung der Volksschulen der Riß zwischen Gebildeten und Ungebildeten verringert wird, teile ich nicht. Ich muß auch bestreiten, daß die Volksschule durch die Volksschule geschädigt wird. Ein Lehrer, der in der Volksschule und in den unteren Klassen der höheren Lehranstalten unterrichtet, kann die Schüler besser auf die höhere Schule vorbereiten als der Volksschullehrer. Der Antrag ist praktisch gar nicht durchführbar, und er würde dazu führen, die Privatschulen zu fördern. (Beifall rechts.)

Abg. Kzesaiwet (H.) spricht sich ebenfalls gegen den Antrag aus und beantragt Ueberweisung des Antrages an die Unterrichts-Kommission.

Abg. Hilse (natl.) erklärt, daß er gegen den Antrag sei. Das Schülermaterial in den Volksschulen sei doch minderwertiger als das in den Privatschulen.

Abg. Dr. Berndt (natl.) erklärt, daß er für den Antrag stimme, weil sich in Westfalen das System, daß der Antrag durchzuführen wolle, durchaus bewährt habe.

Abg. Gassel (fr. Sp.): Ich kann nicht zugeben, daß die Schulunterrieche sich auf Rainanlagen gründen; sie gründen sich meines Erachtens auf Vermögens- und Standesunterschiede. Wenn der Antrag durchgeführt wird, kennt jeder Erwachsene, auch diejenigen, die zu Führern des Volkes berufen sind, die Volksschule aus eigener Anschauung. Das ist ein großer Gewinn. Jetzt laufen aber diejenigen, die zuerst die Volksschule besuchen, Gefahr, ein volles Jahr zu verlieren. Das Studium will man schon verlängern; wenn man jetzt auch noch diese Ausbildungszeit verlängert, wo soll das hinführen! Die Ausbildungszeit ist bei uns schon jetzt viel länger als in anderen Ländern. Als ich im vergangenen Jahre in London war, hatte ich Gelegenheit, bei einem feillichen Anlaß neben einem Unterrichtssekretär zu sitzen, der sich eines Alters erkannte, das bei und mancher Referendar hat! Er war noch nicht 30 Jahre alt.

Die Stadt Berlin würde ihre Vorkursen gern sofort beseitigen, wenn sich das Ziel in derselben Zeit erreichen ließe. Nach den neuen Lehrplänen dauert die Ausbildung bis zum Uebertritt zur höheren Schule in Berlin aber 4-4 1/2 Jahre, während sie nur 3-3 1/2 Jahre dauern dürfte. Das muß unsere Pädagogik wieder erreichen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Dittich (S.) meint, man solle es lassen, wie es jetzt sei. Die Lehrziele der Volksschule ließen sich nicht erhöhen. Der Antrag Ernst wird der Unterrichts-Kommission überwiesen. Hierauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr. (Beamtens-Pensionsgesetz, Richterfortbildungsgesetz, kleine Vorlagen, Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission.
(Sitzung vom 11. April.)

Die Herren aus dem Kriegsministerium haben sich erkundigt, was es mit den Doucergeldern für das Garde- u. Corps-Regiment auf sich hat und sie können heute erzählen, daß dies eine ganz alte Zubereitung ist, die dem Regiment zu Repräsentationszwecken seinerzeit von der preussischen Regierung gemacht wurde und die aus dem preussischen Etat in den Reichsetat übergegangen ist! So lange es einen Reichsetat gibt, werden also bei diesem feudalen Regiment Frühstück usw. aus Reichsgeldern bezahlt! — Die Budgetkommission bewilligte die 3000 M. auch fernherin.

Bei den Anforderungen für Rietsensschädigung wird angefragt, worum der Gouverneur von Berlin 34.000 M. Rietsensschädigung erhält, während anderen in gleichen Range stehenden und in Berlin wohnenden Militärs viel weniger an Rietsensschädigung gewährt wird. Eine Antwort wird jetzt nicht gegeben, da diese Position der Budgetkommission gar nicht überwiesen ist.

Auf Anfrage, ob die Firma Witter u. Sohn ein Monopol auf Lieferung von Druckerarbeiten für die Militärverwaltung habe, gibt ein Vertreter des Kriegsministers die Erklärung ab, daß, wenn der Druckvertrag mit Witter u. Sohn abgelassen sei, die Arbeiten in Submission vergeben werden sollen. Einige Arbeiten würden jetzt schon so vergeben, ein anderer Teil in der Reichsdruckerei hergestellt.

Bei der Anforderung für Artillerie und Waffenswesen bringt der Korreferent den großen Diebstahl in Spandau zur Sprache, wobei u. a. 12 Zentner Labefabrik gestohlen worden seien, was auf recht schlechte Aufsicht schließen lasse. Es wird zugegeben, daß die Aufsicht mangelhaft war; ein Werkmeister habe auch ein Jahr Gefängnis erhalten. Die Forderungen werden alle bewilligt.

Für Munition werden 28.000.000 M. gefordert. Dabei wird eine bei dieser Position eingetiffene starke Rente- u. Uebererschuldung wirtschaftlich kritisiert. Die Militärverwaltung entschuldigt diese Zustände mit den hohen Munitionspreisen.

An einmaligen Ausgaben werden u. a. bewilligt: 452.000 Mark Zulagen an Unteroffiziere der Besatzungstruppen in Elb- u. Pommern. Diese Position soll laut Beschluß des Reichstags künftig fortfallen, aber die Regierung will die Zulagen noch bis 1909 beibehalten; erst 1910, wenn der Diktro in den Städten aufgehoben und die Lebensmittel billiger werden, sollen die Zulagen wegfallen! — Bei einer Ausgabe für Schreibmaschinen verlangt Genosse Siedekum Berücksichtigung deutschen Fabrikats, ein Wunsch, der von allen Seiten unterstützt wird.

Die Bewilligung von 200.000 Mark für einen Truppenübungsplatz für das 11. Armeekorps führt zu einer Besprechung der Spekulationsstreiber bei Grundwerbungen. Eine Petition von angeblich benachteiligten Grundbesitzern wird der Regierung als Material überwiesen. — Die sehr erheblichen Forderungen für Waffenbeschaffung und Artilleriematerial bringen eine Auseinandersetzung über die Frage der Beteiligung der Privatindustrie an der Herstellung der Waffen. Die Militärverwaltung erklärt, daß die Privatindustrie sehr stark beteiligt ist, aber die Militärverwaltung müsse sich so selbständig halten, daß sie der Privatindustrie nicht auf Gnade und Ungnade ausgeliefert werde. Die Zeiten des Pulverringes seien vorbei und sie dürften nicht wiederkehren. Die an die Privatindustrie gezahlten Preise seien im allgemeinen normale.

Die gesamten einmaligen Ausgaben im Betrage von 83 1/2 Millionen Mark werden, soweit sie nicht schon durch das Rotgesetz bewilligt sind, genehmigt. In gleicher Weise werden die einmaligen Ausgaben im sächsischen und württembergischen Militäretat im Betrage von 10 1/2 Millionen und 2.867.000 M. bewilligt. Diese Summen verteilen sich auf 226 Positionen.

Im außerordentlichen Etat werden 41 Millionen Mark gefordert, darunter 31 Millionen für Landbesetzung. Ueber die Notwendigkeit der einzelnen Forderungen herrschen sehr geteilte Meinungen, die Mitteilungen, die hier gemacht werden, sind aber nicht für die Deffinitivität bestimmt. Bei dieser Gelegenheit wird die schon beim Rot-Etatgesetz erörterte Frage, welche von den Ausgaben auf den ordentlichen Etat, welche auf Anleihe zu nehmen sind, erneut eingehend besprochen. Das Junkertum möchte 10 Millionen in den ordentlichen Etat nehmen, ohne eigentliche logische Gründe dafür anzuführen zu können; denn es stehen im außerordentlichen Etat Ausgaben, die ebenso berechtigtweise in den ordentlichen Etat gehörten. Der Reichsschatzsekretär möchte am liebsten alle Ausgaben aus laufenden Mitteln bestreiten, das geht aber aus finanziellen Gründen nicht. Der Zentrumsantrag wird abgelehnt und die Forderungen werden nach der Vorlage der Regierung bewilligt. Damit ist die Beratung des Militäretats beendet.

Wahlprüfungskommission.

Nach der Feststellung des Berichtes über die Wahl Schad (Wahlkreis Eisenach-Dornbach), die bekanntlich beanstandet worden ist, prüfte die Kommission die Wahl des freistimmigen Abgeordneten Stengel (Wahlkreis Rügen-Stralsund), gegen die ein konservativer Wahlprotest vorlag. In dem Protest wurde amtliche Wahlbeeinflussung behauptet, weil in einem Kreisblatt für Stengel ein Wahlausruf ohne Unterschrift abgedruckt war, von dem angenommen wurde, er sei auf Veranlassung des zurückgetretenen Landrats gedruckt worden, während konservative Wahlausrufe nicht aufgenommen, sondern zurückgewiesen wurden.

Die Mehrheit der Kommission hielt dies für keine amtliche Wahlbeeinflussung, erklärte die betreffende Protestbehauptung überhaupt für nicht genügend substantiiert und — da die übrigen Behauptungen des Protestes unerheblich waren — die Wahl Stengels für gültig.

Dann gelangte die Wahl des konservativen Abgeordneten v. Richthofen-Damsdorf (Wahlkreis Schweidnitz-Striegau) zur Prüfung. Bei der Hauptwahl waren Stimmen abgegeben worden für v. Richthofen 10.042, für Feldmann (Soz.) 8841, für den freistimmigen 4127, für den Antisemiten 2043. Bei der Stichwahl erhielt v. Richthofen 15.608, Feldmann 8805 Stimmen. Gegen die Wahl liegt ein Protest des Kaufmanns Reinhold Seidel aus Schweidnitz vor, der Ungültigkeit der Wahl beantragt wegen amtlicher Wahlbeeinflussung seitens des Reichsanwalters Fürsten Bälow! Der Chefredakteur der „Täglichen Rundschau“ für Schlesien und Posen, D. Toppel in Schweidnitz, hat auf eine die Wahl betreffende Anfrage beim Reichsanwalt von diesem folgenden Bescheid erhalten, den er in genanntem Blatte (Nr. 20 vom 24. Januar) zum Abdruck brachte:

„In meinem Briefe an den Generalkonstant v. Liebert habe ich deutlich ausgesprochen, worauf es in dem gegenwärtigen Wahlsampfe ankommt, und habe unter den zu beämpfenden Gegnern die Sozialdemokratie in erster Linie genannt.“

Korreferent und Korreferent hielten diese Beeinflussung für unerheblich und beantragten, die Behauptung des Protestes für unbeachtlich zu erklären. Unser Vertreter in der Kommission

wies dagegen die Schwere dieser Wahlbeeinflussung nach und beantragte, die Behauptung des Protestes als für genügend substantiiert und erheblich zu erklären. Nach längerer Debatte wurde dieser Antrag mit 8 gegen die 5 Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen angenommen.

Die Minderheit hielt die Wirkung der reichsanwaltlichen Beeinflussung für so gering — einer der Herren bezeichnete das Telegramm des Reichsanwalters als trivial und fade — daß sie für Gültigkeit der Wahl eintret, während wieder unser Genosse Ungültigkeitserklärung beantragte. Auch dieser Antrag wurde mit 7 Stimmen — Zentrum, Polen, Freistimmige, Sozialdemokrat — gegen die 6 Stimmen der Konservativen, Nationalliberalen und des Antisemiten angenommen und die Wahl für ungültig erklärt!

Aus der Partei.

Strafkonto der Arbeiterbewegung.

Im Monat März wurde gegen in der modernen Arbeiterbewegung tätige Genossen von deutschen Gerichten auf 1 Jahr, 10 Monate, 1 Woche Gefängnis, 12 Tage Haft und 2019 M. Geldstrafe erkannt.

„Der Volksfreund“, das Parteiblatt für die ost-sächsischen Reichstagswahlkreise, wird einer einschneidenden Umgestaltung unterworfen. Die Zeitung erschien bisher als Kopfblatt der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ mit einem eigenen lokalen Teile, der wie die ganze Zeitung in Dresden gedruckt und redigiert wurde. Damit aber waren erhebliche Verzögerungen verbunden und es konnte daher der „Volksfreund“ besonders im lokalen Teile nicht so aktuell sein, wie es namentlich die Genossen in der Oberlausitz wünschten. Um dem Uebelstande abzuhelfen, wird die „Sächsische Arbeiterzeitung“ unter Verwendung ihrer Ueberschüsse eine besondere Druckerei für den „Volksfreund“ in Jittau einrichten. Vorläufig soll der „Volksfreund“ insofern noch Kopfblatt der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ bleiben, als der politische und gewerkschaftliche Teil aus dem Dresdener Parteiblatt zusammengestellt und durch Stereotypplatten nach dem neuen Druckorte übermittelt werden soll, während für den lokalen Teil eine besondere Redaktion und Seyerei in Jittau in Aussicht genommen ist. Das neue Parteiuunternehmen soll am 1. April 1908 in Betrieb sein. Doch kommt die Neuerung nur für die drei Lausitzer Wahlkreise in Betracht. Für den 7., 8. und 9. Wahlkreis und teilweise auch für den 4. und 6. bleibt es bei dem jetzigen Zustande mit einer Lokalredaktion und dem Druck in Dresden. Der Plattenbezug des „Lausitzer Volksfreundes“ von Dresden soll aber nur eine vorübergehende Einrichtung sein. Für später ist die völlige Selbstständigkeit des „Volksfreundes“ für die Lausitz geplant.

Der „Volksfreund“, der demnächst in eine neue Entwicklungsperiode eintritt, ist 1891 als „Wegweiser der Sächsischen Arbeiterzeitung“ mit 1800 Abonnenten als wöchentlich dreimal erscheinendes Blatt gegründet worden, das damals auf acht Wahlkreise verteilt war. Seitdem ist in einem Teile des Verbreitungsbezirks die „Sächsische Arbeiterzeitung“ eingeführt worden. Bis 1898 entwickelte sich das Blatt nur langsam. Es hatte da erst 3500 Abonnenten. Bald ging es aber besser vorwärts. 1899 waren bereits 4500 Abonnenten zu meistern, die im folgenden Jahre auf über 5000 anwachsen. Im Oktober 1900 wurde der „Volksfreund“ in ein Tagesblatt umgewandelt. Nun ging es rascher vorwärts, 1901 wurden bereits trotz Verkleinerung des Verbreitungsbezirks 6500 Abonnenten erreicht, 1902 7600. Jedes Jahr brachte 1000 bis 2000 neue Abonnenten, bis die letzte Reichstagswahl einen erfreulichen Sprung nach vorwärts von 14.000 auf 17.000 Abonnenten ermöglichte, die im März und April dieses Jahres auf 18.500 angewachsen sind.

So bietet der „Volksfreund“ ein Bild von der Entwicklung der sächsischen Parteipresse im einzelnen. Aber auch bei der jetzigen Umgestaltung folgt der Verlag einem Bedürfnisse, das sich in einzelnen Gebieten Sachsens und jedenfalls auch in außersächsischen Distrikten immer dringender bemerkbar macht, nämlich der Verkleinerung der Verbreitungsbezirke für die Parteipresse. Auf diesem Wege läßt sich allein dem Bedürfnisse nach größerer Veranschaulichung der vorzunehmenden Rechnung nach. Ohne eingehendere Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse werden wir aber in vielen ländlichen Bezirken und Mittelstädten nicht in der gewünschten Weise in die Bevölkerung eindringen können.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Die „ungeeigneten“ Sozialdemokraten. Eine Hausväter-Versammlung in Groß-Ottersleben wählte am 19. Februar fünf Arbeiter als die für sie geeignetsten Personen in den Schulvorstand. Am 1. April erhielten nun die gewählten Genossen nachstehendes Schriftstück:

Landrat Wanzleben, den 22. März 1907.

Die Befähigung Ihrer in der Hausväter-Versammlung am 19. Februar d. J. erfolgten Wahl zum Mitgliede des Schulvorstandes des Schulverbandes Groß-Ottersleben-Gemedenstedt wird hierdurch verweigert, weil Sie zur Verwaltung dieses Amtes nicht geeignet erscheinen...

Aus welchen Gründen diese Arbeiter nicht geeignet erscheinen, wird nicht angegeben, aber es wird sehr leicht zu erraten sein, wenn wir mitteilen, daß die Gewählten dem sozialdemokratischen Verein und der gewerkschaftlichen Organisation angehören.

Soziales.

Direktor Bonn vor dem Gewerbegericht.

Mit der alten Streitsache von Theaterarbeitern gegen Ferdinand Bonn hatte die Kammer 7 des Berliner Gewerbegerichts sich in ihrer letzten Sitzung wieder einmal zu befassen. Es wurde ein zweites Beschlusseurteil in neun Streitsachen gefällt, gegen das ein Einspruch nicht zulässig ist. Ueber die prinzipielle Stellungnahme des Gewerbegerichts zu den aufgeworfenen Rechtsfragen haben wir seinerzeit ausführlich berichtet. Die Parteilichkeit des offensichtlich mit Recht beflagten Theaterdirektors dürfte noch mehr pathologischen als antisozialen Gründen ihre Entstehung verdanken.

Arbeiterwohnungen auf Rittergütern.

Auf dem Rittergut des Barons v. Amstvorstehers Durant in Varanowij bei Sohraw in Oberpommern (Kreis Rügen) kürzte dieser Tage das an der Einfahrtsstraße zum Schloß belegene Arbeiterwohnhaus ein und begründete eine alte Arbeiterin, deren 40-jährige Tochter und den 18-jährigen Enkel. Die drei Personen wurden als Leichen aus dem Schutt hervorgezogen. Dem Unfall ist es zu danken, daß der Einsturz des völlig baufälligen Hauses nicht noch mehr Opfer erfordert hat. Der jedem kulturellen Bedürfnis hochsprechende Zustand der meisten ländlichen Arbeiterwohnungen ist eine nationale Schmach für Preußen. Für diese „nationale Politik“ trägt die von der konservativ-liberalen Paarung gestiftete agrarische Politik des Reichsanwalters die moralische Verantwortung.

Vermischtes.

Den Bankier erschossen. In Paris wurde gestern der Bankier Benoist, Herausgeber eines Finanzblattes, in seinem Bureau von einem seiner Kunden namens Carrot erschossen. Der Mörder wurde verhaftet; er gab an, Benoist habe ihn um 50.000 Franks betrogen.

Die Granaten an Bord der „Jena“. Gestern ist nach einer Meldung aus Toulon mit der Entfernung der an Bord der „Jena“ noch befindlichen Granaten begonnen worden und sind zu diesem Zwecke die umfassendsten Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden.

Die russische Revolution.

„Wahrhaft Russisches“.

Petersburg, 11. April. In der heutigen Sitzung der Reichsduma forderte der Vizepräsident des Verbandes wahrhaft russischer Leute Purischewitsch die Dumamitglieder auf, sich zu Ehren der von Revolutionären Ermordeten von ihren Sigen zu erheben. Als Präsident Solowin hierauf erklärte, dies gehöre nicht zur Tagesordnung, rief Purischewitsch: „Sie sind nicht Präsident der Duma, sondern der Linken.“ Solowin schlug darauf auf Grund des § 35 des Duma-reglements vor, Purischewitsch von der Sitzung auszuschließen. Die Duma nahm den Vorschlag mit großer Mehrheit an, worauf Purischewitsch und Krupenski den Saal unter Drohrufen gegen den Präsidenten verließen.

Ein zweites Telegramm meldet über die Angelegenheit: Petersburg, 11. April. (Reichsduma.) Bei dem Wortwechsel, der sich zu Beginn der heutigen Sitzung zwischen Purischewitsch, dem Vizepräsidenten des Verbandes des russischen Volkes, und dem Präsidenten Solowin entspann, rief Purischewitsch: „Die ganze Duma hat sich beim Tode des Dr. Jollos erhoben; dasselbe muß jetzt zu Ehren der von Revolutionären ermordeten Polizeigenossen und Gendarmen geschehen.“ „Es ist eine Schande!“ rief Purischewitsch noch, nachdem ihm das Wort entzogen worden war; „diese Duma ist keine russische; man erlaubt etwas Robitschew, weil er zu Euch gehört, und verbietet es mir, weil ich nicht zu Euch gehöre.“ Als Purischewitsch den Saal verlassen mußte, begleitete ihn der Monarchist Krupenski, der die anderen Deputierten aufforderte, seinem Beispiel zu folgen. Niemand gehorchte. Präsident Solowin ergriff alsdann das Wort und bemerkte, der Antrag Purischewitsch hätte zugelassen werden können, wenn dem Präsidenten vor der Sitzung davon Mitteilung gemacht worden wäre; es könnte sonst jeder Deputierte die Tagesordnung nach seinem Gutdünken abändern. Die Duma ging darauf zur Weiterberatung der Agrarfrage über.

Die Agrarfrage.

Petersburg, 11. April. (Reichsduma.) Bei der Beratung der Agrarfrage treten die Redner der Linken wieder für Zwangsenteignung ohne Rückkauf ein. Schingarioff (Radetki) polemisiert gegen die Rechte und gegen die Linke; er wirft den Rednern der Rechten vor, ihre Reden seien ohne Ernst, den Rednern der Linken wirft er vor, ihre Reden hätten einen utopistischen Charakter. Am Schlusse seiner Rede spricht Schingarioff die Ueberzeugung aus, daß der Entwurf der konstitutionell-demokratischen Partei als der allein praktische Erfolg haben werde. — Karauloff (Kosak) fordert zu friedlicher Tätigkeit auf; Gewalttätigkeit könne niemals produktiv sein.

Der Präsident Solowin teilt mit, daß 33 Abgeordnete einen Protest gegen die Ausschließung des Abgeordneten Purischewitsch eingebracht hätten und daß weiter eine Reihe von Kritiken über des Präsidenten Haltung bei dem Zwischenfall Purischewitsch eingegangen seien. Solowin erklärt, kein Abgeordneter habe das Recht, dem Präsidenten Vorhaltungen zu machen. Er werde deshalb den Protest nicht verlesen, ihn aber dem Protokoll beifügen, damit alle Deputierten sich ein Urteil bilden könnten, wer recht, wer unrecht gehabt habe. (Beifall links und im Zentrum.)

Um 6 Uhr wird die Sitzung geschlossen.

Solowin.

Petersburg, 11. April. Der Dumapäsident Solowin hat in Schreiben an den Ministerpräsidenten Stolypin gerichtet, in dem er die Notwendigkeit betont, seine Rechte zu wahren, und ersucht, die Dumapolizei nur mit Genehmigung des Präsidenten in die Räume der Duma zuzulassen. Der Konflikt zwischen dem Präsidium der Duma und dem Ministerpräsidenten Stolypin verschärft sich, auch die sehr gemäßigte Zeitung „Sowos“ bestreitet dem Ministerpräsidenten das Recht, die Zuziehung von Experten zu den Kommissionssitzungen der Duma zu verbieten.

Die Duma in Zahlen.

Nach den Feststellungen der Kommission gruppieren sich die Mitglieder der Duma endgültig wie folgt: Sozialdemokraten 64, revolutionäre Sozialisten 34, Volkssozialisten 14, Arbeiterpartei 100, Muhammedaner 30, Kosaken 17, Kadetten 91, Polen 46, Partei der demokratischen Reformen 1, Parteiloze 50, Gemäßigte und Liberalisten 32, Monarchisten 22.

System Stolypin.

Das russische Ministerium des Innern ersuchte alle Gouverneure, dafür Sorge zu tragen, daß alle von der russischen Regierung subventionierten Blätter die stenographischen Berichte der Reichsdumaverhandlungen über die Reden der sozialistischen Redner unter keinen Umständen bringen, da hierdurch lediglich die revolutionäre Agitation gefördert werde. Regierungserklärungen müssen dagegen die weiteste Beachtung seitens der Redaktion finden.

Petersburg, 11. April. Der Minister des Innern hat mittels Zirkularbefehle den Gouverneuren den Auftrag gegeben, während der Osterwoche keine Versammlungen zu dulden, in denen Dumaabgeordnete sprechen wollten!

Ausgeperrt

Petersburg, 11. April. (W. T. B.) Laut Mitteilung der Direktion der Brianster Werke haben ihre sibirischen Werke in Jekaterinoslaw annähernd 5000 Arbeiter entlassen, nachdem größere Unruhen auf den Werken entstanden waren, bei denen unter anderem auch der Gehülfe des Fabrikdirektors und ein Genbarmerieoffizier ermordet worden sind. Die Werke stehen bis auf weiteres still. Im ganzen werden durch diese Maßnahme etwa 20000 Menschen in Mitleidenschaft gezogen.

Wofür Geld da ist.

Petersburg, 11. April. Unter dem persönlichen Vorfig des Marineministers Dikow wird ein Flottenbauplan für den Beginn des Jahres einer Schiffsliste im laufenden Jahre ausgearbeitet, der nicht auf den Bau einer kleinen Verteidigungsklasse und von Torpedobooten beschränkt wird. Die Schiffe sollen auf russischen Werften gebaut werden. Das Marineministerium hat einen verbesserten Typ eines Schlachtkreuzers Modell „Dreadnought“ ausgearbeitet, das 22 800 Tonnen Displacement erhalten und eine Geschwindigkeit von 21 Knoten zu erzielen imstande sein soll. Als schwere Artillerie sind 10—12öckige Geschütze vorgesehen. Die Baukosten des Schiffes, das mit Turbinenmaschinen ausgerüstet werden soll, sollen sich auf 21 800 000 Rubel belaufen.

Eine grandiose Reform.

Petersburg, 11. April. Die „Rowoje Bremeja“ meldet, daß die gesamte russische Kavallerie wieder solche Uniformen erhalten solle, wie sie sie unter Alexander II. besaß.

Verbandstag der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Zweiter Verhandlungstag. Vormittagsitzung.

Leipzig, 10. April

Marx, Redakteur, wendet sich scharf gegen die Art der Zöbblerschen Kritik des Verbandsorgans. Als Aufsichtsinanz hätte der Vorstand eher eingreifen müssen, wenn das Organ nicht so beschaffen war, wie die Verbandskollegen wünschen.

Buch, Bezirksleiter in Hamburg, legt die Gründe auseinander, die ihm zu seiner Kündigung den Anlaß gegeben haben. Das Auftreten Zöblers ihm gegenüber sei derartig gewesen, daß er nicht anders habe handeln können.

Zöbler behauptet, der Vorgang habe sich anders abgespielt, als Buch ihn dargestellt. Bei ruhiger Ueberlegung hätte Buch nicht gekündigt.

Bendler, Verbandsmitglied, sekundiert Zöbler und Zimmermann. Hamburg wünscht die Zurücknahme der Kündigung Buchs. Die Hamburger Kollegen hätten gegen den Vorstand schon andere Schritte unternehmen wollen, nur die bevorstehende Generalversammlung habe sie davon abgehalten.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden erklärt die Generalversammlung, sie betrachte die Differenz zwischen Buch und Zöbler als einen persönlichen Streit. Sie fordert Buch einstimmig auf, seine Kündigung zurückzunehmen.

In ihren Schlussworten stellen der Vorsitzende, der Kassierer und der Vorsitzende des Ausschusses und der Prek-Kommission die in der Diskussion gemachten Ausführungen der Delegierten richtig. Hervorgehoben wollen wir, daß Genosse Keinerl Wert darauf legte, daß seine Ausführungen über die Maßfeierunterstützungen irrtümlich aufgefaßt worden seien. Es könne keine Rede davon sein, daß er als Sozialdemokrat Gegner der Maßfeierdemonstration sei. Er habe gemeint, daß über die Frage, wer die wegen der Maßfeier Gemahregelten unterstütze, nur die Organisation selber zu entscheiden habe.

Marx, Redakteur, führt u. a. aus: Der Verband und auch das Nachorgan stehen auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung und haben wir keinen Grund, seinen sozialdemokratischen Charakter zu verbergen.

Der Verbandstag beschloß, 2000 bis 2500 M. zu bewilligen, damit Verbandsbeamte und befähigte Kollegen an den gewerkschaftlichen Unterichtskursen in Berlin teilnehmen können. In der Verhandlung wurde lange besprochene Streiffrage, die Auszahlung der Unterstützungen für die wegen der Maßfeier ausgesperrten Berliner Lackierer betreffend, entscheidet die Generalversammlung mit 48 gegen 38 Stimmen, die der Berliner Filiale entstandenen Kosten nicht zu ersetzen.

Am Beginn der Nachmittagsitzung erhoben sich die Delegierten zum Andenken an den verstorbenen Genossen Ignaz Auer von den Plänen. Nach Eintritt in die Tagesordnung werden die Anträge der Filialen Kiel, Straßburg, Köln und Nürnberg, ihnen ihre Schulden bei der Hauptkasse zu erlassen, abgelehnt. Hierauf wurde dem Hauptvorstand, dem Kassierer, dem Ausschuss und der Prek-Kommission einstimmig Discharge erteilt. In seinem Referat über: Agitation begründet Zöbler eine Vorlage des Vorstandes, die sehr umfangreich ist und fordert, daß die 12 Agitationsbezirke, die bisher bestanden, in 8 Bezirke neu aufgeteilt werden sollen. In der Debatte, die auch den morgigen Vormittag in Anspruch nehmen wird, wurde gegen diese Vorstandsvorlage hauptsächlich eingewendet, daß nicht eine Vergrößerung, sondern umgekehrt eine Verkleinerung der Agitationsbezirke notwendig sei. Mehrere Delegierte halten die Neueinteilung besonders deswegen für verfehlt, weil erst vor kurzer Zeit einzelne Bezirke neu aufgeteilt wurden.

Neunter Verbandstag des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Hamburg, 11. April.

Vierter Verhandlungstag.

Die Debatte über die Unterstützungseinrichtungen zeitigte nichts Neues; die meisten Redner traten für die Annahme der Vorstandsanträge ein. In seinem Schlusswort verteidigte Brandmohr diese Anträge, deren Annahme er als im Interesse des Verbandes empfiehlt.

Der Antrag Berlin auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung wird zurückgezogen.

Ein Antrag, über die Einführung der Krankenkasse im Prinzip abzustimmen, fand die nötige Unterstützung. Sodann wurde in nennenswerter Abstimmung mit 109 gegen 23 Stimmen die Einführung dieses Unterstützungszweiges beschlossen. Mit großer Mehrheit wird die Vorlage des Vorstandes an bloß angenommen.

Ueberfragen des Bauarbeiterzuges referierte der Sekretär der Zentralkommission Heinle-Hamburg, der an der Hand eines reichhaltigen Materials auf die vielen Begehungs- und Unterlassungsfinden auf dem beregten Gebiete einging. Sein Referat dedit sich inhaltlich mit dem von ihm über dieselbe Materie gehaltenen und von uns ausführlich mitgeteilten auf dem Verbandstage der Maurer in Köln, so daß wir von einer Wiederholung Abstand nehmen.

Aus Industrie und Handel.

Die Deutschen Kabelwerke A. G. in Vorhagen erzielten im letzten Jahre einen Bruttogewinn von 1 288 864 M., im Vorjahre 7 Monate, 692 584 M. Aus dem Reingewinn von 474 853 M. erglengen 7 Proz. Dividende zur Verteilung.

Der Konstruktionsfehler im Kohlenyndikat. Die Hüttenzweigen hatten den reinen Zechen einige Konzeffionen gemacht, die aber die eigentliche Anstimmigkeit nicht treffen. Wie die „Kölnische Zeitung“ mitteilt, bestehen diese Konzeffionen darin, daß die Hüttenzweigen diejenigen Mengen ihres Selbstverbrauchs, die sie aus ihrer Syndikatsbeteiligung decken wollen, durch feste Jahresabschlüsse vom Syndikat zurückkaufen und somit für diese Mengen auch die Umlage an das Syndikat zu entrichten haben. Dem Syndikat wird dadurch ein Ueberblick über die zu seiner Verfügung stehenden Mengen ermöglicht. Um andererseits aber auch dem Umstande Rechnung zu tragen, daß der Arbeitermangel, der bis auf weiteres als höhere Gewalt gilt, einen erheblichen Anteil an den Lieferungen der Zechen hat, ist man dahin übereingekommen, den Durchschnitt der Lieferungen der reinen Zechen, in dem sich die Wirkungen des Arbeitermangels am reißenden widerpiegeln, auch für die Hüttenzweigen zugrunde zu legen. Mit anderen Worten heißt das: Die Hüttenzweigen verpflichten sich, die Umlosten der Syndikatsverwaltung usw. nach Maßgabe ihrer Beteiligungsziffer beim Syndikat durch Zahlung der Umlage zu tragen. Zugleich wird für die Bemeisung der hierbei auf die reinen Zechen entfallenden Beträge der Durchschnitt der von den reinen Zechen geleisteten Lieferungen zugrunde gelegt. Diese Konzeffion der Hüttenzweigen bedeutet aber nicht, daß sie sich zur vollen Lieferung der nach Maßgabe der Beteiligungsziffern auf sie entfallenden Mengen an das Syndikat verpflichten. Die wesentlichste Bedeutung hat aber die Frage des Selbstverbrauchs. Die reinen Werke sind mit ihrer Förderung an die Beteiligungsziffer gebunden, die Hüttenzweigen dagegen können ihre Förderung beeinflussen durch den Selbstverbrauch, das heißt in der Hauptsache den

Verbrauch in den Hüttenwerken. Geht die Konjunktur zurück, werden Förderbeschränkungen notwendig, dann stellen die Hüttenzweige ihre volle Beteiligung dem Syndikat zur Verfügung. Dadurch werden sie von der Förderbeschränkung weniger betroffen, die reinen Werke dagegen stärker. Nach dieser Richtung hat man den reinen Werken keine Konzeffionen gemacht.

„Kummer“-Gade. Bei der Schlussverteilung aus der Konkursmasse der Kummer-Elektrizitätswerke sind, wie dem „T. B.“ geschrieben wird, 15 000 867 M. nicht bevorrechtigte Forderungen zu berücksichtigen. Der nach bereits erfolgter Auszahlung von 26 1/2 Prozent Dividende verfügbare Restbetrag beträgt 151 700 M. Dierob ist noch das Honorar an die Mitglieder des Gläubiger-ausschusses und ein geringer Betrag für eventuelle Mehrausgaben zu kürzen. Es ist somit auf eine Schlussquote von etwa 1/2 Proz. zu rechnen, so daß die Gesamtdividende 27 1/2 Proz. betragen dürfte.

Gerichts-Zeitung.

Kaiser Wilhelm II. mit einer Klage kostenpflichtig abgewiesen.

Nicht weit des Jagdschlosses des Kaisers in Rominten befindet sich das einzige dortige Gasthaus, genannt „Kaiserhotel“. Eine Erlaubnis für den Gastwirtsbetrieb war nicht nachgesucht, weil angenommen wurde, daß eine solche für einen Betrieb auf dem Grundst. des Kaisers nicht nötig sei.

In dem Gasthause verkehrten mit der kaiserlichen Diener, die Chauffeur und im Sommer auch circa 200 Arbeiter, die in Rominten bei Warten und dergleichen Arbeiten beschäftigt waren. Besonders die Letzteren, da sie in Ställen und Scheunen untergebracht waren, suchten sich für ihre freien Stunden einen besseren Aufenthalt und verkehrten dann im Gasthause „Kaiserhotel“, wo sie sich bei Tanz und Musik, so gut es ging, amüsierten. Da das Hotel sehr leicht gebaut ist, hörte sich dabei verursachte Geräusche schlimmer an, als es in Wirklichkeit war. Das Hofmarschallamt strengte als Vertreterin des Kaisers gegen den Pächter die Ermittlung an. Die Klage auf Aufhebung des auf zwölf Jahre lautenden Pachtvertrages wurde damit begründet, der Pächter fordere die Wöllerei, auch werde durch den Hotelbetrieb oft die Ruhe gestört.

Die sehr umfangreiche Beweisaufnahme, zu der 36 Zeugen vor dem Insterburger Landgericht geladen waren, ergab nichts für die zur Begründung der Klage aufgestellten Behauptungen. Selbst ein als Zeuge vernommener Gast des Kaisers und der Verwalter des kaiserlichen Schlosses bezeugten, daß sie von einer Aufseherung oder Wöllerei nichts wahrgenommen hätten. Es wurde daher auf kostenpflichtige Abweisung der Klage erkannt.

Strafbare Kritik polizeilicher Orkesundkenntnis.

Der Spandauer liberale Wahlverein hatte zum 15. Januar er. nach dem „Roten Adler“ eine Wählerversammlung einberufen. In dieser Versammlung hatten sich auch mehrere Frauen eingeschunden. Der überwachende Polizeibeamte, Kommissar Geny, verlangte nun von dem Vorsitzenden der Versammlung, dem Lehrer Ambeel, daß er die Frauen zum Verlassen des Saales auffordern sollte, andernfalls die Versammlung aufgelöst würde. Der Vorsitzende erließ auch diese Aufforderung. Hierbei entstand bei den zahlreich anwesenden Sozialdemokraten eine gerechte Empörung. Schließlich wurden die Frauen doch entfernt. Die Versammlung tagte weiter. In der Diskussion, welche dem Vortrage des liberalen Kandidaten Dr. Freund folgte, kritisierte der Genosse Schriftfcher Wilhelm Reich das Verhalten des Polizeibeamten. Er wies auf das jugendliche Alter des Kommissars hin und gab den Liberalen schuld, wenn sie sich eine solche Behandlung gefallen ließen. Bei seiner Kritik gebrauchte er das Wort Schikanierung. Der Amtsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis. Der Verteidiger Dr. Karl Liebmacht plädierte auf Freisprechung. Das Gericht erkannte auf 100 Mark Geldstrafe. Die Verlesung wird nur in dem Worte Schikanierung erblickt. Bei Abmessung der Strafe hatte das Gericht noch strafmildernd in Betracht gezogen, daß zur Zeit der Wahlbewegung allgemein eine gewisse Erregtheit herrschte.

Rechte eingewandter Beamter.

In Kassel einberufen wurden durch Befehl vom 30. März 1906 mehrere Nachbargemeinden, darunter Wählerhausen. Der zwischen Wählerhausen und Kassel vorher geschlossene Eingemeindungsvertrag enthält eine Bestimmung, wonach mit dem Zeitpunkt der Vereinigung der Gemeinden die Gemeindefunktionen von Wählerhausen mit ihren Ansprüchen auf Gehalt, Aufgehalt usw. in den Dienst der Stadt Kassel übertraten. Weiter heißt es: „Der Magistrat wird diesen Gemeindefunktionen ihrer Befähigung und Vorbildung entsprechende Dienststellungen anzuweisen.“ Die Kasseler Behörden brachten nun Herrn Braun, den bisherigen Polizeikommissar von Wählerhausen, bei einer städtischen Steuerabfertigungsstelle der indirekten Steuer unter. Nach zwei Tagen verließ er diese Stellung, weil er meinte, sei absolut nicht gleichwertig seiner früheren Stellung eines Polizeikommissars. Er erklärte, es sei eine Assistenzstelle, wie sie niedriger die Stadt Kassel garnicht vergeben könne. Da Braun trotz mehrmaliger Anordnung des Magistrats, den Dienst weiter zu tun, bei seiner Weigerung verblieb, weil er eine seiner früheren Stellung nicht gleichwertige nicht übernehmen brauche, so nahm ihn der Oberbürgermeister zweimal in Ordnungstrafen von je 9 M. — Beschwerden Brauns hatten keinen Erfolg. Auf Anordnung des Regierungspräsidenten, der mit dem Disziplinarverfahren auf Umdeutung drohte, trat er zwar den Anfang April 1906 verlassenen Dienst im Mai wieder an, behielt sich aber seine Rechte vor und klagte gegen den Bescheid des Regierungspräsidenten. Er beantragte beim Oberverwaltungsgericht die Aufhebung der Ordnungsstrafen. Neben dem, was er früher zur Begründung seiner Weigerung geltend gemacht hatte, vertrat er prinzipiell den Standpunkt, daß eine Gemeinde überhaupt nicht durch Vertrag mit einer anderen Gemeinde ihren bisherigen Beamten die Uebernahme einer anderen Anstellung auferlegen könne. Wenn man ihn nicht als Polizeikommissar habe übernehmen können, dann hätte man ihn unter Befreiung seiner Bezüge freigegeben müssen.

Das Oberverwaltungsgericht gab der Klage statt, hob den Bescheid des Regierungspräsidenten auf und setzte die Disziplinar-Ordnungsstrafen außer Kraft. Die Begründung ging dahin: Das Gericht sei dem Mäger allerdings nicht darin gefolgt, daß der Magistrat überhaupt nicht befugt gewesen wäre, ihm ein anderes Amt zu übertragen, wenn er nicht das eines Polizeikommissars zu vergeben hätte, wie es hier (da königliche Polizei in Kassel) der Fall sei. Es sei vielmehr anzunehmen, daß der Magistrat auf Grund des Eingemeindungsvertrages befugt gewesen wäre, ihm ein anderes, seiner Vorbildung und Befähigung entsprechende Amt zu übertragen. Und zwar deshalb, weil der Eingemeindungsvertrag nicht nur ein Vertrag zwischen den beiden beteiligten Gemeinden wäre, sondern ein Teil des Gesetzes über die Eingemeindung geworden sei. Unter der „Vorbildung und Befähigung“, der das neue Amt entsprechen solle, sei nicht die individuelle Vorbildung und Befähigung des einzelnen Beamten zu verstehen, sondern die dem bisherigen Amte entsprechende. Dieser objektiven Vorbildung und Befähigung seines früheren Amtes als Polizeikommissar entspreche aber nicht das Amt, das der Magistrat von Kassel dem Mäger übertragen habe. Seine Verweigerung der Uebernahme sei deshalb gerechtfertigt gewesen und die Ordnungsstrafen müßten aufgehoben werden.

Verein der Droschkenführer
Berlins und Umgegend.
Mitgliedschaft IV des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.
Unter Bezugnahme auf die Wahlen der Delegierten zur Haupt-Generalversammlung des Verbandes teilen wir mit, daß die Kollegen **Karl Kranz** und **Wih. Knäuper** mit aboluter Majorität als solche gewählt worden sind. Eine Stichwahl findet demgemäß nicht statt.
Die Ortsverwaltung IV.

Kenner
rauchen
Zenith-
Zigaretten

Für Ausflügler
empfehlen wir:
Märkisches Wanderbuch.
Preis 2,50 M.
Wanderbuch für die Mark Brandenburg
und angrenzende Gebiete.
Preis 1,50 M.
Wanderführer mit Karten-Atlas für Oberspree und Dahme.
Preis 1,00 M.
Wanderführer mit Karten-Atlas für den Grunewald.
Preis 1,00 M.
Spezialkarten
für alle Ausflugsorte der näheren u. weiteren Umg. Berlins im Preise von 0,50-1,50 M.
Radfahrerkarte von Berlin
Preis 1,75 M.
Radfahrerkarte von Brandenburg
Preis 2,50 M.
Expedition des „Vorwärts“,
Berlin SW., Lindenstraße 69, Laden.

Arbeiter-Bekleidung
Größtes Spezialgeschäft
Kohnen & Jöring
Hauptgeschäft: Alexanderstraße 12
zwischen Alexanderpl. u. Jannowitzbr.
2. Geschäft: Landsberger Allee 148,
Ecke Langenbeckstraße.
Berufskleidung
f. alle Zweige d. Industrie u. Gewerke.

H. Zimmermann
Berlin SO., Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung.
Eigene Werkstatt für Reparatur u. Reparatur.
Streng reell — Billigste Preise.

Billigste Bezugsquelle
für
Monats-Garderoben.
Die schönsten Herren-Paletots und Anzüge in getragener, speziell Monatsgarderobe von 9 M. an. Von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sowie Knaben- und Burschen-Anzüge und Arbeiter-Garderobe sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.
H. Kieferbaum, Prinzenstr. 33
zwischen Moritzplatz und Ritterstraße.
Bitte auf die Hausnummer zu achten.

A. Schneider u. Frau,
Goldsteinstraße 24.
Von der Reise zurück
Gertrud Rewald
Seringenstr. 68.

Spezial-Hut-Engroslager. Begründet 1873.
Neueste Moden der Saison
in Filzhüten, Jagdhüten, Zylinderhüten u. Chapeaux claque und Strohhüten.
Einzelverkauf zu außergewöhnlich billigen und streng festen Preisen!
Neue Königstraße 48, 1 Treppe,
drittes Haus vom Alexanderplatz.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Heute Freitag, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Einseher!
Sonntag, 14. April, finden in den unten verzeichneten Lokalen die **Bezirkssitzungen** statt. Alle Kollegen haben ihre Verbandsbücher mitzubringen.
1. Bezirk: Andreadstr. 26 bei Markowski.
2. Kopenhagenerstr. 74 bei Hubo.
3. Bredowstr. 11 bei Müller.
4. Rixdorf, Rosenstr. 24 bei Proll.
5. Bülowstr. 58 bei Wiemers.
6. Skaltnerstr. 59 bei Mix.
7. Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
8. Dieffenstr. 29 bei Zietz.
Der Obmann.

Branche der Vergolder.
(Barockrahmenvergolder.)
Montag, den 15. April er., abends präzise 8 Uhr, in der Alhambra, Wallnertheaterstr. 15:
Versammlung
aller in dieser Branche beschäftigten Kollegen.
Tagesordnung: 1. Die Zukunft der Rahmenvergolder. 2. Bericht über die Tätigkeit der Kollegen von der Vereinigung der Kunstfreunde erwünscht.
Der Vorstand.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Charlottenburg.
Sonntag, den 14. April, vormittags 9^{1/2} Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
im Volkshaus, Rosinenstr. 3 (großer Saal).
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Stöberer-Kommission zwecks Anstellung eines besoldeten Beamten und Wahl desselben.
2. Diskussion.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.
S. A.: Aug. Pohl.

Deutscher Senefelderbund.
(Verband der Lithographen, Steindruckern u. verw. Berufe.)
Freitag, den 12. April er., abends 8 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:
Große kombinierte Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Das Resultat der Generalversammlung in Danzow. Referent: Kollege **Hab.** 2. Hauptvorstandsberichterstattung.
Kollegen! Durch die Entfremdung des Reichsgerichts ist es den Rechtschuttsvereinen mit indirekter Unterstützung der Arbeitgeber gelungen, die Vertretung unserer gewerkschaftlichen Interessen zu erschweren; doch hat es die Generalversammlung in Danzow verstanden, den richtigen Weg zu finden, diesen Schlag zu parieren. Kollegen, aus diesem Grunde ist es Pflicht jedes einzelnen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Verwaltungen der Filialen Berlins.



Wer wäre nicht verzweifelt
auf der jahrelangen Suche nach einem gut sitzenden, eleganten, aber auch erschwinglichen Paar Stiefel immer wieder Enttäuschungen zu erleben.
Mit dem Erscheinen der MARKE
SALAMANDER
Einheitspreis Für Damen u. Herren Mk. 12.50
Luxusausführung Mk. 16.50
beginnt eine neue Epoche auf dem Gebiete der Fußbekleidung. In Berlin sowie in allen anderen deutschen Grossstädten werden
SALAMANDER-STIEFEL
von den Angehörigen der ersten Gesellschaftskreise getragen. Die täglich wachsende Zahl unserer Kunden spricht am besten für die Güte unserer Marke, die heute als das hervorragendste Erzeugnis der deutschen Schuhindustrie anerkannt ist.
Fordern Sie Musterbuch.
Salamander Schuh-Ges. m. b. H.
BERLIN
W., Friedrichstr. 102. C., Köpenickerstr. 47.
SW., Friedrichstr. 221.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Am 5. April verstarb unser Genosse
Max Pritsch.
Wir verlieren in ihm einen eifrigen und pflichtgetreuen Genossen.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Hiermit zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater
Ferdinand Dube
im Alter von 79 Jahren sanft entschlafen ist.
Diesem trübseligen Hebetritt an die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. April, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 9. April, verstarb mein lieber Mann und unser guter Vater, der Schloffer
Gustav Moebes.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 12. d. M., nachmittags 2^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Gnadenkirchhofes, Barfußstraße, aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen meinen aufrichtigen Dank, besonders den Genossen des sozialdem. Wahlvereins.
Im Namen der Hinterbliebenen
Witwe Nauck.
Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichlichen Krankspenden bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes und unseres Vaters sage allen Freunden und Verwandten, besonders der Firma Weigert nebst Personal hiermit unseren herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe
Anna Brunk nebst Kindern.

Danksagung.
Für die beweisende Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter sage allen Bekannten, Freunden und Nachbarn, auch den Kolonnen von Neu-Zitritzel unseren herzlichsten Dank.
Otto Seiler
nebst Kindern.

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein“
Mitglied des Arbeiter-Radsport-Bundes „Solidarität“.
Touren
Sonntag, den 14. April:
1. Abt. früh 8 Uhr nach Alt-Geltow (Thomann), nachmittags 1 Uhr nach Rosowen (Volksgarten). Start: Bülowstraße 58.
2. 4. und 5. Abt. früh 9 Uhr nach Rauen (Schützenhaus). Früh gemeinsamer Start: Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche, die Abteilungen an ihren Start 1/2, 1 Uhr nach Panketalde (M. Lehmann). Start: 2. Abt. Urbanstraße 7. 4. Abt. Küstnerplatz. 5. Abt. Ullmann.
3. Abt. früh 8 Uhr nach Schloß Hohenberg, nachmittags 2 Uhr nach Rautsberg (Domann). Start: Mariannenplatz.
6. Abt. früh 6 Uhr nach Beetz; nachmittags 1^{1/2} Uhr nach Rautsberg. Start: Genossenschaft, Oberbergerstr. 30.
7. Abt. früh 7 Uhr nach Neppelsee; nachmittags 1 Uhr nach Schönwalde (Sportplatz am Görner). Start: Grenzstraße 21 bei Wegner.
8. Abt. früh 6^{1/2} Uhr nach Königsdorf-Waltherhöfen; nachmittags 1^{1/2} Uhr nach Eichwalde. Start: Kriminalgericht.
9. Abt. nachmittags 1^{1/2} Uhr nach Hermannsdorf (Jordhaus, Augusta-Viktoriastr. 18). Start: Genossenschaft, Oberbergerstr. 30.

Greift zu!
den besten 41142*
Monatsanzüge 9,50 M.
Abonnementsanzüge 13,00
Faulbeisanzüge 11,00
Partisananzüge 12,00
Waldanzüge 14,50
Kurzanzüge, Ersatz f. Maß 20,50
Waldanzüge 9,50
Hosen 2,00
Zentral-Keller, Berlin SO., Neanderstraße 35.
8 Min. von Stadtb. Jannowitzbrücke, an der Adenauerstraße.
— Straßenbahn - Vergütung —

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
2. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 9. April verstarb durch Unfall im 27. Lebensjahre unser Mitglied, der Jüngerer
Emil Schulze,
Bezirk 74.
Ehre seinem Andenken!
Ort und Zeit der Beerdigung wird noch bekannt gegeben.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Küpenitzer Viertel.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Dachdecker
Ernst Laube
wohnhaft Falkensteinstr. 17, Stadtbezirk 108b, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. April, nachmittags 5^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Gnadenkirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis (Götlicher Viertel).
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Hausdiener
Max Poppen
wohnhaft Maxianenstr. 23, Stadtbezirk 90, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. April, nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Hiermit die künftige Nachricht, daß unser 1. Vorsitzender
Max Poppen
in der Nacht zum Mittwoch nach kurzem aber schwerem Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 14. April, nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes aus statt.
Ehrerbiedigen Andenken scheidet ihm der
Lotterie-Klub „Lustige Brüder“.

Am 10. April verstarb nach kurzem Krankenlager unser braver Kollege und langjähriger Mitarbeiter, der Schriftföhrer
Otto Arndt
im 50. Lebensjahre.
Das Personal der Buchdruckerei Gebrüder Ernst.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 14. April, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Gnadenkirchhofes, Veit, Tempelhofer Weg, aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schloffer
Max Haensch
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 12. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Pluskirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin u. Umgegend.
Bezirk Wedding.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege
Karl Stolzenberg
am Mittwoch, den 3. April, in der Reinfelderstraße infolge Betriebsunfalls verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 12. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Veitkirchhofes 44/45 aus statt.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen unseren herzlichsten Dank.
Witwe Emilie Deutsch
nebst Kindern.

Achtung!

Achtung!

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 12. April 1907, abends 8 1/2 Uhr, finden 30 Bezirks-Versammlungen aller zum Zweigverein Berlin gehörigen Zahlstellen und Bezirke der Maurer statt und zwar in folgenden Lokalen:

- Bezirk Westen bei **Zühlke**, Dennewitzstr. 18.
- " **Schöneberg** bei **Ohst**, Meiningenstr. 8.
- " **Süd-West** bei **Dinda**, Sneyfenaufstr. 67.
- " **Süden** im **Märkischen Hof**, Admiralstr. 18c.
- " **Süd-Ost** bei **Graumann**, Raunhynstr. 27.
- " **Osten I** in der **Königsbank**, Große Frankfurterstr. 117.
- " **Osten II** in den **Frachsälen des Ostens**, Frankfurter Allee 151.
- " **Nord-Ost** bei **Boeker**, Weberstr. 17.
- " **Norden I und II** bei **Ohlgo**, Schwedterstr. 23/24.
- " **Oranienburger Vorstadt** in den **Borussia-Sälen**, Uckerstr. 6/7.
- " **Wedding** im **Kolberger Salon**, Kolbergerstr. 23.
- " **Moabit** im **Moabiter Kasino**, Wilsnackerstr. 63.
- Zahlstelle **Charlottenburg** im groß. Saal d. **Volkshauses**, Rosinenstr. 3.
- " **Rixdorf** bei **Thiel**, Bergstr. 151/152.
- " **Wilmersdorf** im **Louisenpark**, Wilhelms-Platz 112.

- Zahlstelle **Steglitz** im **Birkenwäldchen**.
- " **Friedenau** bei **Grube**, Kaiser-Allee.
- " **Groß-Lichterfelde** bei **Reisen**, Chausseestr. 104.
- " **Zehlendorf** bei **Miekley**, Potsdamerstr. 25.
- " **Mariendorf** bei **Reichardt**, Chausseestr. 16.
- " **Marienfelde** bei **Jarnszewski**, Kiepertplatz 3.
- " **Schmargendorf** bei **Bartel**, Warnemünderstr. 6.
- " **Johannisthal** bei **Alb. Gobin**, Roonstr. 2.
- " **Oberschöneeweide** bei **Dellmann**, Wilhelminenhoffstr. 79.
- " **Friedrichsberg** im **Schwarzen Adler**, Frankf. Chaussee 5.
- " **Friedrichsfelde** bei **Kaberland**, Wilhelmstr. 39.
- " **Weißensee** bei **Schmutz**, König-Chaussee 38.
- " **Pankow** bei **Clemen**, Wollankstr. 122.
- " **Reinickendorf** bei **Kuebel**, Hauptstr. 51.
- " **Tegel** bei **Schmidt**, Schlieperstr. 64.

In diesen Versammlungen soll durch Abstimmung entschieden werden, ob die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit aufrecht erhalten oder zurückgezogen werden soll.

Verbandskollegen, erscheint Mann für Mann in diesen hochwichtigen Versammlungen!

Mitgliedsbuch legitimiert! Ohne dasselbe kein Zutritt.

137/14*

Die Verbandsleitung. J. A.: E. Thöns.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin. — Sektion der Putzer.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbetriebe Charlottenburgs.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Putzer! Achtung!

Wir laden die Delegierten hiermit zu einer

Sonntag, 14. April, vormittags 10 Uhr:

Sonntag, den 14. April, vormittags 10 Uhr, in Freyers Festsälen (früher Keller), Koppen-Strasse Nr. 29:

Außerordentlichen General-Versammlung

Branchen-Versammlung

Mitglieder-Versammlung.

aus Mittwoch, den 21. April cr., abends 9 Uhr, nach dem Volkshaufe in Charlottenburg, Rosinenstraße 3, ein mit der

aller in der Metall- und Eisenindustrie beschäftigten Hobler, Bohrer, Stoßer und Fräser

Tages-Ordnung:
1. Kasseebericht vom I. Quartal 1907. 2. Berichtserstattung der Delegierten vom 9. Verbandstage. 3. Wahl einer Schlichtungskommission. 4. Verschiedenes.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1906. 2. Bericht der Revisionskommission über die Prüfung der Jahresrechnung. 3. Antrag des Vorstandes auf Entlastung. 272/11

im „Königstadt-Kasino“, Alexanderstraße, Ecke Holzmarktstraße.

133/14
Um Mittwoch, den 17. April, abends 8 Uhr, finden in den bekannten Lokalen für Berlin und Umgegend die Bezirks-Sitzungen statt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in diesen Sitzungen zu erscheinen.

Der Beginn der Generalversammlung, und zwar von 8-9 Uhr abends, findet ebenda eine Wahlversammlung der Teilnehmer-Delegierten statt zur Ernennung einer Ersatzwahl an Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes, Arbeiternehmer Hauke.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Fritz Kanert über „Bürgerliche Festtage und Arbeiterfeste“. 2. Diskussion. 3. Bericht der Agitationskommission. 4. Neuwahl des Branchendirektors und der Agitationskommission. 5. Verschiedenes. 116/13

Deutscher Buchbinderverband

Die Delegierten erhalten zu diesen beiden Versammlungen noch eine besondere Einladung.

Sonntag, 14. April, nachm. 5 1/2 Uhr:

Zahlstelle Berlin.
Montag, den 15. April, abends 8 Uhr:

Orts-Krankenkasse für das Goldschmiedegewerbe zu Berlin.

Allg. Schmiede-Versammlung

Außerordentliche General-Versammlung

am Sonntag, den 20. April 1907, abends 8 1/2 Uhr, findet Engel-Ufer 15, Saal 5, die ordentliche

im Lokale von Milbrodt, Müllerstraße 7.

im „Gewerkschaftshause“, Engel-Ufer 15, Saal 4.

General-Versammlung sämtlicher Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer halt.

Tages-Ordnung:
1. „Der Wert der Verkürzung der Arbeitszeit.“ Referent Genosse A. Störmer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Kollegen! Zorgt für guten Besuch der Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Kuratorium des paritätischen Arbeitsschlichtungsausschusses und Neuwahl der Arbeitnehmer-Beisitzer. 2. Stellungnahme zur Kaiserfeier. 3. Die Einführung der Sozialversicherung und die Urabstimmung. 4. Anträge zum Verbandstage. 5. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Sonntag, 14. April, nachm. 5 1/2 Uhr:

Deutscher Buchbinder-Verband.

Orts-Krankenkasse Hoxhagen-Bummelsburg.

Branchen-Versammlung

Zahlstelle Berlin.
Sonntag, den 14. April, vormittags 10 Uhr:

Donnerstag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale der Witwe Weigel hier selbst, Türschmidstr. 45:

der Eisen-, Metall- und Revolverdreher

Mitglieder-Versammlung

General-Versammlung

im Vereinshause Berliner Musiker, Kaiser Wilhelmstraße Nr. 18m, großer Saal.

der Zynuspapier-Branche

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht. 2. Bericht der Revisoren und Erstellung der Rechnung. 3. Verschiedenes. 272/7

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Japan, Land und Leute.“ Nach dem Vortrag: Geselliges Beisammensein. Die Kollegen werden ersucht, ihre Damen mitzubringen. Für Garderobe muß pro Person 20 Pf. entrichtet werden, dafür ist der Vortrag frei. Mitgliedsbuch legitimiert für die Kollegen.

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I.

Der Vorstand.
E. Davidshäuser, Vorsitzender. H. Hertz, Schriftführer.

Die Ortsverwaltung.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum Nürnberger Verbandstage. 2. Stellungnahme zur Kaiserfeier. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 23/12 Zahlreichen Besuch erwartet Die Branchenleitung.

General-Versammlung

Verband der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands

Tischler-Verein (E. N. 89)

Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse der Lederzurichter

Bezirksgruppe: Berlin-Brandenburg und Mecklenburg.

General-Versammlung.

Berlin (E. N. Nr. 60)

Sonntag, den 14. April 1907, vormittags 10 Uhr:

Tages-Ordnung:
Bericht vom ersten Quartal 1907. Ergänzungswahl des Vorstandes für 1907. a) Wahl des ersten Kassierers. b) Wahl von drei Beisitzern. Wahl eines Bibliothekars und Verbandsangelegenheiten. 198/10 Das Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

am Sonntag, den 21. April, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11.

1. Vortrag des Kollegen Giermann: „Ueber Verwaltungsfragen“. 2. Diskussion. 3. Antrag des Bezugsgruppenvorstandes auf Erhebung von Ortsbeiträgen. 4. Verbandsangelegenheiten. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

General-Versammlung.

Gewerkschaftliches.

Wohlfahrtsnebel — Unternehmerwindel.

Mit zäher Hartnäckigkeit, die das Interesse des Unternehmers an den sogenannten Wohlfahrtsanstaltungen diktiert, werden in der dienstbeflissensten Presse diese modernen Fesseln zur Behinderung der Bewegungsfreiheit der Arbeiter fortgesetzt reiflich empfohlen. So macht jetzt ein Artikel aus den „Samburger Beiträgen“, in welchem die Wohlfahrtsanstaltungen der Hamburg-Amerikaline herausgestrichen werden, die Kunde durch die Presse. Kurz erwähnt wird auch die neueste Schöpfung der Sapag auf dem Gebiete der Wohlfahrtsnebel, eine sogenannte Hilfskasse für Arbeiter. Nähere Angaben über die Pflichten der Arbeiter werden nicht gemacht. Diese haben aber ein Haar in der Butter gefunden und verweigern den Beitritt. Diese Weigerung spielt bei dem jetzigen Konflikt ja auch eine gewisse Rolle. In dem Artikel werden aber die Rechnungsergebnisse einer anderen Ballinischen Wohlfahrtskasse mitgeteilt, und diese Ergebnisse zeigen deutlich genug, was es mit der Wohlfahrt auf sich hat. Wir lassen den betreffenden Passus hier folgen:

Den ersten Platz nach Umfang und Bedeutung nimmt unter den bestehenden Wohlfahrtsanstaltungen die im Jahre 1888 gegründete Invaliden-, Witwen- und Waisen-Pensionskasse für die händigen Bureauangestellten der Hamburg-Amerika-Linie und die Kapitäne, Offiziere und Unteroftiziere der Flotte der Gesellschaft ein. Diese Institution hat sich in den 17 Jahren ihres Bestehens außerordentlich günstig zu entwickeln vermocht. Nach der neuesten Jahresabrechnung beträgt ihr Vermögen 8.944.000 M. Es ist in den beiden letzten Jahren um rund eine Million gewachsen. Die Zahl der Kassensmitglieder hat durch die mannigfachen Betriebsausdehnungen, die jedesmal einen Zustrom neuer Beamten im Gefolge hatten, schnell zugenommen. Am Ende des letzten Jahres gehörten 2339 Mitglieder der Kasse an. Die Einnahmen der Kasse beliefen sich im Jahre 1906 auf 651.000 M., die Ausgaben auf 148.000 M. Von den Einnahmen wurden 298.000 M. durch die Mitgliedsbeiträge, 188.000 M. durch die regelmäßigen Zuschüsse sowie die Ertragsumlagen der Gesellschaft aufgebracht. Der Rest floß der Kasse aus den Einnahmen für die Schiffbesichtigungen sowie aus den Erträgen der Vordorfgerte zu. Von den Ausgaben fielen 186.000 M. auf Pensionen, die an 139 Personen, und zwar an 49 Invaliden und 90 Witwen, an letztere auch für 65 Kinder, gezahlt wurden. Es kennzeichnet den guten Stand der Kasse, daß das Verhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen seit langem ein stabiles ist.

Jeder denkt: Wenig muß sich da doch fragen: Wo steht denn da die Wohlfahrt? Die Ausgaben werden durch die Mitgliedsbeiträge doppelt gedeckt und wie ausdrücklich hervorgehoben wird, ist das Verhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen seit Jahren ein stabiles.

Die Kassensmitglieder und deren Angehörige bekommen kaum die Hälfte der von den Mitgliedern eingezahlten Beiträge in Form von Renten usw. zurück. Die Zuwendungen der Firma dienen einfach nur als Dekoration; die ganze Einrichtung kostet den Wohltätern tatsächlich nicht einen Pfennig. Aber den Angestellten kostet sie ein gutes Teil ihrer Bewegungsfreiheit. Sie müssen Beiträge zahlen, und diese Pflicht stellt ihnen für die Zukunft, wenn sie sich ganz brav auführen, eine Gegenleistung in Aussicht. Aber sie verschmerzen das „Glück“, für ihre Beiträge etwas zurückzubekommen, wenn sie der Sapagfesseln sich entledigen und darum bleibt mancher, wenn ihm auch Behandlung und Arbeitsverhältnisse nicht behagen.

Bei dem ganzen Wohlfahrtsrummel gewinnt nur das Unternehmertum und daher erklärt sich auch die Beliebtheit, deren sich die Wohlfahrtsanstaltungen bei den Scharfmachern in steigendem Maße erfreuen.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf in der Holzindustrie.

In der Versammlung der Ausgesperrten und Streikenden, die am Donnerstag in Kellers Saal stattfand, führte der Referent Stusche aus: Im Laufe der vorigen Woche ist die Zahl der Ausgesperrten und Streikenden von 5620 auf 4827 zurückgegangen. Diese Zahl wurde am 8. April festgestellt. Bis zum 10. April hatten wieder 5 Betriebe mit 75 Arbeitern die Aussperrung zurückgezogen. Diese Angaben, ebenso der geringer werdende Besuch der Versammlungen zeigen, daß die Aussperrung von Woche zu Woche zurückgeht. Der Rückgang ist bis jetzt nur ein langsamer, die Zahl der Arbeitgeber, welche die Aussperrung zurücknehmen, ist noch gering, namentlich im Osten halten die Arbeitgeber noch fest zusammen. — Daß die Dresdener Generalversammlung des Arbeitgeber-Schlichterbandes wichtige Beschlüsse gefaßt hat, kann man nicht sagen. Nachdem die Unternehmer vorher neue Kampfmaßnahmen in Aussicht gestellt hatten, erwartete man von der Dresdener Versammlung etwas ganz Besonderes. Die Erwartungen sind nicht erfüllt worden, die Beschlüsse von Dresden sind nicht geeignet, dem Kampf eine irgendwie entscheidende Wendung zu geben. Der verhältnismäßig wichtigste Beschluß ist der, wonach die Meister zur Ursache einer weiteren Aussperrung gemacht werden soll. Aber auch dieser Beschluß macht auf die Arbeiter keinen Eindruck. Die Aussperrung, welche nach dem Dresdener Beschluß am 1. April in mehreren Städten einsetzten sollte, ist bis jetzt so unbedeutend, daß sie auf den Fortgang des Kampfes keinen Einfluß hat. In Leipzig sind etwa 1000, in Dresden einige hundert, in Barmen 50 und in Spandau 50 Arbeiter ausgesperrt worden. — Die Unternehmer haben ihre Taktik wieder geändert und von der nach Ostern geplant gewesenen Deckung der Betriebe abgesehen, weil sie sich von dieser Maßnahme keinen Erfolg versprechen können. Es ist einstweilen wenig Aussicht auf eine baldige Beilegung des Kampfes. Die Unternehmer warten immer noch auf den Augenblick, wo dem Holzarbeiterverband das Geld ausgehen soll und sie dem Verbande dann ihre Bedingungen diktiert können. Die Unternehmer werden vergebens auf diesen Zeitpunkt warten. Wenn sie glauben, sie hätten den Sieg schon in der Tasche, so treten sie gewaltig. Wohl mag es manchem der Ausgesperrten nicht leicht werden, nachdem der Kampf nun schon 13 Wochen dauert, mit seiner Familie auszukommen. Auf solche Fälle hat der Verband schon bisher Rücksicht genommen durch Zuwendung besonderer Unterstützungen. Es wird es auch ferner gehandhabt werden. Die Kollegen, welche sich in einer Kollage befinden und aus diesem Grunde besondere Wünsche haben, sollen dieselben ihren Vertrauensmännern mitteilen. — Die Freude werde den Unternehmern nicht gemacht werden, daß die Ausgesperrten bedingungslos in die Betriebe gehen. (Lebhafte Beifall.) Was der Kampf auch noch eine weitere Ausdehnung annehmen, die Arbeiter wissen, daß der Kampf gegen ihre Organisation geführt wird und daß deshalb jedes Verbandmitglied Opfer im Interesse der Organisation bringen muß. Freiwillige Extrabeiträge sind in vielen Orten bewilligt worden. Die Jahrsliste Hamburg hat aus ihrer Ortsliste dem Verbandswortband 2000 M. für den Kampf zur Verfügung gestellt. An Geldmitteln fehlt es dem Verband nicht. Er kann den Kampf noch wochenlang aushalten. Wenn die Kollegen treu und fest zusammenstehen, dann müssen die Unternehmer schließlich Zugeständnisse machen, damit der Friede wieder hergestellt wird. (Lebhafte Beifall.)

Die „Friedensliebenden“ Bäckermeister.

Soeben haben die Bäckermeister durch die bürgerliche Presse laut verkünden lassen, daß sie mit der Gesellschaft über deren Forderungen verhandeln wollen. Dasselbe haben die Innungen der Gesellschaft mitgeteilt. Wie diese „Verhandlungen“ ausfallen mögen, davon gibt ein Rundschreiben interessante Ausblicke, das soeben, also während die Unterhandlungen mit den Gesellen schweben, an die Bäckermeister versandt wird.

Das Schreiben, welches uns von Bäckermeistern zugestellt wurde, hat folgenden Wortlaut:

Berlin, Datum des Poststempels.
Berter Kollege!

Wiederum sehen wir am Beginn eines Lohnkampfes, wiederum werden uns von Seiten des Gesellenverbandes eine Reihe von Forderungen vorgelegt. — Es tritt nun an uns die erste Frage heran, ob es möglich sei, den schweren, wirtschaftlichen Kampf zu vermeiden, indem wir diese Bedingungen anerkennen, oder ob wir ihn aufnehmen sollen, weil wir von der Unmöglichkeit ihrer Erfüllung überzeugt sind.

Dreifach sind die Forderungen. Kost und Logis sollen gänzlich abgeschafft werden. Nicht wollen wir Sie hinweisen auf die vielen Unbequemlichkeiten und auf die großen Unkosten, die damit verbunden sind, aber erinnern wollen wir Sie daran, daß wir dann unsere guten Gesellen, die gern beim Meister verbleiben wollen, rettungslos der wüsten Agitation des Verbandes preisgeben.

Als andere Forderung wird Anerkennung des paritätischen Arbeitsnachweises verlangt. Möchten Sie hierbei der Worte des Herrn Reichold gedenken, daß diese Forderung eine Nachtfrage sei. Nicht Gleichberechtigung, sondern Nachtgelüst drückt sich darin aus. Wie in Ludenwalde und anderen Orten, will man durch ihn nur organisierte Gesellen in Arbeit bringen, kein anderer Geselle wurde mehr Arbeit finden.

Hat doch jüngst bei der Berliner Glaser-Innung erst das Nachwort der Behörde diesen Antrag des paritätischen Arbeitsnachweises unterdrücken müssen. Wie und nimmer können wir den Arbeitsnachweis aus der Hand geben, er würde jeden einzelnen Meister unter das Joch des Verbandes zwingen.

Als letzte Hauptforderung wird die Gewährung eines freien Tages in der Woche gestellt.

Berter Kollege! Sie sind gewiß ebenso wie wir von der Undurchführbarkeit dieses Verlangens durchdrungen. 2000 Gesellen und mehr müßten wir in Berlin und Vororten haben, um als Aushilfe zu dienen. Wir haben aber nicht den dritten Teil, und wie würden diese Aushilfen oft beschaffen sein? Ueberarbeit und Demuniation wären die Folge. Sollen wir Ihnen vorrechnen, wie teuer Ihnen diese Aushilfen kämen? Bedenken Sie, daß zu dem Lohn des Aushilfsgesellen noch die Kosten der Ueberstundenarbeit auch für die übrigen Gesellen kämen! Bedenken Sie, wieviel Ware verkorben wird! Denken Sie auch ferner daran, daß die Aushilfen fast immer Agitatoren des Verbandes sein werden, denen nichts mehr am Herzen liegt, als ein gesundes Verhältnis zwischen Meister und Gesellen zu vernichten.

Berter Kollege! Wenn Sie diese Gedanken an sich vorübergehen lassen, dann werden auch Sie zu der Ueberzeugung gelangen, daß es unmöglich ist, die Forderungen des Gesellenverbandes zu erfüllen. Sie werden Ihre Unterschrift dem Tarif derselben verweigern, weil es einem Todesurteil über Sie und das ganze Handwerk gleichkäme.

Sie fühlen, daß Ihre Existenzberechtigung nicht von dem guten Willen des Hamburger Verbandes abhängig gemacht werden darf, und werden sich nun um so mehr Ihrer eigenen Meisterkorporation, den Innungen, anschließen.

Schon jetzt wird versucht, unwahre Mittelungen in der Presse zu verbreiten, wonach 10 Proz. der Meister die Forderungen bewilligt haben; glauben Sie solchen Veröffentlichungen nicht, sondern lassen Sie nur die Abmachungen der Innungen für Sie gelten. Bedenken Sie im eigenen Interesse, daß die Vereinbarungen, welche Sie mit dem Verband etwa treffen würden, vor dem Gewerbegericht für Sie bindend, und Sie von ihnen auf die festgelegte Zeit nicht wieder loskommen würden. Einigkeit macht stark!

Die Vorstände der Innungen zu Berlin und Vororte.

- Für die Innung Berlin: G. Milleville, O. Sturm, W. Müller.
Concordia: Fr. Schmidt, Rabfahl, O. Lehmann.
Charlottenburg: Brezewowsky.
Reinickendorf: Liebig.
Rixdorf: Ede.
Nichtenberg: Beckmeister.
Weihensee: Köhler.
Steglitz: Wank.
Mariendorf: Schenck.
Friedrichshagen: Trunk.
Spandau: Kelle.
Köpenick: Köhler.
Schöneberg: König.
Ober-Schöneweide: Zähne.
Wilmersdorf: Gründling.

Auf die Röhren alle einzugehen, mit denen die Meister vor den Gesellenforderungen grüßlich gemacht werden sollen, verlohnt sich kaum. Namentlich bei der Forderung des Kost- und Logiswensens, welche für zirka 1/2 aller Gesellen schon durchgeführt ist und immer mehr Freunde auch in Meisterkreisen findet, ebenso bei der Arbeitsnachweisfrage werden die dagegen vorgebrachten Gründe geradezu lächerlich. Der freie Tag in der Woche aber wird durch das Innungsrechnungsbuch in seinen Wirkungen furchtbar aufgebauscht. Von zirka 8000 Gesellen in Berlin und Umgegend sind etwa 4500 in Arbeit stehende. 1000 bis 1500 sind stets arbeitslos, in Zeiten der Krise sogar 2000 und darüber. Die Gesellschaft will aber den freien Tag nicht an einem bestimmten Tage der Woche, sondern nach freier Uebereinkunft auf die sieben Nächte der Woche verteilt haben. Etwa 500 Gesellen haben den freien Tag in der Woche jetzt schon, arbeiten doch sogar die Gesellen einzelner der oben unterzeichneten Ober-Scharfmacher nur 6 Tage bezw. Nächte. Also sind es kaum 4000, für die Aushilfen event. gebraucht werden. Für diese 4000 sind, auf sieben Nächte verteilt, täglich 571 Aushilfen nötig und nicht 2000, wie die Innungen behaupten. Damit würden, selbst die niedrigste Zahl von 1000 Arbeitslosen gerechnet, nicht einmal 4 Aushilfstage auf den Arbeitslosen entfallen. Jeder Kenner der Verhältnisse aber weiß, daß mehr Arbeitslose die Berliner Herbergen und zahlreichen Arbeitsnachweise bevölkern, gar nicht zu rechnen die Hunderte, welche die Landstrassen bevölkern und täglich nach Berlin hereinströmen, aber sofort wegen Mangel an Substanzmitteln bei der Arbeitslosigkeit der Großstadt wieder zur Abreise gezwungen sind. — Eine wichtige Anwartschaft des Kampfschreibers aber ist die Behauptung: Reichold habe die Arbeitsnachweisfrage als eine Nachtfrage (soll heißen: für die Gesellen) hingestellt. Wann und wo ist diese Behauptung getan worden? Oder sind wiederholt aufgestellte unwahre Behauptungen bei den Bäckermeistern noch berühmten Mustern bewiesen? Angeführt haben die Bäckermeisterführer selbst in den letzten Tagen die Arbeitsnachweisfrage als Nachtfrage vom Innungsstandpunkt bezeichnet. Diese Irrsinnigen Verdrängungen der Wahrheit sowie das Bedenken mit dem roten Kappen ist natürlich bei den „ehrbaren“ Herren Mittel zum Zweck. Dies wertvolle Dokument der tarifbrüchigen und am Kampfe schuldigen Herren aber, das mit den unsaubersten Mitteln zum Streik heßt und jetzt

vor den großen Meisterversammlungen die Bäckermeister gehörig scharf machen soll, muß als Beweis von der „Bäcker-Innungs-friedensliebe“ niedriger gehängt werden.

Die freie Vereinigung der Bäckermeister Berlins und Umgegend hatte zu gestern nachmittag nach dem Königsplatz-Kasino, Holzmarktstraße, eine Mitgliederversammlung einberufen, um zu den neuen Forderungen der Gesellen Stellung zu nehmen. Es wurde beschlossen, folgendes Anschreiben an den Vorstand des Verbandes der Bäcker zu richten: „Nach genauer Verichterstattung und Diskussion über das Verhalten Ihres Verbandes einerseits und der Innungen andererseits zu der gegenwärtigen Situation im Bäckergerwerbe, daß nach dem Schreiben der lozialierten Innungen und dem Beschlusse der Gesellenversammlung vom 9. April versucht werden soll, die gegenwärtigen Differenzen zu beseitigen, hat die freie Vereinigung der Bäckermeister von Berlin und Umgegend in ihrer Versammlung vom 11. d. Mts. beschloffen, vorläufig abzuwarten, was die Verhandlungen des Gesellenverbandes mit den vereinigten Innungen ergeben. Sollte es wider Erwarten zu unseren Bedauern den Innungen nicht gelingen, die Differenzen mit Ihrem Verbande zu beseitigen, würden wir für unsere Mitglieder sofort das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts anrufen.“

Die Versammlung nahm ferner folgende Resolution an: „In Erwägung, daß die gegenwärtigen Differenzen im Bäckergerwerbe aus dem Einigungsprotokoll des Jahres 1906, welches vom Gesellenverband und von den vereinigten Innungen unterzeichnet, von der freien Vereinigung aber erst nachträglich unter Protest anerkannt wurde, resultieren und in fernerer Erwägung, daß nach dem Ergebnis der Gesellenversammlung vom 9. d. Mts. und nach dem in dieser Versammlung verlesenen Antwortschreiben der vereinigten Innungen, beide Körperschaften abermals in Verhandlungen treten, beschließt die Versammlung, vorläufig abzuwarten, was für ein Resultat diese Verhandlungen ergeben, bevor weitere Schritte unternommen werden. Sollten die Verhandlungen der Innungen mit dem Gesellenverband keine Einigung herbeiführen, wird der Vorstand beauftragt, gegebenenfalls das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts anzurufen.“

Achtung, Verziererarbeiten! Am 1. März 1907 trat nach vorausgegangenen Verhandlungen die neunstündige Arbeitszeit pro Tag bei der Firma „Gylo“, Bankstr. 15, in Kraft. Den in der Verziererei Beschäftigten wurde jedoch erklärt, der Neunstundentag gilt nur für die anderen Arbeiter des Werkes, und nicht für die Verzierer. Diesbezügliche wiederholte Anregungen, auch für die Verzierer die Verkürzung der Arbeitszeit in Frage kommen zu lassen, wurden abgelehnt, ja man ging soweit, am Abend vor Ostern zwei der Kommissionsmitglieder zu entlassen. Die Entlassung wurde dann durch Wiedereinstellung geregelt und nun aufs neue von Seiten der Arbeiter darauf gedrungen, daß eine endgültige Regelung der Arbeitszeit stattfinden sollte. Nach neueren Hinweisen am heutigen Tage (Donnerstag, den 11.) wurde von Seiten der Verzierer erklärt, daß es bei der alten Arbeitszeit bleibe und alle entlassen würden, welche damit nicht einverstanden sind. Auf diesen Hinweis blieb niemand im Werk. Wir ersuchen hiermit, daß der Betrieb Gylo von allen Verziererarbeiten bis auf weiteres strengstens gemieden wird. Fabrikarbeiter-Verband.

Achtung, Zementarbeiter! Die in Spandau auf Montage Beschäftigten Zementierer und Arbeiter der Braunschweiger Firma Drendhahn u. Sudhop haben sich mit ihrem Braunschweiger Kollegen solidarisch erklärt und am 9. d. Mts. wegen Lohnunterschieden die Arbeit einseitig niedergelegt. Zugang von Zementarbeitern nach Spandau ist fernzuhalten.

Verband der Fabrik-, Land- und Hausarbeiter. Die Ortsverwaltung Spandau.

Deutsches Reich.

Der Friedensschluß im Schneidergewerbe.

Nach der ersten Mitteilung, die über die Beendigung des Kampfes im Schneidergewerbe an die Öffentlichkeit kam, mußte man den Eindruck gewinnen, als wären die Gehälften gewissermaßen die Unterlegenen und sollten nun erst einmal in allen Streik- und Aussperrungsorten die Arbeit wieder aufnehmen und sich dann mit dem zufriedengeben, was nachträglich bei den Verhandlungen über die Tarifvorlagen der Arbeitgeber herauskommen würde. Allerdings war dies die Absicht der Arbeitgeber und ihr Verbandsvorstand in München formulierten die Vereinbarungsbedingungen wie folgt in einem Telegramm an den Vorständen des Schneiderverbandes:

Stühmer-Berlin.

Wir nahmen Kenntnis von Ihrer Absicht, die schwebenden Differenzen auf folgender Grundlage beizulegen: 1. Die Streiks und Aussperrungen werden beiderseits am Mittwoch aufgehoben und die Arbeit wird allerorts Donnerstag früh aufgenommen. 2. Etwaige Unebenheiten der von den Arbeitgebern vorgelegten Tarife und andere örtlichen Tariffragen werden in dieser Woche nach Wiederaufnahme der Arbeit zwischen Ihren Filialen und unseren Ortsgruppen friedlich und ohne weitere Nachtanwendung beigelegt. 3. Maßregelungen finden unter gegenseitiger Verbilligung nicht statt; noch am Plage befindliche Gehälften kehren zu ihren früheren Arbeitgebern zurück und müssen wieder eingestellt werden. — Wir stimmen Friedensschluß unter diesen Voraussetzungen zu und werden nach Einlauf Ihrer telegraphischen Zustimmungsbekräftigung sofort das weitere veranlassen. Der Ordnung halber übermitteln Ihnen heute Eilbrief mit entsprechender Vereinbarung zu gegenseitiger Unterzeichnung. Vorstand. U d a v.

Damit erklärte sich die Leitung der Gehälftenorganisation jedoch nicht einverstanden. Durch Vermittelung des Herrn Sobel, Mitglied der Berliner Gruppe des Arbeitgeberverbandes, wurde dann erst durch telefonische Rücksprache erwirkt und später mit dem Hauptvorstande der Arbeitgeber schriftlich festgelegt, daß die Worte „nach Wiederaufnahme der Arbeit“ aus der Vereinbarung gestrichen wurden. Erst dann erklärte man sich auch auf Seite der Gehälften mit dem Friedensschluß einverstanden.

Der Friedensschluß im Maßschneidergewerbe Berlins ist erfolgt. Die Mitgliederversammlung des Schneiderverbandes, die gestern abend in der „Neuen Welt“ stattfand, nahm nach lebhafter Debatte mit starker Mehrheit folgende Resolution an: „Die Versammlung erklärt sich mit den bisher geschloffenen Verhandlungen einverstanden und beschließt, die Arbeit am Freitag wieder aufzunehmen. Die Lohnkommission wird beauftragt, bei den weiteren Verhandlungen die Interessen der Kollegenschaft zu vertreten. Die Versammlung erwartet von den Arbeitgebern, daß sie bei den weiteren Verhandlungen das Bestreben, das die Arbeiterkassen ihnen durch diesen Beschluß entgegenbringt, rechtfertigt.“

Zur Aussperrung der Hamburger Schneelente.

Wie schon telegraphisch berichtet, hat sich die Situation an der Wasserfront insofern verändert, als der Hafenbetriebsverein, dem auch die Reederei angehört und der eine Unterabteilung des Hamburg-Altonaer Arbeitgeberverbandes bildet, sich durch Anregung von dritter Seite herbeigefunden hat, mit dem Vorstande des Hafenarbeiterverbandes zu verhandeln. An der Verhandlung nahm außer den schon genannten Personen auch der Sekretär des Arbeitgeberverbandes, Freiherr v. Pridwig, teil. Einen

Breiten Raum in den mehrstündigen Auseinandersetzungen nahmen die Punkte über das fernere Schicksal der ausländischen und deutschen Streikbrecher ein. Die Meeder stipulierten ihre diesbezüglichen Ansichten wie folgt: „Die deutschen Arbeiter werden, soweit möglich, hier behalten, die Fremden, soweit möglich, abgehoben.“ Die Ausgeperrten resolvierten sich dahin: „Die deutschen Arbeiter werden, soweit sie zur Ausführung von Arbeiten notwendig sind, hier behalten; die fremden — ausländischen — Arbeiter werden möglichst schnell, spätestens aber bis vierzehn Tage nach Aufhebung der Aussperrung abgehoben.“ In bezug auf den Kardinalpunkt, die Schlichtung, läßt die Meederklärung viele Deutungen zu: „Anerkennung einer Schlichtung, falls solche mit den übrigen Instanzen zur Einführung kommt. Solange sie nicht eingeführt wird nach dem alten Tarif, wie vor dem Maßbeschluß (dieser hob die zulässige ununterbrochene wöchentliche Arbeitszeit auf), weiter gearbeitet.“ Da Herr Ballin in der Sitzung erklärte, für Nacharbeit solle in Zukunft eine Mark pro Stunde gezahlt werden, mithin dieser Differenzpunkt fortfällt, haben die Schauerleute, um die Einführung des Schlichtungswegs zu forcieren, den Beschluß gefaßt: „So lange der Schlichtungsweg nicht eingeführt ist, wird für die Nacharbeit der Lohnsatz bezahlt, der nach Einführung desselben vorgegeben ist, d. h. pro Stunde eine Mark und zwar an alle Schauerleute, die zur Nacharbeit herangezogen werden, gleichviel welche Arbeit sie verrichten.“ Ist es den Meedern ernst um die Einführung des Schlichtungswegs und höhere Bezahlung der Nacharbeit, dann dürfte dieser Beschluß kein Stein des Anstoßes sein. Die Meeder wollten bekanntlich die Einführung des Schlichtungswegs von der Anerkennung des einjährigen Kontraktverhältnisses mit der famosen Zwangsparafese abhängig machen, während sie jetzt nur nicht gestört sein wollen in der Annahme von Kontraktarbeitern. Hinsichtlich der weiteren Punkte wurde in der Versammlung der Schauerleute ausgeführt, daß diese sich „von selbst regeln würden“.

Auch diese kleinen Konzessionen an die Arbeiter sind nicht nach den Intentionen der in sozialistischem Sinne redigierten Hamb. Nachrichten, die während der vierwöchigen Aussperrung sich die denkbar größte Mühe gegeben haben, die Meeder gegen die Schauerleute scharf zu machen. Obwohl beide Parteien jetzt verhandeln, mithin eine Art Waffenstillstand herrscht, berichten sie, verfolgen wie immer, daß der Kampf in Hamburger Hafen mit einer Niederlage der Schauerleute geendet habe. Und diese Koale wird leider von vielen Blättern als Quelle benutzt.

Der Dank vom Hause Reismann-Grone. Bei der Firma Reismann-Grone (Rheinisch-Westfälische Zeitung) in Essen streikten im vorigen Jahre die Buchdrucker. Einer derselben ließ sich verleiten, seiner Organisation den Rücken zu wenden und Arbeitswilligendienste zu leisten. Jetzt hat er vom Hause Reismann-Grone seinen Dank erhalten: der mehr als 50 Jahre alte Mann wurde entlassen. Es ist kaum anzunehmen, daß er in seinem Verufe noch wieder Beschäftigung erhalten wird. Und was hat damals der Mann der Firma zuliebe aufgegeben? Zunächst ein Jahr Konditionslosenunterstützung und weiter seine Invalidenunterstützung, welche letztere im Minimum 7 M. die Woche beträgt. Er ist also für seine damaligen Ausbeuteleistungen recht schwer bestraft worden. Möge der Fall für manchen eine ernste Warnung sein. So geht's noch immer: wenn die „nützlichen Elemente“ nicht mehr gebraucht werden, erhalten sie den Fußtritt.

Der Streik der Lagerschulden in Erfurt ist nach fünfwöchentlicher Dauer zugunsten der Gehülfen beendet worden. Am Mittwoch kam zwischen den Unternehmern und Gehülfen ein neuer Vertrag zustande, der u. a. bestimmt: Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 56 Stunden, auf alle bestehenden Löhne erfolgt ein Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde, Ueberstunden und Sonntagsarbeit wird mit 10 Pf. nach Stunden mit 25 Pf. Zuschlag bezahlt. Für auswärtige Arbeit wird ohne Ueberstunden 1,50, mit Ueberstunden 3 M. vergütet. Ausgelernte erhalten 10 Pf., vom dritten Gehältsjahre ab 40 Pf. Minimalstundenlohn. Der Vertrag gilt vom 1. April ab auf zwei Jahre mit gegenseitiger Kündigung vom 1. Januar 1909 ab.

Husland.

Die Diktatur der Angst!

Paris, 10. April. (Eig. Ber.)

Die Ankündigung des Streiks der Nahrungsgewerbe hat eine Erneuerung der kommunistischen „Vorwärtskämpfe“ vom Mai vorigen Jahres zur Folge gehabt. Schon heute nacht werden sämtliche Pariser Bäckereien unter Polizei- und Militärschutz stehen. Municipalgarde zu Fuß und zu Ross wird in der Kaserne bei der Arbeitshörse konzentriert. Die ganze Garnison ist konzentriert. Schon heute früh ist eine große Anzahl von Polizeiposten von Militär besetzt worden, so die Posten des Palais Bourbon, des Elysée, der Ministerien, des Justizpalastes. Alles ist wunderbar für die Revolution vorbereitet. Aber am Ende ist die wieder einmal so niederrichtig, nicht zur gewünschten Stunde zu kommen.

Der Amtsgerichtsekretär einer kleinen Provinzialstadt.

Nicht uninteressante Einblicke in die Hohlheit der Lebensführung des Beamten einer kleinen Stadt gewährt die gestrige Schwurgerichtsverhandlung gegen den früheren Amtsgerichtsekretär Alfred Müller in Mittenwalde. Derselbe wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt, um sich wegen sorgfältiger Unterschlagung amtlicher Gelder und Fälschung der Kontrollbücher und Register zu verantworten. Zu der Verhandlung sind etwa 50 Zeugen geladen.

Der Angeklagte ist am 3. Dezember 1868 als der Sohn eines kgl. Kammermusikers geboren. Er besuchte später eine Würgerschule und trat, nachdem er das Einjährigereignen bestanden hatte, im Jahre 1888 als Justizauswärter in den Justizdienst ein. Im Jahre 1889 wurde er etwa drei Viertel Jahre in dem Rechnungsbureau des Kammergerichts als unbesoldeter Aktuar beschäftigt. Nachdem er dann noch einige Zeit beim Amtsgericht II beschäftigt gewesen war, wurde er im Juli 1898 nach dem Amtsgericht Mittenwalde versetzt, wo er am 1. April 1900 zum Kantanten und ersten Gerichtsschreiber befördert wurde. Die amtliche Führung des Angeklagten ließ mit der Zeit viel zu wünschen übrig, so daß er Ende des Jahres 1905 zweimal disziplinarisch mit Geldstrafen belegt wurde. Am 1. Februar 1906 wurde er an das Amtsgericht Kallberge versetzt. Bald nach seinem Weggange stellte es sich heraus, daß sich die

Kasse des Amtsgerichts Mittenwalde in einer ungläublichen Unordnung

befand und große Mängel aufwies. Es wurde vom dem Kammergericht eine Untersuchung angeordnet. Diese stellte fest, daß sich der Angeklagte in seiner Amtsführung seit dem Jahre 1901 ganz gewöhnliche Veruntreuungen und Fälschungen hatte zuzuschulden kommen lassen. Müller wurde verhaftet.

Zu der gestrigen Verhandlung gab der Angeklagte im allgemeinen zu, sich der wiederholten Unterschlagung und Registerfälschung schuldig gemacht zu haben. Jedoch sei er hierzu nur durch Arbeitsüberlastung, Vernachlässigungen, Irrtum, Wirren und Unruhen veranlaßt worden. Der Vorsitzende erklärte bei der Vernehmung des Angeklagten, daß ihm eine solche

heißlose Wirtschaft

in der Gerichtskasse von Mittenwalde

nach nicht vorgekommen sei. Auch müsse der Angeklagte ein ungläubliches Vertrauen bei seinen Vorgesetzten gehabt haben. Sonst hätten die Veruntreuungen längst entdeckt sein müssen. Der Angeklagte hat in zahllosen Fällen Einnahmeposten nicht registriert oder weniger Beträge zum Soll gestellt, als er wirklich vereinnahmte. Die überschüssigen Beträge verwandte er dazu, um

Ältere Unterschlagungen wieder zu decken. Er machte auf diese Weise immer ein Loch auf, um ein anderes zuzustopfen und verstand es, die Bücher immer stimmig zu machen, indem er über die einzelnen von ihm defraudierten Gelder ein besonderes Buch führte. Zum Klappen kam die Sache dadurch, daß er früher verheiratet wurde, als in Aussicht genommen war.

Der Angeklagte spielte in Mittenwalde eine gewisse Rolle, trat auch politisch hervor.

Als der Bürgermeister gestorben war und es sich um die Wahl eines Nachfolgers handelte, trat der Angeklagte mit allem Nachdruck für einen Mann aus dem Stande der Sekretäre ein, es kam darüber zu einem Sturm im Wasserglase, und schließlich fiel die Wahl auf einen Referendar und Dr. jur. Ruch der Behauptung des Angeklagten soll bei dieser Wahlagitiation der Apotheker Szczodrowski den Stand der Sekretäre, zu dessen Anwalt sich der Angeklagte aufwarf, in wegworfender Weise behandelt haben. Er fühlte sich dadurch beleidigt, beleidigte Herrn J. feinerseits und dies gab Anlaß zu Privatklagen. Dann hatte er sich mit dem Rechtsanwalt Schlesinger überworfen, auch mit diesem hatte er Privatklagen, bei denen es auf Anraten des Amtsrichters Dr. Rudolph zum Vergleich kam. Trotzdem sei er, wie er gestern weiter behauptete, fortwährend in Unruhe erhalten worden.

In einer so kleinen Stadt,

wo man auf den Genuß der Natur und künstlerische Genüsse den größten Teil des Jahres verzichten müsse,

sei man auf die Kucipe angewiesen,

und treffe sich mit seinen Bekannten in Restaurationen. Es sei allgemein beliebt gewesen, und so habe sich das Zusammenkommen mit Freunden öfter länger ausgedehnt. Seine Gegner hätten daraus Kapital gegen ihn geschmiedet und ihn in einer Anzeige beim Präsidenten der Trankucht beschuldigt. Namentlich das Verhalten des Apothekers gegen ihn habe ihn in gewaltige Aufregung gebracht. Wenn er an der Apotheke vorbeikam, dann seien spitze Reden gegen ihn gefallen und der

Apothekerlehrling

habe sich das Vergnügen gemacht, ihn bei jeder passenden Gelegenheit im Vorbeigehen vom Altan der Apotheke aus

zu photographieren.

Der Groll sei auf beiden Seiten immer größer geworden. Durch den ewigen Kerger und die fortgesetzten Aufregungen sei seine Willenskraft gebrochen und seine Gedanken hätten sich zumeist mit diesen aberamtlichen Dingen beschäftigt. Er habe sich auch dichterisch und schriftstellerisch beschäftigt.

Zur Hochzeit des Kronprinzen

habe er für die Kriegervereinsgruppe Mittenwalde ein sangliches

Gedicht „Wilhelm, hurrah, Cécilia“

gedichtet, welches großen Anklang gefunden habe. Er habe es an den Kronprinzen geschickt und von dem Kronprinzen ein

besonderes Dankschreiben

dafür erhalten. Sein Gedicht sei in der Zeitung für Mittenwalde veröffentlicht worden, dann habe es — wahrscheinlich auf Verreiben seiner Gegner — der „N.“ glossiert, um ihn lächerlich zu machen, weil in dem Lied folgende Stelle vorkam: „Zog ein die Braut mit klingend' Spiel“. Man verfolgte offenbar überhaupt die Absicht, ihn in schriftstellerischer und dichterischer Beziehung in den Schmutz zu ziehen. Das alles habe ihn in einen Zustand der Aufregung gebracht, in welchem er nicht den klaren ruhigen Sinn behalten habe, der für eine geordnete Rassenführung notwendig sei. Er habe in dem Rufe gestanden, ein tüchtiger Beamter zu sein, diesen Ruf habe er nicht einbüßen wollen und deshalb habe er bei fortgesetzten Unstimmigkeiten der Kasse zu schließen begonnen. Jeden Monat habe mehr an der Kasse gefehlt, und als er dann etwas entlastet worden, seien ihm wieder infolge der

politischen und gesellschaftlichen Querstreifen,

der Aufregung und des Kergers die Dinge über den Kopf gewachsen. — Ueber die

allgemeinen Verhältnisse in Mittenwalde

und das amtliche und außeramtliche Verhalten des Angeklagten wurden mehrere Kollegen, ehemalige Vorgesetzte des Angeklagten, die mit Revision der Kasse vom Kammergericht beauftragt gewesen seien, vernommen. Der Vorsitzende erwähnte, die zwei Ordnungsbücher, die dem Angeklagten wegen Trankucht erteilt worden seien, habe er nicht eingehalten, sondern in seiner Weise „abgehaut“. — Der früher in Mittenwalde amtierende Amtsrichter Rudolph, der dem Angeklagten das Zeugnis eines begabten Arbeiters und in den Kontrollbüchern gewandten Mannes gab, bestätigte, daß sich zwischen diesem und einer Anzahl Honoratioren schließlich unheilvolle Zustände herausgebildet hätten. Er behauptete feinerseits auch einen charakteristischen Vorkauf, der ihm feinerseits Veranlassung geben hatte, dem Angeklagten sein Mißfallen auszudrücken. Er sah eines Abends mit dem Apotheker Szczodrowski und dem Rechtsanwalt Schlesinger zusammen

in einem Restaurationsraume eines Hotels,

in dem daran angrenzenden Raum sah der Angeklagte mit mehreren Bekannten und äußerte mit lauter Stimme, so daß die Herren Sz. und Sch., auf welche die Worte wohl gemünzt waren, es hören mußten:

„An allem Unglück im preussischen Staate sind nur die Polen und die Juden schuld!“

Auch Amtsrichter Dr. Stargardt befandete, daß sich der Angeklagte häufig in den Lokalen inoffiziell benommen habe.

Weitere Zeugen bekundeten über einen Fall kleinlicher Streitereien unter den Mittenwalder Honoratioren. Der medizinische Sachverständige Medizinalrat Dr. Hoffmann befandete, daß der Angeklagte ihm gegenüber niemals das Verhalten einer Geisteskrankheit behauptet, sondern auch ihm die Entschiedenheit seiner Verfassungen und die Rolle, die dabei Kerger, Verdruß, Aufregung und Ueberlastung gespielt, so dargestellt habe, wie hier im Termin. Er habe einmal als Kind eine schwere Verletzung erlitten, als Soldat einen Hufschlag gehabt und leide an Neurostik, die durch den Alkoholismus noch gesteigert worden sei. Dazu trete eine gewisse Reizung, eine führende Rolle zu spielen, er halte sich für ein verkanntes Genie und die Großmühsucht wirke auf sein Verhalten ein. Die Anwendbarkeit des § 51 (Inzurechnungsfähigkeit) könne aber gar nicht in Frage kommen.

Dann wandte sich die Verteidigung der Erörterung der 69 Einzelfälle zu. Ueber das Ergebnis der Verhandlung werden wir berichten.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Durch die Bestattungsfeierlichkeit für unseren verstorbenen Genossen Janaz Auer, muß die für Sonntag, den 14. April geplante Flugblattverbreitung verschoben werden und findet nunmehr am

Sonntag, den 21. April, 8 Uhr früh

statt. Der Aktionsauschuß.

Steglich. Sonnabend, den 13. d. M., abends 9 Uhr: Versammlung des Wahlvereins bei Schellhase. Tagesordnung: 1. Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevahl am 22. d. M. 2. Wahl von sechs Delegierten zur Generalversammlung von Groß-Berlin. 3. Verschiedenes. In Anbetracht der bevorstehenden Gemeindevahl wird guter Besuch erwartet.

Rudow. Die nächste Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonntag, den 14. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, bei Palm statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es erforderlich, daß die Genossen pünktlich erscheinen. Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Mahlsdorf a. Ost. Am Sonnabend, den 13. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet die Generalversammlung des Wahlvereins bei Schellhase, Hönowerstraße, statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Gemeindevorsteher. 2. Diskussion. 3. Antrag auf Ausschluß eines Mitgliedes wegen Streikbruchs. 4. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Spandau. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Köpnic (Restaurant Flora), Pichelsdorferstraße, eine öffentliche vom Arbeiterbildungs-ausschuß arrangierte Versammlung statt. Thema: Woher kommt der Profit? Vortragender: Genosse Julian Vorkardt-Berlin. Der Obmann.

Schildow-Blankenfelde (Bezirk Nieder-Schönhausen). Am Sonntag, den 14. d. M., nachmittags 8 Uhr, findet die regelmäßige Vereinsversammlung in Rönchsmühle bei Snappe mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vorlesung über „Das kommunistische Manifest“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Wahlvereinsmitglieder wird dringend gebeten. — Die Nieder-Schönhauser Genossen, die an dieser Versammlung teilnehmen wollen, treffen sich nachmittags 1/2 Uhr bei Bratvogel, Nordend.

Nieder-Schönhausen. Zu der am Sonntag, früh 8 Uhr, von den bekannten Lokalen aus stattfindenden Flugblattverbreitung haben sich die Wahlvereinsmitglieder pünktlich und vollzählig eingefunden.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Wie muß man, wenn man im Dienste der Stadt Berlin steht, es anfangen, um mehr Lohn zu kriegen? Herr Oberbürgermeister Kirchner hat in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten das Rezept mitgeteilt: man muß artig sein und abwarten. Er selber hat ja warten gelernt — damals, als die Stadtverordneten-Versammlung ihn zum Oberbürgermeister gewählt hatte. Und das Warten ist ihm nicht schlecht bekommen; denn schließlich wurde die Bestätigung seiner Wahl ihm doch noch in Gnaden erteilt. Auch später noch hat Herr Kirchner mit gutem Erfolg sich gebildet: er hat abgewartet, bis die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten ihm freiwillig 6000 M. zu seinem Gehalte zulegte. Er hört nicht gern davon sprechen — namentlich dann nicht, wenn in der Stadtverordnetenversammlung über Löhne und Gehälter der Arbeiter und Beamten debattiert wird und er ihr Verlangen nach besserer Bezahlung als gänzlich unbedeutend nachweisen will. Gestern aber war es der Herr Oberbürgermeister selber, der in aller Deffektivität erzählte, wie er sich seine 6000 M. Zulage „erwartet“ hat.

In der Debatte über die Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Assistenzärzte war es, wo er sein Rezept verriet. Unser Genosse Wehl hatte das, was der Magistrat gewähren will, als eine mäßige Abschlagszahlung bezeichnet und die weiter gehenden Wünsche der Assistenzärzte als berechtigt unterstellt. Und Genosse Singer hatte in Ergänzung dieser Ausführungen darauf aufmerksam gemacht, daß das Interesse nicht nur der Ärzte, sondern vor allem auch der Kranken dringend eine Änderung des bisherigen Zustandes erfordert. Da erhob sich Herr Kirchner, um „ohne Ueberreibung“ — so sagte er — festzustellen, daß die Assistenzärzte samt den Volonitärärzten geradezu froh sein müssen, der Stadt Berlin überhaupt dienen zu dürfen. Er beklagte, daß es jetzt selbst in diesen edleren Berufen immer mehr üblich werde, Leistung und Gegenleistung gegeneinander abzuwägen. Als dann Stadtd. Landau auf die Gehälter der Magistratsmitglieder und die dort bewilligte Erhöhung ansprach, wurde der Herr Oberbürgermeister suchsüchtig und antwortete im Ton gekränkter Unschuld, von den Magistratsmitgliedern sei eben nicht für Gehaltserhöhung agitiert worden, sie hätten vielmehr erwartet, bis die Stadtverordnetenversammlung selber eine Erhöhung ihrer Gehälter als notwendig erkannt habe. Nun wissen's die Assistenzärzte und all die anderen Angeestellten und Beamten der Stadt, wie sie es machen müssen, wenn sie mehr Gehalt haben wollen. Warten müssen sie, warten und sich in Geduld fassen, bis der Magistrat ein Einsehen hat.

Und auch die Arbeiter unserer Stadtgemeinde, die „nie zufriedenen“, können aus diesem Bekantnis des Herrn Kirchner lernen. Auch für sie ist das Rezept bestimmt, das der Herr Oberbürgermeister ausprobiert hat und weiter empfiehlt. Auch sie sollen immer hübsch artig bleiben, auch sie sollen nicht fordern, nicht für ihre Forderungen agitieren — sondern warten, bis eines schönen Tages dieselbe freisinnige Stadtverordnetenmehrheit, die den Magistratsmitgliedern freiwillig die Gehälter erhöht hat, ihnen gleichfalls ein paar Pfennige Lohn zulegt.

Unfähigkeit eines Wahlvorstehers. Bei der Stadtverordnetenwahl, die am Mittwoch im 89. Kommunalwahlbezirk vorgenommen wurde, hatten wir wieder einmal Gelegenheit, einen Wahlvorsteher antieren zu sehen, den der Kommunalfreisinn vermutlich als ein Musterexemplar preisen wird. Man weiß ja, daß in Berlin bei allen Wahlen die Wahlvorstände fast nur aus Freisinnigen zusammengesetzt werden; namentlich halten diese „bedachten Mitbürger“ es für ein durchsichtiges Verbrechen, das Recht ihrer Clique, daß der Posten des Wahlvorstehers möglichst mit einem Freisinnigen übertragen werden darf. Nun vermag aber die Stadtverordneten-Versammlung mit dem Wahlvorsteheramt, das sie zu verleihen hat, nicht auch den nötigen Verstand zu geben. Zwar instruiert der Magistrat die Wahlvorstände über ihre Rechte und Pflichten, aber am Wahltage erlebt man's doch immer wieder, daß hier und da und dort ein Wahlvorsteher oder ein Beisitzer seinen Kopf für sich haben will. Bei der Erwahlung im 89. Bezirk beobachteten wir einen Vorsteher dieser Art in dem Wahllokal Pflugstraße („Wahlert-Garten“).

Der Mann — es soll ein Fabrikbesitzer Hülgel aus der Böhlertstraße sein — schien eine recht unklare Vorstellung davon zu haben, was bei Wahlen Brauch und Vorschrift ist. Desto größer war die selbstbewußte Schneidigkeit, mit der er den ihn korrigierenden Sozialdemokraten entgegentrat. Aus diesem Grunde wird der Kommunalfreisinn ihn, wie gesagt, zu den Musterexemplaren seiner Spezies zählen. Zwei Austritte, bei denen er sich in seiner ganzen Glorie zeigte, verdienen weiteren Kreisen bekannt zu werden. Einen Schatzmann, der am Wahltisch nicht den Namen seines Kandidaten nennen wollte, sondern nur den Jettel mit dem Namen dieses Kandidaten überreichte, fragte der Vorsteher: „Sie wählen Lieber?“ Einer unserer Genossen, die am Reventisch saßen und die Wahlhandlung verfolgten, machte dem Vorsteher darauf aufmerksam, daß eine solche Frage unzulässig sei. Da brauste dieser auf, er verbitte sich jede Kritik; es sei zulässig, die Frage an den Wähler so zu formulieren. Er fügte hinzu, der Wähler könne ja stumm sein. Unser Genosse erwiderte, ein stummer Schatzmann sei ihm noch nicht vorgekommen. Durch diese gelungene Antwort fühlte der Herr Vorsteher sich so in seiner Würde gekränkt, daß er androhte, bei weiterer Kritik werde er den unbecommenen Kritiker hinausweisen. Er hätte es mal versuchen sollen! Am Nachmittag fand sich dann in diesem Wahllokal ein Stadtverordneter ein, unser Genosse Ewald. Als der den Wahlvorsteher in seiner Eigenart seines

Amies wollen sah, stellte er sich ihm vor und machte ihn auf einliches aufmerksam, was der Herr nicht zu wissen schien. Diesmal vergaß der Vorsteher, seine Schneidigkeit zu zeigen, und fügte sich. Erst am Abend um 8 Uhr, als die Wahl zu Ende ging, fand er all' sein Selbstbewußtsein wieder und leistete sich ein ganz besonderes Stücklein. Punkt 8 Uhr rief er: „Die Wahl ist geschlossen!“ Genosse Ewald protestierte und wies darauf hin, daß noch Wähler bereits im Lokal seien, denen das Recht zustehe, noch zu wählen. Da lärmte der Vorsteher, er verbitte sich diese Kritik; auch drohte er aufs neue mit Ausweisung aus dem Lokal usw. Ewald ersuchte ihn, sich gefälligst über die geltenden Vorschriften zu informieren. Jetzt begann der Vorsteher, in seinen Papieren zu blättern. Er wurde still, und schließlich sagte er kleinlaut zu den vier noch anwesenden Wählern: „Sie können noch wählen.“

Man sieht, was ein Wahlvorsteher fertig bringt, wenn er „es besser zu wissen“ glaubt. Es ist geradezu skandalös, daß solchen Personen das Amt eines Wahlvorstehers übertragen wird. Aber der Mann, der da trotz seiner Unfähigkeit den Wahlvorsteher spielen durfte, ist selbstverständlich gut freisinnig.

Die wandernde Linde. Der Bau der Untergrundbahn am Leipzigerplatz erforderte noch die Verlegung einer großen Linde von ihrem alten Standorte auf dem südlichen Teil. Die Zwangsverlegung fand gestern vormittag im Verein des städtischen Gartendirektors Wädig, des Regierungsbauamteisters Kreh von der Aktien-Gesellschaft Siemens u. Halske und mehrerer Obergärtner, Ingenieure usw. statt. Der Baumstamm war auf einer kleinen Erdbank isoliert, wie ein mächtiger Blumentopf stand er frei in einem Erdkörper von 5,20 Meter im Quadrat und 2 Meter Höhe, ringsum fein säublich verpackt und von einer starken Bohlenverpackung umgeben, dazu nach vier Richtungen hin angefeilt und rechts und links durch Reifen unterstützt. Der Weg den der Baum gleichsam auf Rollen gehen sollte, war genau vorgezeichnet; der Boden der Ausschachtung war mit kieselnen Bohlen ausgelegt, und darauf sollte der Kolof über eigene Rollen etwa zehn Meter weit fortgeschafft werden. Es geschah dies mittels einer dreifachen Differenzial. Der ganze Transport ging langsam aber sicher von statten und dauerte drei Stunden; in einer Minute wurde demnach eine Wegstrecke von nur 5 1/2 Zentimeter, also etwa „drei Finger breit“ zurückgelegt. Der Erdkörper enthält 64 Quadratmeter a 1,6 Tonnen, ergibt ein Gewicht von rund 86 Tonnen, dazu der Baum mit nur 24 Tonnen Gewicht veranschlagt, ergibt ein Gesamtgewicht der zu bewegenden Masse von 110 Tonnen gleich 2200 Zentnern. Die mit mehreren Tausend Mark Kosten verknüpfte Arbeit ging glatt von statten, und die Symmetrie der Vormanlagen diesseits und jenseits der Leipzigerstraße ist wiederhergestellt.

Beim Angeln ertrunken ist gestern der Zigarrenhändler Hübnert aus der Wuststr. 8. Er war mit einem Bekannten nach dem Wannsee hinausgefahren, um dort zu angeln. Die beiden Männer benutzten hierbei ein Floß, mit dem sie sich einige Meter weit in das Gewässer wagten. Durch die von einem vorbeifahrenden Schleppdampfer verursachten Wellen wurde das Floß umgeschlagen, und beide Angler stürzten in das Wasser. Während der Zigarrenhändler sofort in den Fluten verschwand, war es seinem Begleiter gelungen, sich an dem Floß festzuhalten, bis er von hinzueilenden Schiffen aus seiner gefährlichen Lage befreit werden konnte. Die Leiche Hübnerts konnte bisher nicht gelandet werden.

Ein schweres Verbrechen ist Mittwoch abend in der neunten Stunde in der Königsgräberstr. 87 verübt worden. Dort versuchte der Arbeiter Emil Wusse, der bei seinem Stiefvater in der Kaiser-Friedrichstr. 47 in Charlottenburg wohnt, den 61jährigen Kaufmann Hermann Liedemann zu erschlagen. Er wurde von vier Stugeln getroffen, doch ist Lebensgefahr nicht bei ihm vorhanden. Er brachte sich bei dem Attentat selbst einen Schuß bei und wurde als Polizeigefangener nach der Charité übergeführt.

In der Wohnung, die L. seit kurzer Zeit bewohnt, waren früher eine reiche Witwe und deren Tochter anässig. Wahrscheinlich hatte nun A. die Absicht, in der Behausung der wohlhabenden Dame einen Raub auszuführen. Er wußte noch nicht, daß der Mieter inzwischen gewechselt hatte. Mittwochabend kurz vor 9 Uhr erschien A. in der Wohnung, und als ihm L. öffnete, verlangte er Einlass. L. wies ihn jedoch ab und nach kurzem Wortwechsel zog A. aus der Rocktasche einen Revolver hervor und gab mehrere Schüsse auf den alten Mann ab. Trotzdem dieser von vier Kugeln getroffen war, besah er die Gesichtsgegenwart, sich dem Täter zur Wehr zu setzen und ihn festzuhalten. Bei dem Kampfe, der sich nun zwischen den beiden abspielte, ging die Waffe noch einmal los und eine Kugel drang dem A. in die linke Hand. Auf die Nase des L. elkten Nachbarn hinzu und A. wurde jetzt der Polizei übergeben. Er wurde zunächst nach der Unfallstation gebracht und nach Anlegung von Notverbänden in die Charité als Polizeigefangener eingeliefert. L. hatte die Schüsse in die beiden Oberarme erhalten und eine Gefahr für sein Leben ist vorläufig nicht vorhanden. Er befindet sich in seiner Wohnung in ärztlicher Behandlung. Wie die Polizei annimmt, hatte es A. bei seinem Verbrechen anscheinend auf einen Erpressungsversuch abgesehen und als ihm dieser mißlang, von der Waffe Gebrauch gemacht.

Wie weiter ermittelt werden konnte, hatte sich Wusse am Nachmittag beim Fuhrherrn Mertens, Langestraße 80, ohne jede Vermittel eine zweispännige Equipage gemietet, war nach Wannsee gefahren und hatte dort bei drei Willenbesitzern ähnliche Erpressungen beachtlich. Da er die Herren nicht antraf, fuhr er wieder nach Berlin und zwar zunächst nach dem Hause Luisenstraße 22 und dann zu Liedemann. Kurz vor Wannsee hatte er noch einen „Handwerts“ bursche aufgenommen, der die Fahrt bis nach Berlin mitmachte, und als er die Kat mißlingen sah, spurlos verschwand. Vermutlich war es ein Spießgeselle des Wusse. Liedemann ist anscheinend nicht lebensgefährlich verletzt und befindet sich in seiner Wohnung in ärztlicher Behandlung. Heute will der Arzt versuchen, die Kugeln aus Arm und Schulter mittels operativen Eingriffs zu entfernen. Bei der Leibesuntersuchung des Täters fand man eine schwarze Masse vor.

Große Empörung rief gestern abend ein schwerer Unglücksfall unter den Passanten in der Neuen Königstraße hervor. Beim Ueberschreiten des Fahrdammes an der Ecke der Liechmannstraße wurde die Plätterin Aurelie Krüchmarzki, Friedenstr. 7 wohnhaft, von einem Geschäftswagen umgerannt und unter die Räder geschleudert. Die Passanten riefen dem Kutscher sofort zu, anzuhalten, doch lehrte sich dieser nicht daran, sondern hieb auf die Pferde

ein und raste weiter. Kutscher verfolgten das Gefähr und stellten es am Alexanderplatz. Die Ueberfahrte wurde schwer verletzt nach der Unfallstation in der Reibelstraße gebracht, wo sie die erste ärztliche Hilfe erhielt.

Raubmörder Tschirner irrsinnig. Der Raubmörder Tschirner, der am 8. Januar 1906 die Hauseigentümerin Witwe Sinnig in der Wilhelmshavenstraße in deren Zigarrenladen ermordete und beraubte und für diese Tat zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde, ist, wie ein hiesiges Blatt mitteilt, nach der Irrenanstalt Dalldorf übergeführt worden. Tschirner sah vorher im Zuchthause in der Lehrterstraße. Es zeigten sich vor einiger Zeit Symptome von Geistesstörung, die seine Beobachtung in der Irrenabteilung der Anstalt erforderlich machten. Von dort ist er nach Dalldorf übergeführt worden.

Abgestürzt. Der zweijährige Sohn Bruno des Kutschers Emil Münzberg war Dienstag nachmittags in einem unbeobachteten Moment in der im Quergebäude des Hauses Wilhelmshavenstraße 67 belegenen elterlichen Wohnung auf das Fensterbrett in der Küche geklettert, hatte das Gleichgewicht verloren und war in die Tiefe gestürzt. Er trug das schwerverletzte Köpfchen nach dem Krankenhause Moabit, wo eine schwere Gehirnerschütterung festgestellt wurde.

Der Stadtbefehl hinter dem Reserveleutnant Delleb v. Willenthal und seiner Ehefrau, Karoline geborene Riebel, den die Staatsanwaltschaft I Berlin Ende April 1904 erlassen hat, wird jetzt seitens dieser Behörde erneuert. Das Ehepaar wird des gemeinsamen Vertrages beschuldigt. Es behauptete früher im Hause Markburgerstr. 13 den ganzen zweiten Stof. Die Beschäftigung v. L. S., der sich Kaufmann nannte, bestand im wesentlichen darin, Geld in Hülle und Fülle auszugeben. Die Folgen dieser Wirtschaft waren Schulden, deren Höhe sich auf Hunderttausende belaufen sollte. Mitte Februar 1902 verschwand das Ehepaar und die zahlreichen Gläubiger hatten das Nachsehen.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 24. Februar d. J., nachmittags gegen 2 1/2 Uhr, soll nach Angabe von unbekannt gebliebenen Personen ein etwa 25 Jahre alter Mann von der Jannowitzbrücke in die Spree gesprungen sein, anscheinend in selbstmörderischer Absicht. Die Leiche des Mannes, über dessen Persönlichkeit jeder Anhalt fehlt, ist bisher nicht gelandet. Eine Beschreibung des angeblich Ertrunkenen fehlt. Etwaige Angaben zur Sache werden auf dem Polizeipräsidium, Alexanderstr. 3/3, Zimmer 324, entgegengenommen.

Ueber das Schicksal des alten Botanischen Gartens werden die städtischen Behörden bereits in den nächsten Wochen endgültig zu entscheiden haben. Der „Lokal-Anzeiger“ erfährt zu der Angelegenheit, daß gegenwärtig sowohl im Finanzministerium wie im Roten Hause Kommissare am Werke sind, um einen Kaufvertrag auszuarbeiten. Haben die Entwürfe, so schreibt er, die Genehmigung des Finanzministers erhalten, so wird der Magistrat auf Grund des mit dem Ministerium getroffenen Abkommens eine Vorlage an die Stadtverordneten gelangen lassen. Wenn sich auch die Einzelheiten dieses Abkommens zunächst noch der Öffentlichkeit entziehen, so ist doch so viel gewiß, daß der Fiskus jetzt großes Entgegenkommen gezeigt und den Kaufpreis erheblich herabgesetzt hat. Es ist dies um so anerkennenswerter, als ein Finanzkonsortium bestanden haben soll, das der Regierung für den ganzen Komplex eine sehr hohe Summe bot, während Berlin für einen Teilkomplex 2 1/2 Millionen zahlen sollte, von welcher Summe jetzt ein erheblicher Betrag in Abzug kommen dürfte.

Die gegenwärtige Situation in Sachen des Botanischen Gartens noch als ein „großes Entgegenkommen“ gegen die Stadt Berlin zu bezeichnen, steht dem Scherzblatt ganz ähnlich. Nach ihm ist es noch ein Entgegenkommen, daß die Stadt Berlin den Fiskus in seinem Vandalismus nur hindern kann, indem sie Millionen zum Opfer bringt und viele Tausende an jährlichen Unterhaltungslosten herzugeben bereit ist, nur um den Botanischen Garten der Bevölkerung zu erhalten. Als ob nicht auch der Staat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit hätte, für gute Erholungsstätten für die Staatsbürger Sorge zu tragen.

Feuerwehrbericht. Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde in der letzten Nacht die Feuerwehr nach dem Kottbuserdamm 88 gerufen. Dort war aus unbekannter Ursache auf dem Boden des Hauses ein Mitternacht Feuer ausgebrochen. Die Flammen hatten, von dem herrschenden Sturm getrieben, bei Ankunft der Feuerwehr schon eine große Ausdehnung erlangt und den mächtigen Dachstuhl erfaßt. Ueber die Treppen und mehrere mechanische Leitern wurden Schlauchleitungen mit Erfolg vorgenommen. Es gelang nach mehrstündiger Tätigkeit, die Flammen auf den Dachstuhl zu beschränken. Der Schaden ist bedeutend, da außer dem Gefäß usw. auch eine Menge Hausatut der Mieter verbrannt ist. Um 6 1/2 Uhr erfolgte ein obermaliger Alarm nach dieser Brandstelle. Starker Rauch war die Ursache. Gleichzeitig hatte der 16. Zug in der Reinickendorferstr. 13 zu tun, wo in einem Keller unter großer Qualmwidmung Gasdruck, Rifen, Strohh und Kohlen brannten. Ein zweiter Heftbrand beschäftigte die Feuerwehr in der Hollmannstr. 17. Spähne, Papier u. a. wurden hier ein Raub der Flammen. Ferner liefen Alarme aus der Oppelnerstr. 42, Zimmer- und Friedrichstraße-Ecke, Panzstr. 51 u. a. Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Eine folgenschwere Gasexplosion, deren Ursache noch der Aufklärung bedarf, hat sich gestern in der vierten Morgenstunde in dem Hause Hohenstraße 67 ereignet. In der dritten Etage des Gartenhauses wohnen seit noch nicht langer Zeit der Kaufmann Erwin Kaufmann und dessen angebliche Schwägerin Emmy Lindstedt. Beide stehen Anfang der dreißiger Jahre. Gestern morgen gegen 4 Uhr wurden die Anwohner plötzlich durch eine heftige Detonation aus dem Schlafe aufgeschreckt. In der Wohnung des Paares hatte eine verheerende Gasexplosion stattgefunden. Es wurde die Feuerwehr alarmiert, die sich zunächst an die Rettung der beiden Wohnungsinassen machte. Sie waren beide betwühlos und wurden in bedenklichem Zustande in das städtische Krankenhaus gebracht. Das tiefe Nücheln der beiden ließ darauf schließen, daß sie große Mengen Gas eingeatmet hatten. Durch die Explosion waren die Möbel teilweise zertrümmert und die Fenster entzweielt worden. Auf dem Tisch hatten eine Reihe entleerter Weinsflaschen und zwei Gläser gestanden. Es wird nun angenommen, daß die beiden beabsichtigt hatten, sich gemeinsam mit Gas zu vergiften. Die Gashähne waren

famlich im Zimmer aufgedreht und an einer der Kronen hatte sich ein Selbstmörder befunden. Dies hatten die Wohnungsinhaber allem Anschein nach übersehen und während sich die Stube mit Gas anfüllte, entzündete sich allmählich die eine Flamme und diese führte die Explosion herbei. Andererseits ist auch die Möglichkeit gegeben, daß die beiden das Opfer einer verhängnisvollen Katastrophe geworden sind. Erst wenn sie eingehender vernommen werden können, wird sich über die Ursache Genaueres feststellen lassen.

Ein bedauernder Unglücksfall, dem ein blühendes Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich am Dienstagvormittag, wie uns noch nachträglich mitgeteilt wird, auf dem Reuban Barbarossastraße unweit des Prager Platzes. Zwei Zimmerleute, Emil Schulze und Dökar Hauße waren in der Höhe des Dachgestimmes mit der Herstellung einer Schutzbrüstung beschäftigt, als plötzlich ein zu diesem Zweck herausgesteckter Keil an der Wand glatt abbrach und dadurch beide Zimmerer mit einem Teil der Mästung in die Tiefe stürzten.

Emil Schulze starb infolge der erlittenen schweren Verletzungen noch am selben Abend im Schöneberger Krankenhaus, während Dökar Hauße leichtere Verletzungen davontrug und sich bereits auf dem Wege der Besserung befindet. Der Verstorbene ist 25 Jahre alt und unverheiratet. Seine Arbeitsgenossen sowie seine Vereinsorganisation, der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, verlieren in ihm einen geschätzten Verfechter und Förderer der Arbeiterinteressen.

Charlottenburg.

Beim Verlassen eines in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens schwer verunglückt ist vorgestern abend gegen 9 1/2 Uhr der Kaufmann Hermann Guth aus der Köpenickerstr. 120 in Charlottenburg. Vor dem Hause Alt-Moabit 99 stieg H. von einem Straßenbahnwagen der Linie V (Richtung Wilmersdorf) während der Fahrt ab, kam zu Falle und stürzte auf das Straßenpflaster. Er erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, die seine Ueberführung nach dem Krankenhause Moabit notwendig machte.

Groß-Lichterfelde.

Durch große Raffiniertheit hat gestern eine Zigeunerin ein vertrauensseliges Dienstmädchen hintergangen. Bei dem Fabrikanten R. in der Karlstraße erschien ein altes Zigeunerweib und dem Dienstmädchen, das ihr die Tür öffnete, trug sie ihre Dienste als Wahrsagerin an. Das junge Mädchen ließ sich denn auch die „Futurist“ aus den Handlinien deuten. Unter anderem weißsagte die Zigeunerin dem Mädchen, es werde in aller nächster Zeit befohlen werden, große Voracht sei daher am Plage. Als sich die Wahrsagerin wieder entfernt hatte, mußte das Dienstmädchen die unangenehme Entdeckung machen, daß die Zigeunerin betreffs des Diebstahls nur allzu gut vorausgesehen hatte, denn mit der „Prophezie“ war auch die Geldbörse, die die gesamten Ersparnisse des Mädchens enthielt, verschwunden. Die Zigeunerin hatte also ihre Wahrsagerkunst verstanden.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Dienstag, den 16. April, öffentliche Versammlung im „Neuen Klubhaus“, Kommandantenstr. 72. Vortrag von Emanuel Burm: „Unsere Forderungen.“

Berein für die Interessen der Hausangestellten. Sonntag, den 14. April, abends 8 Uhr, bei Rüdich, Steglitzerstr. 35: Unterhaltungabend.

Adlerklub. Dienstag, den 16. April, findet im Lokale des Herrn Kühne, Bismarckstr. 60, eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer statt. Herr Kurt Helmig spricht über: „Was leistet die Sozialdemokratie für die Frauen?“ Zugleich gibt die Vertrauensperson den Bericht und findet die Neuwahl derselben statt.

Charlottenburg. Mittwoch, den 17. April, 8 1/2 Uhr, Volkshaus, Köpenickerstr. 3. Vortrag, Herr Dr. Rosenfeld, Rosenbergricht der Revisionen.

Ziegel-Vorkonwalde. Mittwoch, den 17. April, 8 1/2 Uhr, bei Schmidt, Ziegel, Schlieperstr. 64. Vortrag, Fräulein Krauß: „Einiges aus der französischen Revolution.“

Reinickendorf. Mittwoch, den 17. d. Mts., 8 1/2 Uhr, im Lokal von Müller, See- und Reptunstraße-Ecke. Vortrag, Frau D. Schulz.

Eingegangene Druckschriften.

Sozialer Fortschritt: Heft 92/93: Die gemeinsame Erziehung der Geschlechter. Von H. Herzfelder. 60 Pf. — Heft 94: Neurobiologie der Berufsvereine. Von Dr. R. Kollmann. 25 Pf. — Heft 95: Die Aufgaben der bürgerlichen Frauen in der Arbeiterbewegung. Von Alice Dulla. 25 Pf. — Heft 96: Das heutige britische Gewerkschaftswesen. Von L. Kautzer. 25 Pf. — Heft 97/98: Müntzpalastversteigerung in England. Von A. London. 50 Pf. — Heft 99/100: Arbeiterfrage und Arbeiterpolitik im Gewerbe. Von Dr. D. Woll. 50 Pf. — Kultur und Fortschritt: Heft 101: Die Wirtschftsversicherung in den europäischen Ländern. Von Dr. A. Bisher. 25 Pf. Verlag Felix Dietrich, Leipzig.

Nabel-Berlin. Lippen und Schiffsale von A. Gruenstein. Preis 2 R., geb. 4 R. Verlag A. Sigismund in Berlin SW. 11.

Witterungsübericht vom 11. April 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohb mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Graden C.	Stationen	Barometer hohb mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Graden C.
Emmende	763 D		2 mäßig	5	Saparanda	764 SW		2 mäßig	2		
Hamburg	761 DWD		6 mäßig	5	Petersburg	760 SO		1 Nebel	7		
Berlin	761 OED		4 mäßig	3	Scilly	756 WWS		1 halb bb.	2		
Frankfurt	756 RD		2 bedekt	6	Aberdeen	765 D		4 mäßig	6		
Wien	757 W		5 bedekt	4	Paris	757 NW		— mäßig	5		
Rügen	759 ED		1 bedekt	3							

Wetterprognose für Freitag, den 12. April 1907. Allgemein heiter, aber viel bei trübigen nordöstlichen Winden; keine oder unbedeutliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau

Wasserstand am 11. April Elbe bei Wulff — Meter, bei Dresden + 98 Sp. — Elbe bei Magdeburg 3,40 Meter. — Oder bei Rathor 3,50 Meter. — Oder bei Breslau + 1,34 Meter. — Oder bei Veitz 4,42 Meter.

Teures Fleisch — billige Seefische!!

Bester Fleischersatz, schmackhaft u. durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!

== Große Fänge ==

in lebend frischer Ware täglich eintreffend.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

(Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.)

Filliale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 3804.

Seefisch-Kochbücher gratis.

Verkaufs-Niederlagen:

Prinzenstr. 30

Madaistr. 22

Landsbergerstr. 52—53

am Moritzplatz.

im Schlesischen Bahnhof, der Kurzen Straße gegenüber.

Potsdamerstr. 112a

bei der Lützowstraße.

Wilmsdorferstr. 111, Tel. Amt VI 7190.

am Stuttgarter Platz, Tel. Charlottenbg. 6718.

Wir empfehlen besonders:

Cabliau

Pf. pro Pfd.

ohne Kopf 20 Pf.

Seelachs

mit Kopf 20 Pf.

Großer Schellfisch

mit Kopf 28 Pf.

Ferner: Rotzungen, Schollen, sowie die übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

25

35

Im Ansehnlich

